

Statistisches Monatsheft Thüringen

MÄRZ 2022

30
JAHRE

TLS
Thüringer Landesamt
für Statistik

- Die Umweltstatistik der EU
- Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Thüringen 2021
- Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1949–1970)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt

Schriftleitung:

Dr. Holger Poppenhäger

Auskunft erteilt:

Präsidialbereich Grundsatzfragen, Presse
Daniel Mroß
Telefon 03 61 57 331-91 10
Telefax 03 61 57 331-96 97
E-Mail: Daniel.Mross@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Satz und Druck:

Thüringer Landesamt für Statistik

Titelfoto:

www.unsplash.com

Herausgegeben: Mai 2022

Heft-Nr.: 043/22

Jahrgang: 29

Preis: 5,00 Euro

ISSN 0948-5449

Bestell-Nr.: 40301

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Zeichenerklärung:

- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

MÄRZ 2022

3 INHALT

5 AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

6 NEUES

- 6 Weltfrauentag am 8. März 2022
- 6 Deutliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit in Thüringen im Laufe der letzten 30 Jahre
- 6 Zensus 2022 – Erhebungsbeauftragte in Thüringen gesucht
- 6 Gemüseernte unter Glas 2021
- 6 Freilandgemüseernte in Thüringen 2021
- 6 Schlachtungen und Fleischerzeugung in Thüringen 2021
- 7 Regionales Ranking in der Thüringer Industrie 2021: Wartburgkreis Spitzenreiter
- 7 Über ein Viertel mehr Unfälle mit Personenschaden im Dezember 2021 gegenüber dem Vorjahresmonat
- 7 Rund 123000 Studierende im Wintersemester 2021/22 in Thüringen
- 7 2020 in Thüringer Krankenhäusern 13,0 Prozent weniger vollstationär behandelte Patienten als im Vorjahr
- 7 Insgesamt sinkender Bierabsatz, jedoch neuer Rekord beim Export
- 7 Geschlechtsspezifische Lohnlücke in Thüringen im Jahr 2021 eine der niedrigsten bundesweit
- 7 Inflationsrate in Thüringen im Januar 6,2 Prozent - Sprunghafter Anstieg der Energiepreise
- 8 Ausgabe 22 des Corona-Dossiers erschienen
- 8 Russland und die Ukraine im Fokus – Außenhandel und Bevölkerung in Thüringen

9 LANDWIRTSCHAFT

10 IM FOKUS

12 THÜRINGEN AKTUELL

42 AUFSATZ

Robert Kaufmann:
„Die Umweltstatistik der Europäischen Union“

51 HANDWERK

52 AUFSATZ

Harald Hagn:
„Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1949–1970)“

61 FAKTEN AUS 30 JAHREN TLS

62 HISTORISCHE PRESSE

64 THÜRINGEN 2040

66 GRAFIKEN

72 WIESO WESHALB WARUM

75 WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

78 ZAHLENSPIEGEL

**AN EINEM TAG
IN THÜRINGEN
LANDWIRTSCHAFT**



Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2021.

Pressemitteilungen aus der Statistik

Anbei finden Sie eine kleine Auswahl von Ausschnitten aus den Pressemitteilungen des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Die vollständige Pressemitteilung ist in der Druckversion über den QR-Code oder in der papierlosen Version über den Link im QR-Code abrufbar.

046/2022

Weltfrauentag am 8. März 2022

Nach einer Auswertung des Mikrozensus anlässlich des Weltfrauentages am 8. März lebten im Durchschnitt des Jahres 2020 in Thüringen 1057 Tausend Thüringerinnen. Davon waren 925 Tausend Frauen und Mädchen im Alter von 15 Jahren und älter. Das entsprach einem Anteil von 50,7 Prozent der Bevölkerung in diesem Alter.



043/2022

Deutliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit in Thüringen im Laufe der letzten 30 Jahre

Im Jahr 2020 starben in Thüringen 40 Säuglinge (21 Jungen und 19 Mädchen) innerhalb ihres 1. Lebensjahres. Die Zahl der im 1. Lebensjahr verstorbenen Säuglinge reduzierte sich im Verlauf der letzten 30 Jahre deutlich. Im Jahr 1990 lag die Säuglingssterblichkeit bei 229 Säuglingen. Dieser Wert verringerte sich mit jedem Jahr stetig und erreichte die „unter-100-Marke“ erstmalig im Jahr 1994. Im Jahr 1998 wurde dieser Wert nochmals überschritten, blieb seit diesem Zeitpunkt jedoch weit unterhalb der genannten Marke.



031/2022

Zensus 2022 – Erhebungsbeauftragte in Thüringen gesucht

Die Vorbereitungsarbeiten zum Zensus 2022 laufen auf Hochtouren. Erste Informationskampagnen des Statistischen Bundesamtes, der Statistischen Landesämter sowie der Kommunen rücken das Projekt zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit. Die insgesamt 23 Erhebungsstellen der kreisfreien Städte und Landkreise des Freistaates sowie des Thüringer Landesamtes für Statistik haben ihre Arbeit aufgenommen und treffen seit November 2021 Vorbereitungen für die bevorstehenden Befragungen von Haushalten auf Stichprobenbasis

sowie Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften. Hierfür werden thüringenweit rund 2200 ehrenamtliche Interviewerinnen und Interviewer, sogenannte Erhebungsbeauftragte, gesucht.



042/2022

Gemüseernte unter Glas 2021

Im Jahr 2021 wurden in den Thüringer Gewächshäusern rund 10900 Tonnen Gemüse geerntet. Dies entsprach einem Rückgang von 450 Tonnen bzw. 4 Prozent gegenüber dem Jahr 2020. Die Anbaufläche in den Thüringer Gewächshäusern verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Hektar bzw. 5 Prozent und betrug insgesamt 32 Hektar.



041/2022

Freilandgemüseernte in Thüringen 2021

Thüringens Gemüsebauern und -bäuerinnen ernteten im Jahr 2021 von 710 Hektar insgesamt rund 16500 Tonnen Freilandgemüse. Im Vergleich zum Vorjahr waren das rund 700 Tonnen bzw. 4 Prozent weniger Gemüse. Die Gesamtanbaufläche verringerte sich gegenüber dem Jahr 2020 um 13 Hektar bzw. 2 Prozent. Die 4 bedeutendsten Gemüsearten in Thüringen waren nach wie vor Spargel (im Ertrag), Speisezwiebeln, Weißkohl und Blumenkohl. Diese Gemüsearten wurden auf mehr als drei Viertel (77 Prozent) der gesamten Gemüsefläche angebaut.



032/2022

Schlachtungen und Fleischerzeugung in Thüringen 2021

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2021 insgesamt 281915 als tauglich beurteilte Tiere (ohne Geflügel) geschlachtet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 63067 Tiere bzw. 18,3 Prozent.



030/2022

Regionales Ranking in der Thüringer Industrie 2021: Wartburgkreis Spitzenreiter

Im Jahr 2021 erreichten die Industriebetriebe in Thüringen einen Gesamtumsatz von 33,1 Milliarden Euro, eine Umsatzsteigerung gegenüber 2020 von 3,3 Milliarden Euro (+10,9 Prozent). Alle Land- und Stadtkreise konnten ein Umsatzplus erzielen.



039/2022

Über ein Viertel mehr Unfälle mit Personenschaden im Dezember 2021 gegenüber dem Vorjahresmonat

Nach vorläufigen Ergebnissen meldete die Thüringer Polizei im Dezember 2021 insgesamt 3882 Unfälle. Gegenüber dem Vorjahresmonat war das ein Anstieg um 14,5 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat stellte das einen Rückgang um 1,3 Prozent dar.



044/2022

Rund 123000 Studierende im Wintersemester 2021/22 in Thüringen

Im Wintersemester 2021/22 waren nach vorläufigen Ergebnissen 122565 (Vorjahr: 96604) Studierende an den Thüringer Hochschulen eingeschrieben, darunter 59,4 Prozent Frauen. Damit stieg die Zahl der Studierenden, wie in den beiden vergangenen Jahren, erneut deutlich (+26,9 Prozent), wobei der Anstieg überwiegend auf den Zuwachs an Studierenden an der IU Internationale Hochschule in Erfurt zurückzuführen ist.



038/2022

2020 in Thüringer Krankenhäusern 13,0 Prozent weniger vollstationär behandelte Patienten als im Vorjahr

Im Jahr 2020 wurden in den 43 Thüringer Krankenhäusern 510642 Patienten vollstationär behandelt. Das waren 76248 Krankenhausfälle bzw. 13,0 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit wurden 2020 in Thüringer Krankenhäusern die wenigsten Patienten seit dem Jahr 1997 (503617 Fälle) vollstationär versorgt. Von den 510642 Krankenhausfällen wurden 8647 Patienten (1,7 Prozent) am Aufnahmetag wieder aus dem Krankenhaus entlassen bzw. in ein anderes Krankenhaus verlegt (sogenannte Stundenfälle).



034/2022

Insgesamt sinkender Bierabsatz, jedoch neuer Rekord beim Export

Im Jahr 2021 wurden von den Thüringer Brauereien und Bierlagern knapp 3,0 Millionen Hektoliter Bier abgesetzt. Das waren 5,0 Prozent bzw. 156 Tausend Hektoliter weniger als im Vorjahr. Allerdings betraf die rückläufige Entwicklung nur den Absatz innerhalb Deutschlands. Hier mussten gegenüber dem Vorjahr Einbußen in Höhe von 7,9 Prozent (195 Tausend Hektoliter) in Kauf genommen werden.



047/2022

Geschlechtsspezifische Lohnlücke in Thüringen im Jahr 2021 eine der niedrigsten bundesweit

Im Jahr 2021 war der prozentuale Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Thüringen – der unbereinigte Gender Pay Gap – mit 5 Prozent einer der 3 niedrigsten bundesweit. Laut fortgeschriebener Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung (VSE) erzielten Frauen in Thüringen einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 17,36 Euro (+3,5 Prozent zum Vorjahr), während der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Thüringer Männern bei 18,26 Euro (+3,2 Prozent zum Vorjahr) lag. Dabei ist zu beachten, dass Sondereffekte infolge der Kurzarbeit in der Corona-Pandemie die Veränderung des unbereinigten Gender Pay Gap beeinflusst haben könnten.



023/2022

Inflationsrate in Thüringen im Januar 6,2 Prozent - Sprunghafter Anstieg der Energiepreise

Die Verbraucherpreise erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,2 Prozent. Im Vergleich zum Monat Dezember 2021 stieg der Verbraucherpreisindex um durchschnittlich 1,5 Prozent und erreichte einen Indexstand von 113,4 (Basis 2015=100). Die Jahresteuersatzrate (Inflationsrate) stieg von 5,1 Prozent im Dezember auf 6,2 Prozent. Dies ist die höchste Inflationsrate seit 29 Jahren.



036/2022

**Ausgabe 22 des Corona-Dossiers
erschienen**

Am 28. Februar 2022 erschien die 22. Ausgabe der Sonderveröffentlichung „Aktuelle Zahlen für Thüringen in Zeiten der Corona-Pandemie“. Die Publikation wird monatlich fortlaufend veröffentlicht und ist auf der Homepage des Thüringer Landesamtes für Statistik zu beziehen.



035/2022

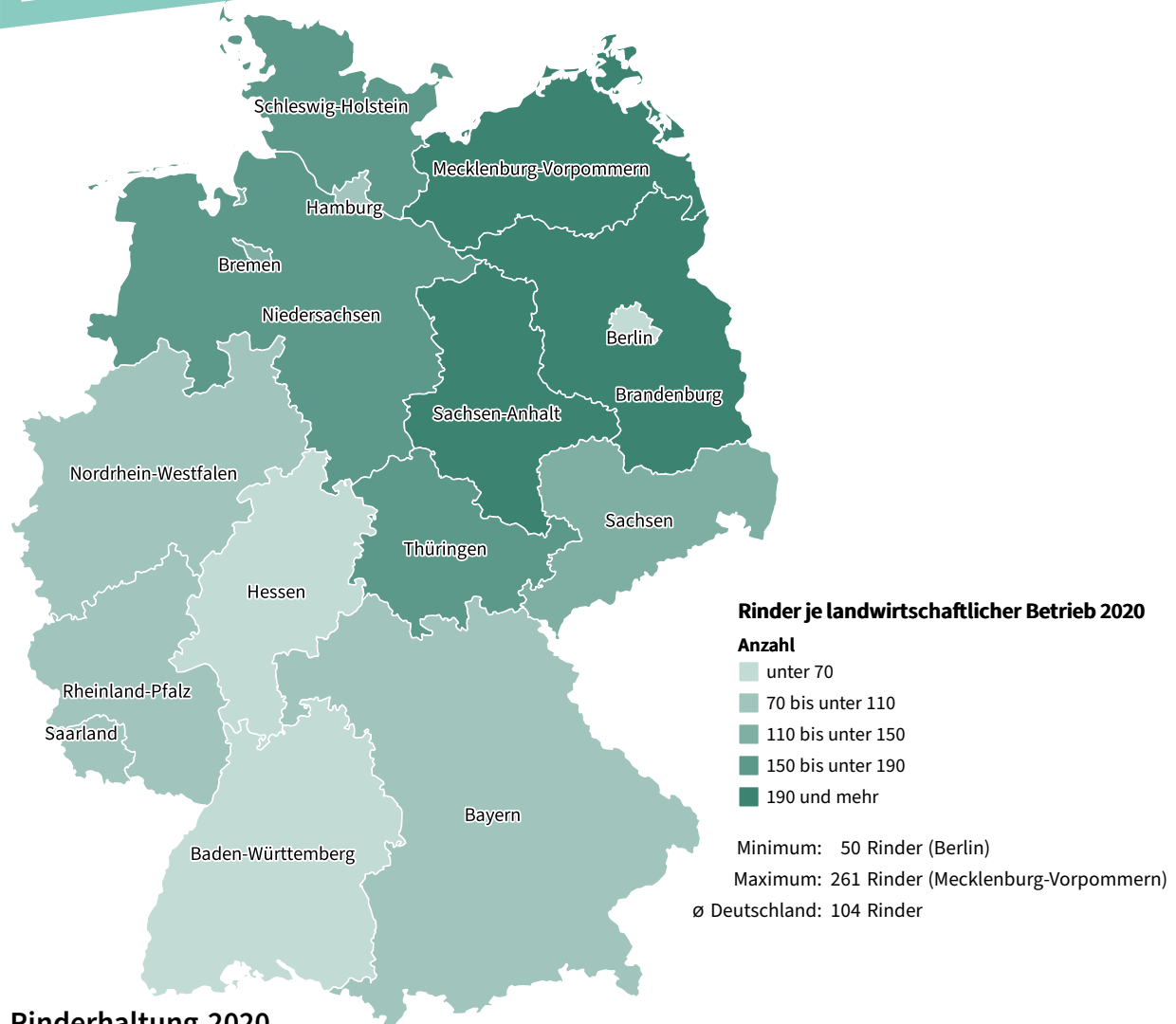
**Rusland und die Ukraine im Fokus
– Außenhandel und Bevölkerung in
Thüringen**

Anlässlich der Situation in der Ukraine warf das Thüringer Landesamt für Statistik einen Blick auf die Bevölkerungsdaten und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Thüringen, Russland und der Ukraine.



Weitere Pressemitteilungen
finden Sie unter dem Link
[https://statistik.thueringen.de/
presse](https://statistik.thueringen.de/presse)

DEUTSCHLAND DEINE LANDWIRTSCHAFT



Rinderhaltung 2020

Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 gab es deutschlandweit 168833 landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung. 1,5 Prozent davon standen in Thüringen (2593 Betriebe). Die Rinderhaltung war dabei die vorherrschende Form der Viehhaltung (Deutschland: 64,0 Prozent, Thüringen: 67,1 Prozent).

Bundesweit wurden rund 11,3 Millionen Rinder in gut 108 Tausend Betrieben gehalten. Rein rechnerisch kamen auf einen Betrieb 104 Rinder. Im Vergleich zu 2010 sank die Zahl der rinderhaltenden Betriebe um 25,4 Prozent und die der Tiere um 10,1 Prozent.

Fast die Hälfte aller deutschen Rinder wurden in den Bundesländern Bayern (3,0 Millionen) und Niedersachsen (2,4 Millionen) gezählt. Auch die Hälfte aller Betriebe wurden in diesen beiden Bundesländern gemeldet.

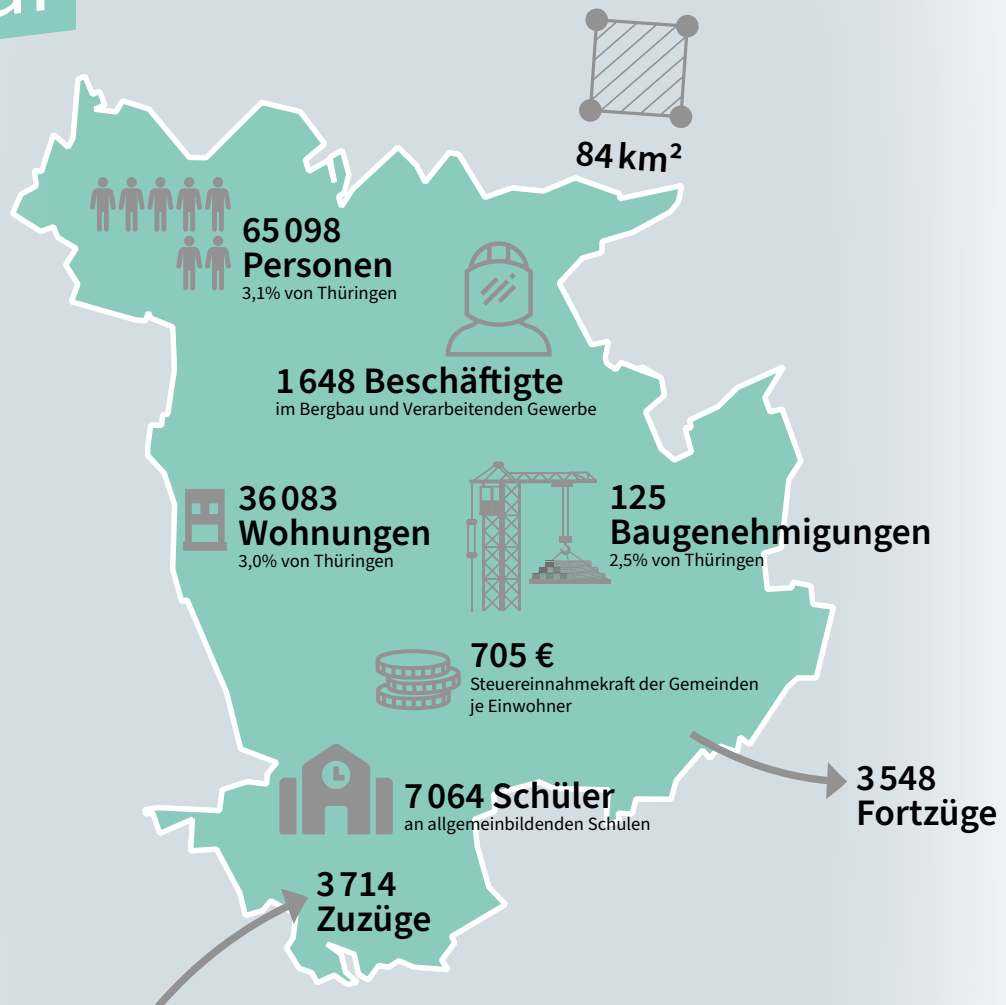
Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern waren große Betriebe angesiedelt. In all diesen Bundesländern lag die Zahl der Rinder je Betrieb über dem Durchschnittswert von Deutschland (104 Tiere). Die durchschnittlich größten Betriebe gab es in Mecklenburg-Vorpommern mit 261 Rindern je Betrieb, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 210 Rindern je Betrieb.

Mit 165 Tieren je Betrieb steht Thüringen im Bundesländervergleich auf Platz 4. In den 1739 Betrieben wurden 2020 rund 287 Tausend Rinder gezählt. Im Vergleich zu 2010 war ein Rückgang um 136 Betriebe bzw. 49 Tausend Tiere (-7,3 bzw. -14,6 Prozent) zu verzeichnen.

Quelle:
Landwirtschaftszählung 2020

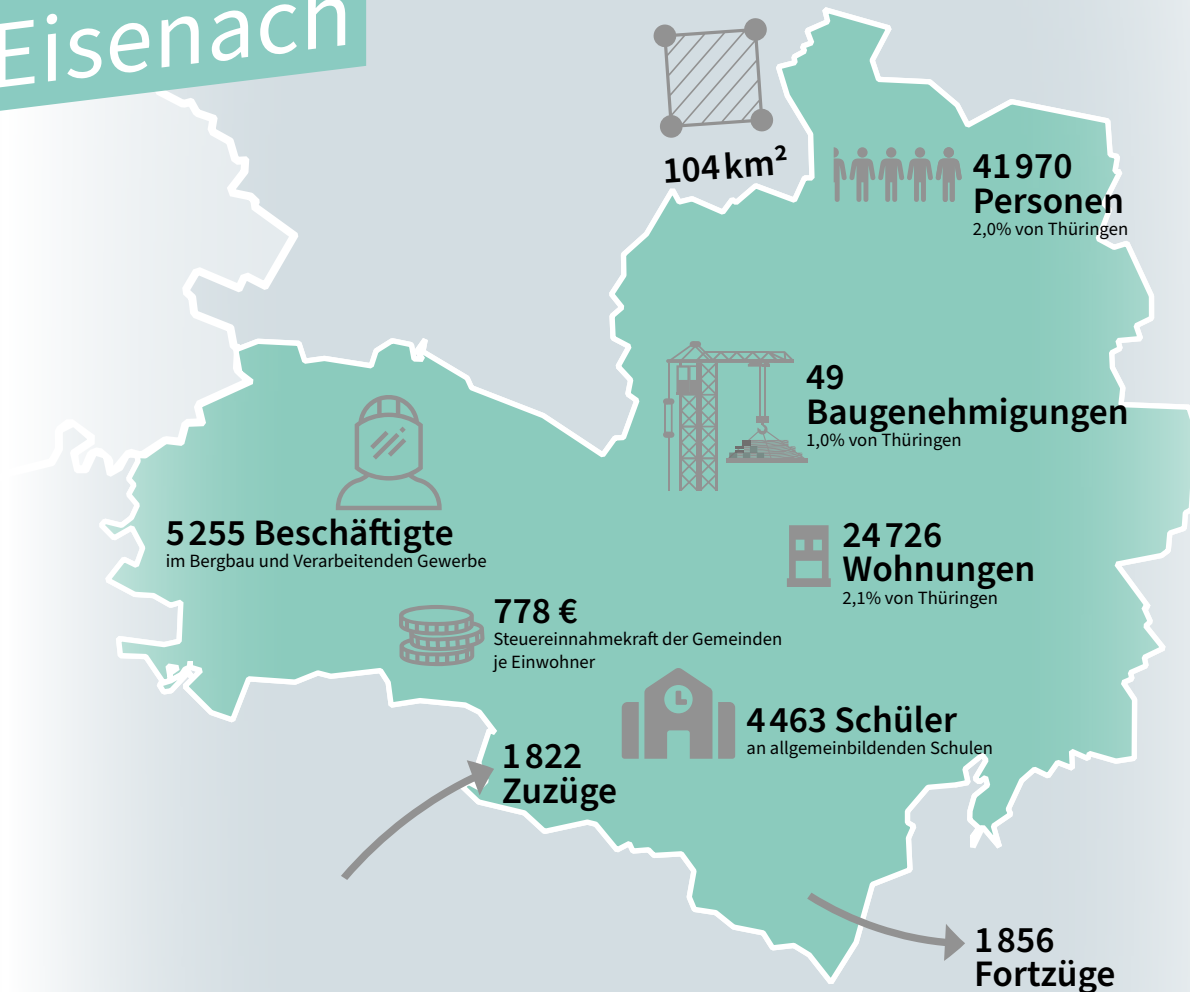
IM FOKUS

Stadt Weimar



Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2020.

Stadt Eisenach



Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2020.



Sylvia Schlapp

Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse,
Auskunftsdienst, Qualitäts-
management, Controlling,
Querschnittsveröffentli-
chungen, Forschungsdaten-
zentrum

0361 57331-9130
Sylvia.Schlapp
@statistik.thueringen.de

Die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens im Jahr 2021

Die hier vorliegenden Informationen beziehen sich auf Daten aus dem Jahr 2021. Hintergrundinformationen zu möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind unter den einzelnen Themenbereichen zu finden. Darüber hinaus erscheint monatlich die Sonderveröffentlichung „Aktuelle Zahlen für Thüringen in Zeiten der Corona-Pandemie“ als Sammlung statistischer Daten mit möglichem Bezug zur Corona-Pandemie. Die 23. Veröffentlichung erfolgte am 31. März 2022 und ist auf der Startseite des Thüringer Landesamtes für Statistik abrufbar.

Gegenüber dem pandemiebedingten Rückgang im Jahr 2020 konnte sich die Wirtschaft in Thüringen leicht erholen. Besonders das Verarbeitende Gewerbe, als Träger der Wirtschaft, holte wieder deutlich auf. Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahr im zweistelligen Bereich an und lag auch über dem Niveau von 2019. Auch die Produktivität und der Auftragseingang legten im Jahr 2021 deutlich zu. Die Zahl der tätigen Personen ging nach einem langen Beschäftigtenaufbau allerdings das 2. Jahr in Folge zurück. Alle 5 umsatzstärksten Thüringer Wirtschaftszweige konnten Umsatzzuwächse verzeichnen.

Auch das Baugewerbe war 2021 nicht von der Corona-Pandemie betroffen. Die Umsätze stiegen in den letzten Jahren stetig an. Auch die Zahl der Beschäftigten lag 2021 über dem Vorjahresniveau. Im Bauhauptgewerbe wurden jedoch erstmals seit 2015 rückläufige Umsatzzahlen gemeldet.

Die Corona-Pandemie prägte allerdings auch im Jahr 2021 die Thüringer Tourismusbranche und führte zu erneuten Verlusten. Die Rückgänge fielen jedoch im Vergleich zum 1. Pandemiejahr 2020 deutlich geringer aus. Erwähnenswert ist, dass 2021 wieder mehr ausländische Gäste in Thüringen begrüßt werden konnten als im Jahr 2020.

Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt 2021 stärker an als in den Jahren zuvor. Besonders auffällig ist, dass die Jahresteuersatzrate im Jahresverlauf erheblich anstieg. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung, der Preisverfall der Mineralölprodukte im Vorjahr sowie die Einführung der CO₂-Bepreisung.

Die Arbeitsmarktsituation hat sich im Jahr 2021 etwas entspannt und die Arbeitslosenzahlen gingen besonders in der 2. Jahreshälfte spürbar zurück. Die Folgen der Corona-Pandemie wurden damit im Jahresverlauf zunehmend schwächer, allerdings lagen die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt noch immer über dem Vorkrisen-Niveau.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾

Im Corona-Jahr 2021 war der Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe von den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten deutlich geringer von der Pandemie betroffen. Nach den starken pandemiebedingten Rückgängen im Jahr 2020 konnte die Thüringer Industrie wieder deutlich zulegen und erreichte im Jahr 2021 einen Umsatzrekordwert.

Positive Umsatzbilanz für 2021

Der Industrieumsatz 2021 lag bei 33,0 Milliarden Euro und stieg gegenüber dem Vorjahr, bei gleicher Anzahl Arbeitstagen, deutlich an (+3120 Millionen Euro bzw. +10,8 Prozent), obwohl sich der Berichtskreis um 23 Betriebe reduzierte.

Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 stieg der Umsatz bei 5 Arbeitstagen mehr um 1,8 Prozent. Die Zahl der Betriebe verringerte sich hier um 38.

1) Quelle Thüringen: Jahresergebnisse 2021, Deutschland und Bundesländer: Monatsergebnisse Dezember 2021

Abbildung 1: Ausgewählte Kennziffern im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe*) nach Jahren

Jahr	Betriebe (MD)	Beschäftigte (MD)	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz	Umsatz je Beschäftigten	Exportquote
	Anzahl	Personen	1000 Stunden	Millionen Euro	Euro	Prozent
2010	853	125947	206164	25415	201793	31,5
2011	868	133566	220660	28221	211286	31,5
2012	879	137177	223757	27952	203765	31,9
2013	872	137983	223880	27998	202913	31,9
2014	857	139367	226330	28537	204763	32,3
2015	844	140409	228614	29236	208220	32,9
2016	844	142138	232112	29907	210410	34,0
2017	851	144686	234165	31232	215859	34,6
2018	848	148107	237444	32185	217311	36,0
2019	849	148886	236857	32429	217811	37,1
2020	834	143796	218900	29816	207348	36,9
2021	811	141080	220369	33027	234100	37,3

*) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Auslandsgeschäft überschritt zum 6. Mal in Folge die 10-Milliarden-Euro-Marke

Der Inlandsumsatz erreichte ein Volumen von 20,7 Milliarden Euro und war damit um 1884 Millionen Euro bzw. 10,0 Prozent höher als im Vorjahr. Der Auslandsumsatz überschritt zum 6. Mal in Folge die 10-Milliarden-Euro-Marke. Mit 12,3 Milliarden Euro lag auch der Auslandsumsatz deutlich über dem Vorjahreswert (+12,1 Prozent bzw. +1327 Millionen Euro).

Auch deutschlandweit stiegen die Umsätze im Jahr 2021 im zweistelligen Bereich an. In Deutschland wurde ein Umsatz von 1840,5 Milliarden Euro erwirtschaftet. Der Anteil Thüringens am Gesamtumsatz lag bei knapp 1,8 Prozent. Bei der Entwicklung des Umsatzes lag Thüringen mit +10,8 Prozentpunkten genau im Bundesdurchschnitt (Deutschland: +10,8 Prozent). In fast allen Ländern stieg der Umsatz an, der höchste Umsatzanstieg wurde mit +17,4 Prozent für Mecklenburg-Vorpommern errechnet, gefolgt von Hamburg mit +16,6 Prozent. In Bremen lag der Umsatz auf Vorjahresniveau.

Abbildung 2: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Jahren

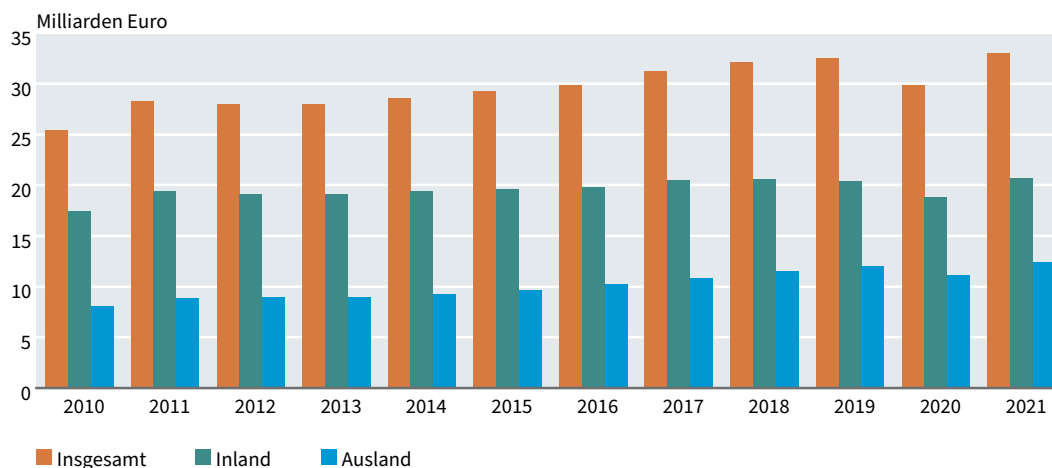
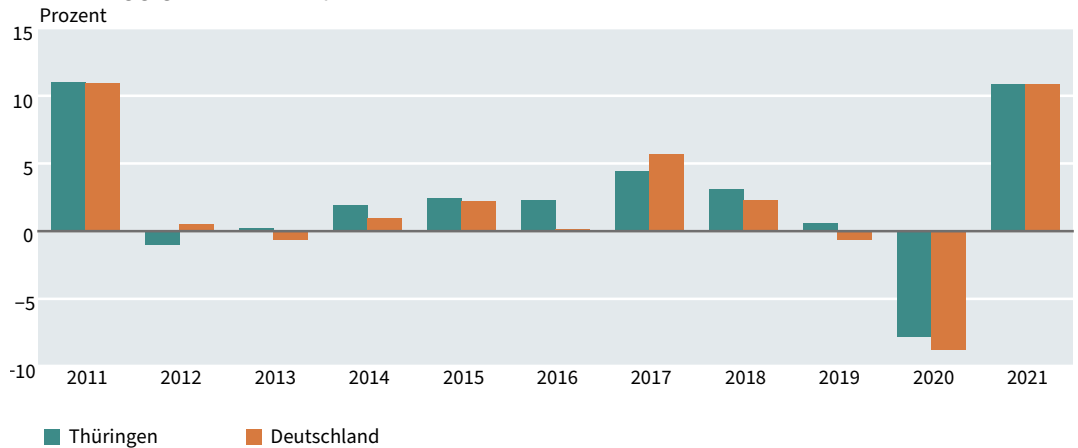


Abbildung 3: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Thüringen und Deutschland nach Jahren
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Exportquote übersteigt Vorjahresniveau

Die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) betrug im Jahr 2021 in Thüringen 37,3 Prozent und stieg damit um +0,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Obwohl in Thüringen die Exportquote in den letzten Jahren tendenziell anstieg, liegt diese noch weit unter der Exportkraft Deutschlands (50,9 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten hat sich in den letzten Jahren stetig erhöht. Dieser langjährige Trend wurde im Corona-Jahr 2021 erneut unterbrochen und sank somit das 2. Jahr in Folge. Insgesamt wurde eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 141.080 Per-

sonen ermittelt; 1,9 Prozent bzw. 2.716 Personen weniger als im Vorjahr.

Im gesamten Bundesgebiet waren im Jahr 2021 rund 5,5 Millionen Personen beschäftigt. Der Anteil Thüringens an allen Beschäftigten lag bei 2,6 Prozent. Die Beschäftigtenentwicklung verlief im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr deutschlandweit rückläufig (-1,5 Prozent), dabei lag Thüringen über dem Bundesdurchschnitt (-1,9 Prozent). Die höchsten prozentualen Beschäftigtenrückgänge verbuchten Bremen und das Saarland mit jeweils -3,3 Prozent. Ein Beschäftigtenzuwachs verzeichnete nur Schleswig-Holstein (+1,0 Prozent).

Die Umsatzproduktivität in der Industrie, gemessen als Umsatz je Beschäftigten, stieg im Jahr 2021

Abbildung 4: Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Thüringen und Deutschland nach Jahren

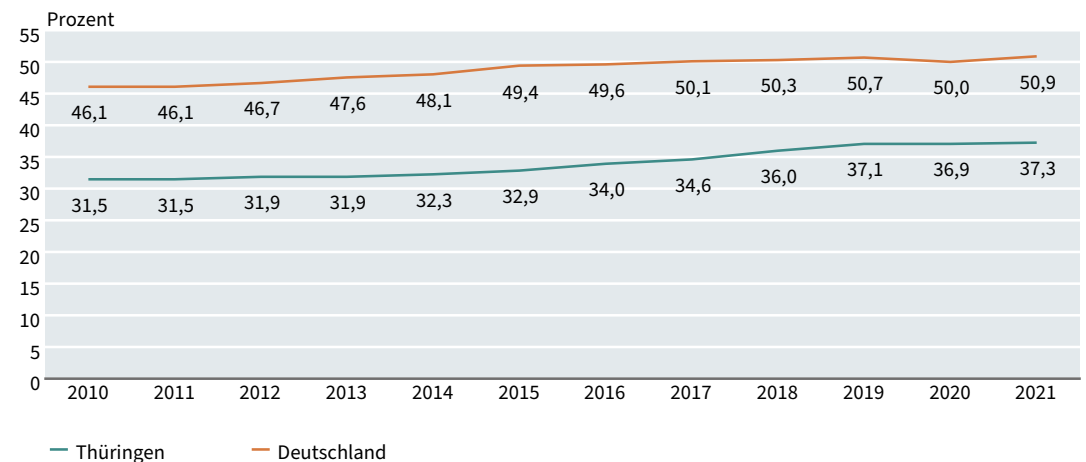
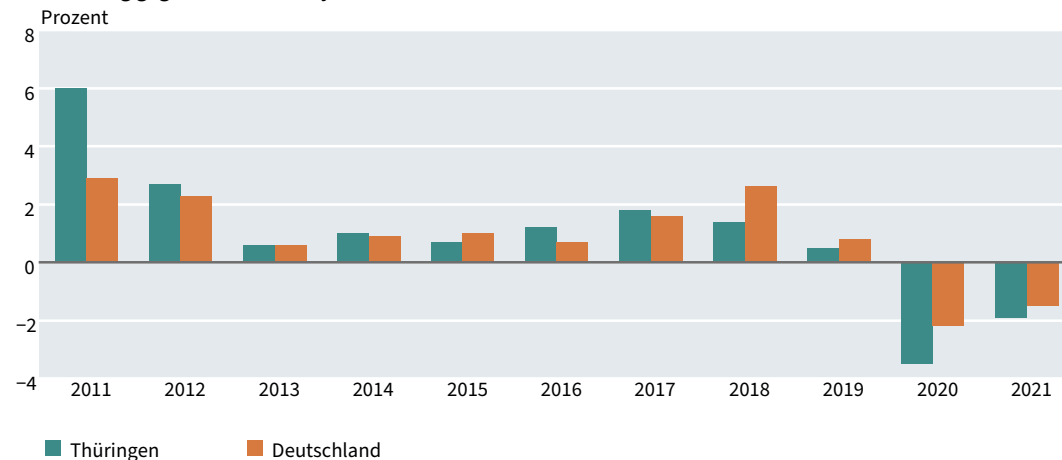


Abbildung 5: Beschäftigtenzahlen im Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Thüringen und Deutschland nach Jahren

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



deutlich an, da der Umsatz stark zunahm, bei gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigten. Im Jahr 2021 erwirtschaftete jede tätige Person durchschnittlich 234 100 Euro, ein Zuwachs von 12,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit liegt die Umsatzproduktivität in Thüringen deutlich unter dem Niveau Deutschlands (335 338 Euro) und im Vergleich aller Bundesländer an letzter Stelle. Die höchste Produktivität weist Hamburg mit 894 815 Umsatz je Beschäftigten auf, gefolgt von Bremen (606 030 Umsatz je Beschäftigten).

desgebiet wurden 8 093 Millionen Arbeitsstunden geleistet. Dabei fielen 2,7 Prozent der gesamten Arbeitsstunden auf Thüringen. Deutschlandweit erhöhten sich die Arbeitsstunden gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent.

Auftragslage hat sich gegenüber Vorjahr verbessert

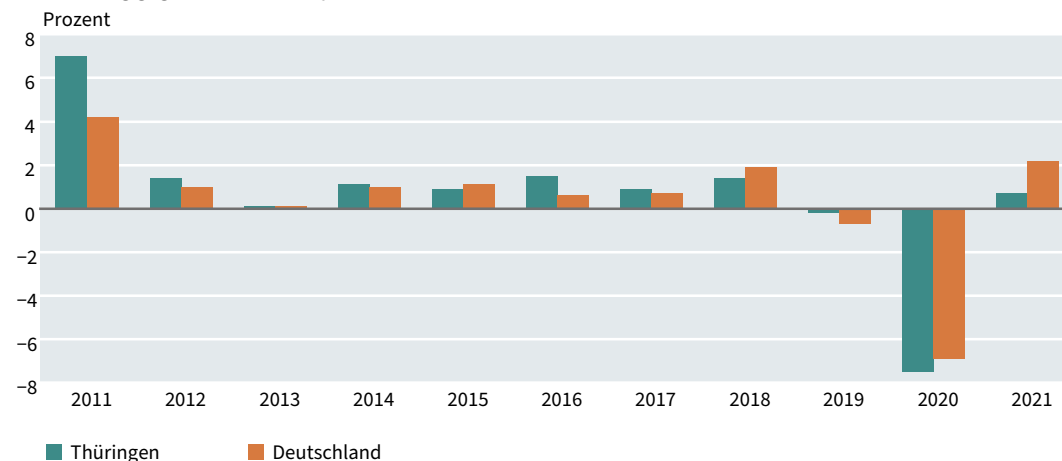
Anstieg der Arbeitsstunden

Die geleisteten Arbeitsstunden waren mit 220 369 Tausend Stunden um 0,7 Prozent höher als im Jahr 2020. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug in Thüringen 6,1 Stunden (2020: 6,0 Stunden). Im gesamten Bun-

Der Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) erreichte im Monatsdurchschnitt des Jahres 2021 in den Thüringer Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes einen Wert von 114,3 und war damit um 18,1 Prozent höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg wurde sowohl durch die höhere Nachfrage aus dem Inland (+15,9 Prozent) als auch aus dem Ausland (+21,3 Prozent) getragen.

Abbildung 6: Geleistete Arbeitsstunden im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Thüringen und Deutschland nach Jahren

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Betrachtung nach Hauptgruppen

Vorleistungsgüterproduzenten umsatzstärkste Hauptgruppe

Die umsatzstärkste Hauptgruppe war im Jahr 2021, wie schon in den Jahren zuvor, die Gruppe der Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Umsatzvolumen von 15,1 Milliarden Euro. Rund 46 Prozent des Thüringer Gesamtumsatzes wurden hier erwirtschaftet. In allen Hauptgruppen stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr an, bei den Vorleistungsgüterproduzenten mit +16,7 Prozent, bei den Gebrauchsgüterproduzenten mit +13,6 Prozent, bei den Investitionsgüterproduzenten mit +7,2 Prozent und bei den Verbrauchsgüterproduzenten um +2,4 Prozent.

Beschäftigtenzuwachs in fast allen Hauptgruppen

Auch bei der Betrachtung der beschäftigten Personen lag die Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 66691 Personen an 1. Stelle. Fast die Hälfte aller Beschäftigten (47,3 Prozent) war in dieser Gruppe tätig. Gegenüber dem Vorjahr wurde in fast allen Hauptgruppen ein Beschäftigtenrückgang verzeichnet. Den einzigen Anstieg konnten die Verbrauchsgüterproduzenten mit +3,4 Prozent verzeichnen, den höchsten Verlust hatten die Gebrauchsgüterproduzenten mit -3,3 Prozent zu vermelden.

Höchste Exportquote bei den Gebrauchsgüterproduzenten

Die Höhe der Exportquote schwankte innerhalb der Hauptgruppen zwischen 21,9 Prozent bei den Verbrauchsgüterproduzenten und 59,8 Prozent bei den Gebrauchsgüterproduzenten. Einen Anstieg der Exportquote gegenüber dem Vorjahr konnten, mit Ausnahme der Investitionsgüterproduzenten (-0,9 Prozentpunkte), alle Hauptgruppen verzeichnen. Dabei wurde auch der höchste Anstieg bei den Gebrauchsgüterproduzenten (+6,6 Prozentpunkte) ermittelt.

Die höchste Produktivität konnte die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten mit 262814 Euro Umsatz je Beschäftigten erzielen, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten mit 244237 Euro. Gegenüber dem Vorjahr konnte nur in der Hauptgruppe der Verbrauchsgüterproduzenten ein Produktivitätsrückgang verzeichnet werden (-1,0 Prozent).

Auftragseingänge in allen Hauptgruppen steigend

Der durchschnittliche Auftragseingangsindex schwankte in den 4 Hauptgruppen zwischen 109,0 (Investitionsgüterproduzenten) und 173,1 (Gebrauchsgüterproduzenten). Die Auftragslage hat sich im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr in allen Hauptgruppen verbessert. Hier reichte die Spanne von +5,4 Prozent bei den Verbrauchsgüterproduzenten bis +29,2 Prozent bei den Gebrauchsgüterproduzenten.

Abbildung 7: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen und Jahren

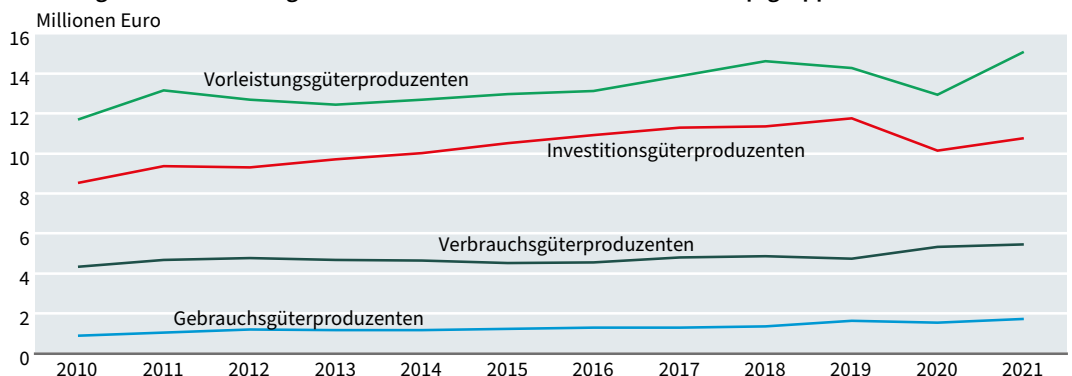


Abbildung 8: Ausgewählte Kennziffern im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^{*)} 2021 nach Hauptgruppen

Land Hauptgruppe	Betriebe (MD)	Veränderung zum Vorjahr	Beschäftigte (MD)	Veränderung zum Vorjahr	Umsatz insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Umsatz je Beschäftigten	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	Prozent	Personen	Prozent	1 000 Euro	Prozent	Euro	Prozent
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	811	-2,8	141 080	-1,9	33 026 800	10,8	234 100	12,9
davon								
Vorleistungsgüterproduzenten	402	-3,8	66 691	-2,7	15 091 013	16,7	226 283	19,9
Investitionsgüterproduzenten	247	-1,6	44 112	-3,2	10 773 694	7,2	244 237	10,7
Gebrauchsgüterproduzenten	31	-6,1	6 513	-3,3	1 711 776	13,6	262 814	17,4
Verbrauchsgüterproduzenten	131	-0,8	23 764	3,4	5 450 317	2,4	229 353	-0,9

*) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
MD - Monatsdurchschnitt

Betrachtung nach Wirtschaftszweigen

Der Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe gliedert sich in 24 Industrie-Wirtschaftszweige. Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich auf

die 5 umsatzstärksten Wirtschaftszweige. Diese repräsentierten im Jahr 2021 mehr als die Hälfte des Umsatzes und der Beschäftigtenzahl im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe.

Abbildung 9: Umsatz im Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

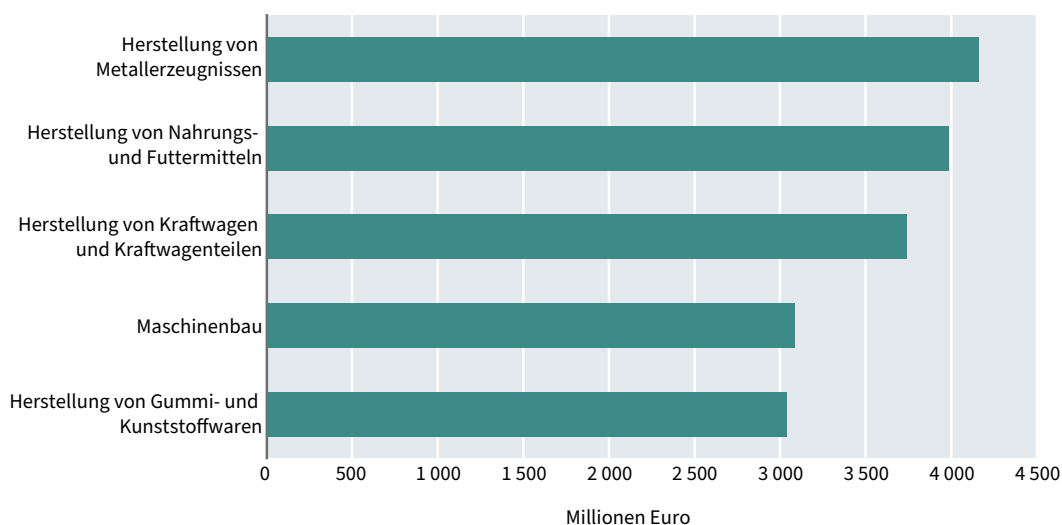
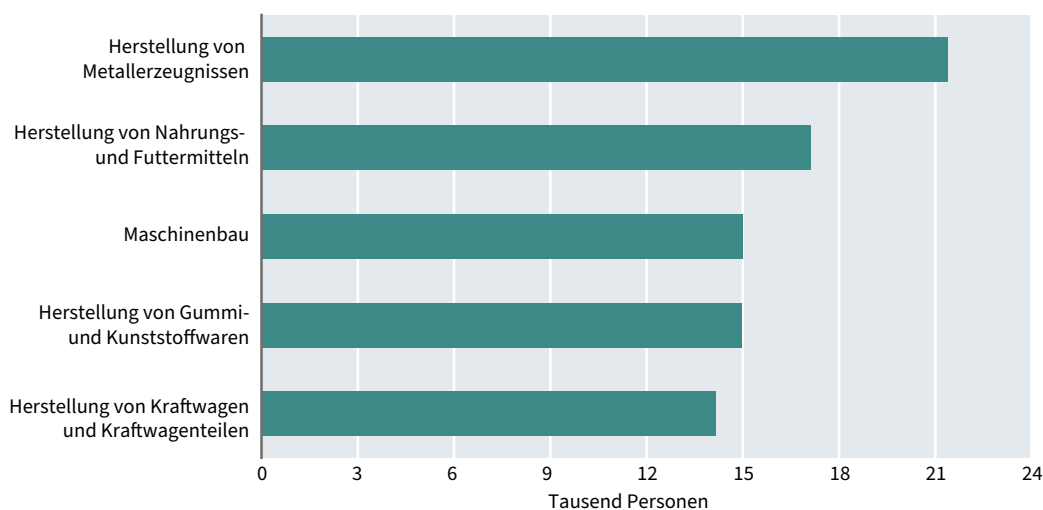


Abbildung 10: Tätige Personen im Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Herstellung von Metallzeugnissen umsatzstärkster Wirtschaftszweig

Die *Herstellung von Metallzeugnissen* als umsatzstärkster Wirtschaftszweig erzielte im Jahr 2021 einen Umsatz von 4159 Millionen Euro. Mit einem Plus von 10,6 Prozent bzw. 398,2 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr verdrängte er den Wirtschaftszweig Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln vom Spitzenplatz. Sowohl der Inlandsumsatz (+11,7 Prozent bzw. +303,7 Millionen Euro) als auch der Auslandsumsatz stieg (+8,1 Prozent bzw. +94,5 Millionen Euro) stieg an. Die Zahl der Beschäftigten war mit 21414 Personen etwas niedriger als 2020 (-3,7 Prozent bzw. -824 Personen), lag im Ranking der 5 Wirtschaftszweige aber dennoch auf Platz 1. Die Umsatzproduktivität (Umsatz je Beschäftigten) betrug 194236 Euro und lag damit wie alle anderen Wirtschaftszweige, mit Ausnahme der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, über dem Vorjahresniveau (+14,8 Prozent). In dieser Branche wurde jedoch im Vergleich der 5 aufgeführten Wirtschaftszweige die niedrigste Umsatzproduktivität festgestellt. Mit einem Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) von durchschnittlich 113,5 wurde der Stand des Jahres 2020 um 10,8 Prozent überschritten.

Beschäftigtenzuwachs im Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln

Die Branche *Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln* erreichte mit 3984 Millionen Euro den zweithöchsten Umsatzwert. Zum Vorjahr stieg der Umsatz um 4,3 Prozent bzw. 163,4 Millionen Euro an. Dieser Anstieg erfolgte sowohl beim Inlandsumsatz (+3,4 Prozent bzw. +108,5 Millionen Euro) als auch beim Auslandsumsatz (+8,3 Prozent bzw. +54,9 Millionen Euro). Die Zahl der Beschäftigten betrug 17127 womit dieser Bereich auf Platz 2 der betrachteten Wirtschaftszweige lag. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Beschäftigten um 5,3 Prozent bzw. 860 Personen an. Der Umsatz je Beschäftigten lag bei einem Wert von 232624 Euro und ging damit um 1,0 Prozent zurück.

Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit höchster Umsatzproduktivität

Die *Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen* lag im Jahr 2021 an 3. Stelle der umsatzstärksten Wirtschaftszweige. Insgesamt wurde ein Umsatz von 3738 Millionen Euro erwirtschaftet und damit 2,3 Prozent bzw. 82,6 Millionen Euro mehr als ein Jahr zuvor. In diesem Wirtschaftszweig ging der Auslandsumsatz zurück während der Inlandsumsatz anstieg. Das Auslandsgeschäft lag mit 1073 Millionen Euro um 9,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Inlandsnachfrage stieg mit 2664 Millionen Euro um 8,0 Prozent an. Die Beschäftigtenzahl lag mit 14170 Personen auch unter dem Niveau des Vorjahres (-533 Personen bzw. -3,6 Prozent). Der Umsatz je Beschäftigten betrug 263773 Euro und stieg um 6,1 Prozent an. Mit einem Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) von durchschnittlich 81,1 wurde der Stand des Jahres 2020 leicht verfehlt (-0,4 Prozent).

Steigende Auftragseingänge im Bereich Maschinenbau

Der *Maschinenbau* lag im Jahr 2021 an 4. Stelle der umsatzstärksten Wirtschaftszweige. Hier wurden 3086 Millionen Euro Umsatz verbucht und damit 10,6 Prozent bzw. 297,0 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Der Inlandsumsatz erhöhte sich um 9,3 Prozent bzw. 144,0 Millionen Euro und der Auslandsumsatz stieg noch dynamischer (+12,4 Prozent bzw. +153,0 Millionen Euro). Die Zahl der Beschäftigten lag bei 15010 Personen. Hier waren 5,0 Prozent bzw. 791 Personen weniger tätig als noch vor einem Jahr. Die Umsatzproduktivität betrug 205602 Euro und erreichte im Vergleich der 5 aufgeführten Wirtschaftszweige den 3. Platz. Der Umsatz je Beschäftigten stieg gegenüber dem Vorjahr an (+16,5 Prozent). Die Auftragseingänge lagen bei durchschnittlich 134,2 und stiegen um fast ein Drittel an (+29,4 Prozent).

Geringer Rückgang der Beschäftigten im Bereich Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren

Als letzter der 5 betrachteten Wirtschaftszweige erreichte die *Herstellung von Gummi- und Kunst-*

Abbildung 11: Ausgewählte Kennziffern im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Land Wirtschaftszweig	Betriebe (MD)	Veränderung zum Vorjahr	Beschäftigte (MD)	Veränderung zum Vorjahr	Umsatz insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Umsatz je Beschäftigten	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	Prozent	Personen	Prozent	1000 Euro	Prozent	Euro	Prozent
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	811	-2,8	141080	-1,9	33026800	10,8	234100	12,9
darunter								
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	87	1,2	17127	5,3	3984137	4,3	232624	-1,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	98	-3,0	14973	-3,3	3039852	11,3	203026	15,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	143	-4,7	21414	-3,7	4159297	10,6	194236	14,8
Maschinenbau	97	-2,0	15010	-5,0	3086002	10,6	205602	16,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	46	-8,0	14170	-3,6	3737536	2,3	263773	6,1

*) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
MD - Monatsdurchschnitt

stoffwaren mit 3040 Millionen Euro den niedrigsten Umsatzwert. Allerdings wurde hier der höchste prozentuale Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr errechnet (+11,3 Prozent bzw. +309,1 Millionen Euro). Dabei lag der Inlandsumsatz bei 1907 Millionen Euro und der Auslandsumsatz bei 1133 Millionen Euro. Auch hier erhöhten sich die Umsätze sowohl bei der inländischen Nachfrage (+12,2 Prozent bzw. +207,7 Millionen Euro) als auch bei der ausländischen (+9,8 Prozent bzw. +101,4 Millionen Euro). Die Beschäftigtenzahl ging im Vergleich zum Vorjahr um 511 Personen bzw. 3,3 Prozent auf 14973 Personen zurück. Im Vergleich der 5 betrachteten Wirtschaftszweige wurde hier sowohl der niedrigste relative als auch absolute Beschäftigtenrückgang errechnet. Die Umsatzproduktivität erhöhte sich um 15,1 Prozent und erreichte einen Wert von 203026 Euro.

Baugewerbe

Im Gegensatz zu anderen Branchen war auch das Baugewerbe im Jahr 2021 nicht von der Corona-Pandemie betroffen. Die Umsätze stiegen in den letzten Jahren stetig an. Im Bauhauptgewerbe wurden jedoch erstmals seit 2015 rückläufige Umsatzzahlen gemeldet. Die Ergebnisse im Ausbaugewerbe sind aufgrund einer methodischen Änderung nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Umsatz im Baugewerbe erneut gestiegen

Die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten erzielten im **Baugewerbe** 2021 einen Umsatz von insgesamt 3616 Millionen Euro. Das war ein Zuwachs gegenüber 2020 um

Abbildung 12: Baugewerblicher Umsatz im Baugewerbe nach Jahren

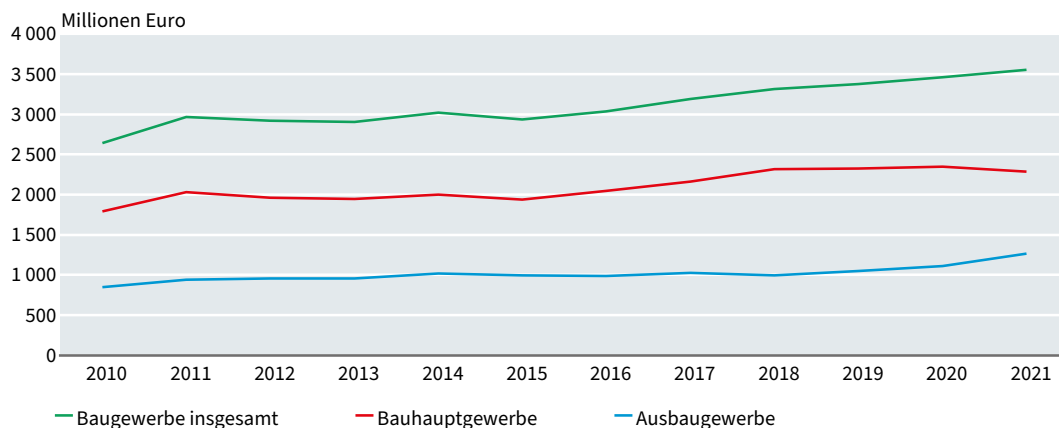


Abbildung 13: Ausgewählte Kennziffern im Baugewerbe nach Jahren

Jahr	Betriebe ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾	Geleistete Arbeitsstunden	baugewerblicher Umsatz	baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten
	Anzahl	Personen	1000 Stunden	Milionen Euro	Euro
2010	572	24390	31630	2639	108186
2011	572	24423	32923	2969	121583
2012	578	24842	32413	2920	117528
2013	572	24554	31594	2902	118203
2014	569	24165	31382	3021	125010
2015	551	23284	29686	2933	125948
2016	532	22503	28848	3038	135013
2017	551	23431	29677	3189	136082
2018	525	23739	29352	3313	139549
2019	509	23391	28855	3374	144232
2020	518	23311	29016	3465	148643
2021	556	24107	29300	3557	147547

1) Durchschnitt des Berichtszeitraumes

2,6 Prozent bzw. 91,8 Millionen Euro. Der baugewerbliche Umsatz betrug 3557 Millionen Euro und erhöhte sich um 2,7 Prozent. Dieser Anstieg wurde ausschließlich durch das Ausbaugewerbe erwirtschaftet; im Bauhauptgewerbe ging der Umsatz zurück.

Mehr Beschäftigten im Baugewerbe

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten lag im Baugewerbe bei 24107 Personen. Damit waren 796 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor (+3,4 Prozent). Die Beschäftigtenzahl stieg dabei sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe.

Produktivitätsniveau erstmals seit 2012 gesunken

Die Produktivität (baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten) ist erstmalig seit 2012 gesunken, da die Umsatzsteigerung geringer als der Beschäftigtenzuwachs war. Mit einem Wert von 147547 Euro im Jahr 2021 lag dieser um 0,7 Prozent unter dem Produktivitätsniveau des Vorjahres. Der Rückgang des baugewerblichen Umsatzes je Beschäftigten wurde allein durch das Bauhauptgewerbe verur-

sacht, allerdings konnte das Ausbaugewerbe den Produktivitätsrückgang etwas abfedern.

Anstieg der Arbeitsstunden

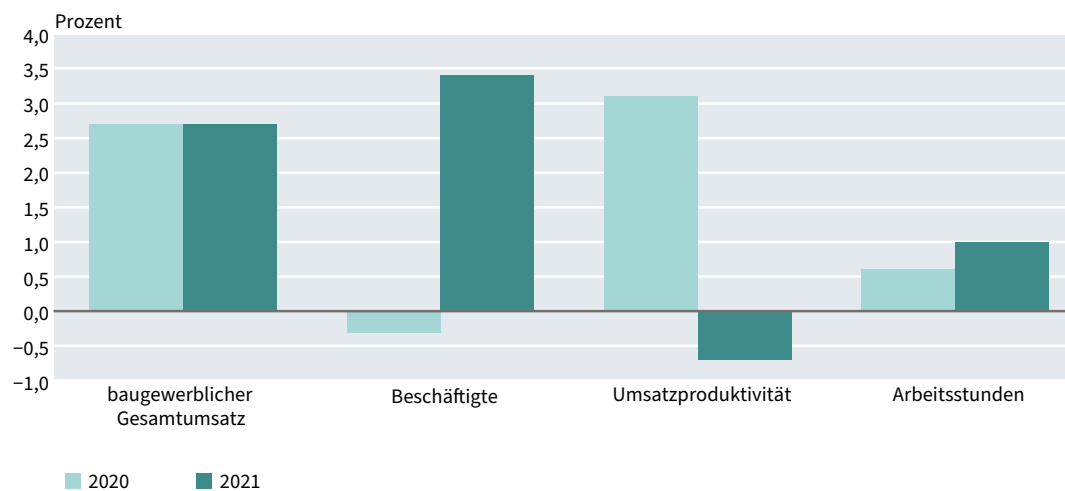
Im Jahr 2021 wurden mit 29300 Tausend Arbeitsstunden 1,0 Prozent mehr geleistet als im Jahr zuvor. Jedoch stieg die Zahl der Arbeitsstunden schwächer als die Beschäftigtenzahl (+3,4 Prozent). Während auch hier die Arbeitsstunden im Ausbaugewerbe anstiegen, sanken diese im Bauhauptgewerbe.

Umsatz im Bauhauptgewerbe zurückgegangen

Von den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im **Bauhauptgewerbe** wurde im Jahr 2021 ein Umsatz von 2312 Millionen Euro erwirtschaftet; 60,1 Millionen Euro bzw. 2,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der baugewerbliche Umsatz sank um 2,7 Prozent auf 2288 Millionen Euro. Für das Bauhauptgewerbe war dies der erste Umsatzrückgang seit 2015.

Die Bausparten entwickelten sich in unterschiedliche Richtung. Nur der gewerbliche Bau erwirtschaftete 2,0 Prozent mehr Umsatz. Deutliche Einbußen gab es im Wohnungsbau (-7,7 Prozent) und auch im öffentlichen und Straßenbau (-4,5 Prozent) wurden geringere Umsätze erwirtschaftet als noch vor einem Jahr.

Abbildung 14: Ausgewählte Kennziffern im Baugewerbe 2020 und 2021
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



Auftragslage hat sich verbessert

Die Auftragslage hat sich im Betrachtungsjahr etwas verbessert. Der Auftragseingang stieg gegenüber 2020 um 62,1 Millionen Euro (+2,9 Prozent) auf 2187 Millionen Euro an. Ein Anstieg wurde in allen 3 Bausparten errechnet. Den größten relativen Anstieg konnte der Wohnungsbau mit +8,2 Prozent ausweisen, gefolgt vom gewerblichen Bau mit plus 4,7 Prozent. Im öffentlichen und Straßenbau lag das Volumen leicht über dem Niveau von 2020 (+0,9 Prozent).

Zahl der Beschäftigten geringfügig angestiegen

Die Zahl der Beschäftigten blieb fast auf Vorjahresniveau. Waren im Jahr 2020 im Monatsdurchschnitt 14484 Personen beschäftigt, so erhöhte sich diese Zahl geringfügig auf 14499 Beschäftigte im Jahr 2021 (+0,1 Prozent bzw. +15 Personen).

Die Produktivität (baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten) verringerte sich im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent. Je Beschäftigten wurde ein baugewerblicher Umsatz von 157815 Euro erarbeitet. Im Jahr 2020 waren es noch 162294 Euro.

Abbildung 15 : Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe nach Jahren

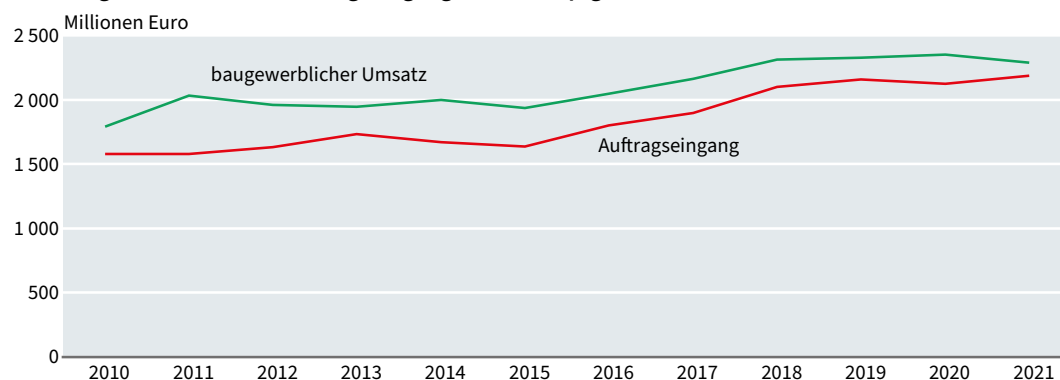
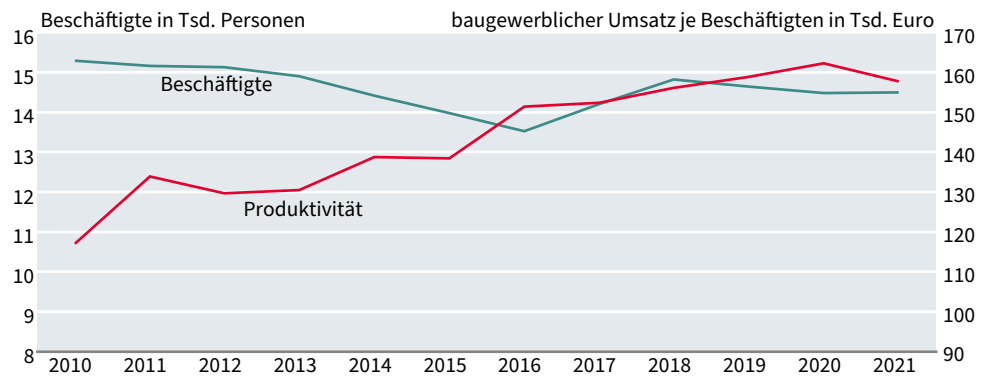


Abbildung 16: Beschäftigte und Produktivität im Bauhauptgewerbe nach Jahren



Im Gegensatz zum geringfügigen Anstieg der Beschäftigtenzahl hat sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringert. Mit 16790 Tausend Stunden sanken diese gegenüber dem Jahr zuvor um 3,1 Prozent. Eine Verringerung wurde in allen 3 Bausparten verzeichnet. Dabei war der Rückgang im öffentlichen und Straßenbau am höchsten (-3,9 Prozent bzw. -353 Tausend Stunden).

2021 eine methodische Änderung eingetreten ist. Im Zeitraum 2018 bis 2020 wurden Betriebe mit 23 und mehr tätigen Personen befragt. Ab dem Jahr 2021 wurde die Berichtskreisuntergrenze auf mindestens 20 tätigen Personen geändert. Dadurch sind die Ergebnisse für 2021 nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Abschneidegrenze im Ausbaugewerbe gesunken

Das **Ausbaugewerbe** erzielte 2021 einen Gesamtumsatz von 1304 Millionen Euro; 13,2 Prozent bzw. 151,9 Millionen Euro mehr als 2020. Der baugewerbliche Umsatz betrug 1269 Millionen Euro und lag mit +13,8 Prozent deutlich über dem Vorjahreswert.

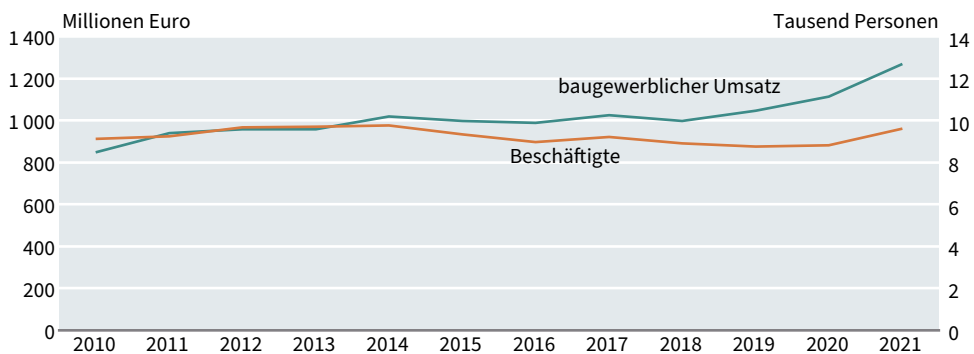
Bei der Betrachtung der Ergebnisse im Ausbaugewerbe ist zu berücksichtigen, dass mit dem Berichtsjahr

Abbildung 17: Ausgewählte Kennziffern im Bauhauptgewerbe nach Jahren

Jahr	Betriebe (MD)	Beschäftigte (MD)	Geleistete Arbeitsstunden	baugewerblicher Umsatz	baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten
	Anzahl	Personen	1000 Stunden	Millionen Euro	Euro
2010	312	15287	18706	1790	117092
2011	307	15161	19791	2031	133947
2012	306	15134	19006	1962	129623
2013	304	14908	18340	1946	130542
2014	302	14416	18146	2001	138834
2015	293	13985	17217	1935	138368
2016	285	13528	16731	2049	151454
2017	290	14209	17341	2165	152337
2018	298	14822	17479	2315	156164
2019	290	14649	17302	2327	158872
2020	296	14484	17327	2351	162294
2021	295	14499	16790	2288	157815

MD - Monatsdurchschnitt

Abbildung 18: Umsatz und durchschnittliche Beschäftigtenzahl im Ausbaugewerbe nach Jahren



Beschäftigtenzahl gestiegen

Die Zahl der Beschäftigten hat sich im Ausbaugewerbe weiter erhöht und lag mit 9608 Personen um 8,8 Prozent bzw. 781 Personen über dem Vorjahreswert.

Umsatzproduktivität weiter gestiegen

Die Produktivität (baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten) stieg im Jahr 2021 gegenüber dem Jahr zuvor um 4,6 Prozent an. Wurde im Jahr 2020 je

Beschäftigten ein Umsatz von 126244 Euro erbracht, so erhöhte sich diese Leistung auf 132046 Euro im Jahr 2021.

Im Jahr 2021 wurden im Thüringer Ausbaugewerbe 12510 Tausend Arbeitsstunden geleistet. Verbunden mit dem Arbeitskräfteanstieg nahm auch die Anzahl der geleisteten Stunden gegenüber dem Vorjahr proportional zu (+7,0 Prozent bzw. +821 Tausend Stunden).

Baugenehmigungen

Im Jahr 2021 erhöhte sich die Wohnungsbaunachfrage mit 5263 genehmigten Anträgen gegenüber

Abbildung 19: Ausgewählte Kennziffern im Ausbaugewerbe nach Jahren

Jahr	Betriebe ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾	Geleistete Arbeitsstunden	baugewerblicher Umsatz	baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten
	Anzahl	Personen	1000 Stunden	Millionen Euro	Euro
2010	262	9104	12924	849	93218
2011	265	9241	13131	939	101573
2012	273	9681	13407	958	98947
2013	269	9696	13253	956	98620
2014	268	9748	13236	1019	104579
2015	259	9341	12469	998	106788
2016	247	8975	12117	989	110232
2017	262	9223	12336	1024	111039
2018	227	8916	11873	998	111930
2019	219	8742	11554	1046	119701
2020	223	8827	11689	1114	126244
2021	262	9608	12510	1269	132046

1) Vierteljahresdurchschnitte

dem Jahr zuvor um 4,1 Prozent. Die Thüringer Bauaufsichtsbehörden genehmigten im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt 4 692 Wohnungen, ein Rückgang um 19,7 Prozent bzw. 1 150 Wohnungen.

Geringer Anstieg der Nachfrage nur bei den Zweifamilienhäusern

Im Wohnungsneubau hatten die Bauherren mit 3 763 Wohnungen 17,3 Prozent bzw. 788 Wohnungen weniger geplant als im Jahr 2020. Im Jahr 2021 konnte nur in einem Gebäudetyp, den Zweifamilienhäusern mit 204 Wohnungen, ein geringer Anstieg um 4 Wohnungen bzw. +2,0 Prozent verzeichnen werden. Bei den Mehrfamilienhäusern (einschließlich Wohnheime) gab es mit 1 779 Wohnungen deutlich stärkere Rückgänge (- 733 Wohnungen bzw. -29,2 Prozent) als bei den Einfamilienhäusern mit 1 780 Wohnungen (-59 Wohnungen bzw. -3,2 Prozent).

117 neue Wohnungen wurden in Wohnheimen geplant, im Jahr 2020 waren es mit 129 Wohnungen etwas mehr. Wohnheime sind Wohngebäude, die primär den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise dienen (z. B. Studentenwohnheim, Seniorenwohnheim, Flüchtlingsunterkünfte). Die Bewohnerinnen und Bewohner von Wohnheimen führen einen eigenen Haushalt.

Neben dem Neubau werden dem Wohnungsmarkt durch bauliche Veränderungen an bestehenden

Wohngebäuden z. B. durch Umbau-, Ausbau-, Erweiterungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen 887 Wohnungen zugeführt.

Für die Bauvorhaben von Wohngebäuden insgesamt wurde ein Kostenvolumen von 1 101 Millionen Euro veranschlagt, rund 52,5 Millionen Euro bzw. 4,6 Prozent weniger als im Jahr 2020. Auch für neue Wohngebäude sank das Investitionsvolumen deutlich. Mit 787 Millionen Euro wurden 8,2 Prozent weniger Baukosten geplant als ein Jahr zuvor.

Mehr Baugenehmigungen aber weniger Wohnungen in Nichtwohngebäuden

Bei der Betrachtung der Wohnungen in neuen Nichtwohngebäuden stieg die Zahl der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahr um 17,4 Prozent auf 992 neue Nichtwohngebäude. 42 Wohnungen wurden 2021 in Nichtwohngebäuden neu geplant, im Jahr zuvor waren es mit 107 deutlich mehr neue Wohnungen (-60,7 Prozent). Ein Blick auf die Entwicklung der veranschlagten Baukostensumme zeigt allerdings, dass hier, wie bereits im Vorjahr, ein deutlicher Kostenanstieg zu verzeichnen ist. Für neue Nichtwohngebäude wurde ein Kostenvolumen von 948 Millionen Euro veranschlagt, rund 218 Millionen Euro bzw. 29,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

66,1 Prozent der genehmigten neuen Nichtwohngebäuden waren nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (656). Hierzu zählen u. a. Warenlagerge-

Abbildung 20: Genehmigte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Jahren

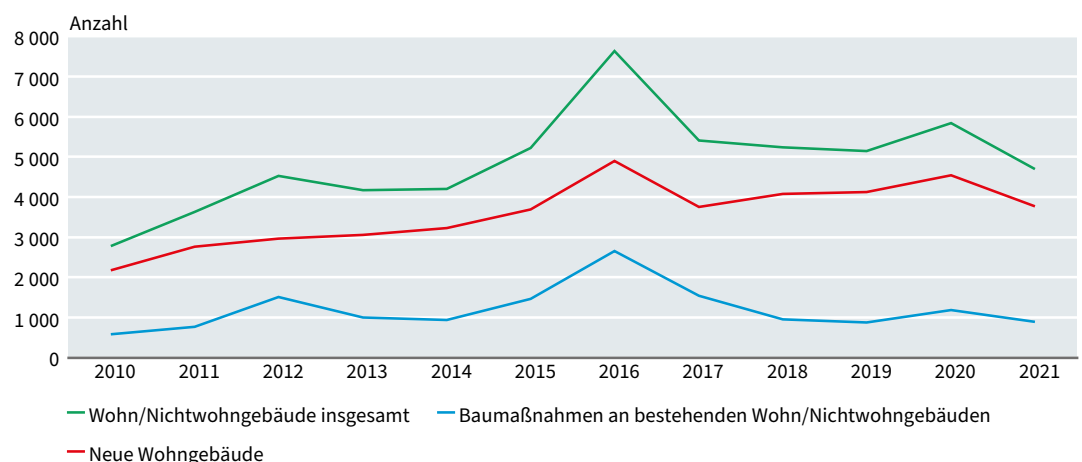


Abbildung 21: Baugenehmigungen nach Jahren und Gebäudeart

Gebäudeart	Anzahl der Wohnungen											
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Neue Wohngebäude	2168	2769	2958	3058	3226	3692	4903	3750	4075	4120	4551	3763
davon												
Einfamilienhäuser	1412	1620	1702	1681	1671	1910	1931	1875	1796	1794	1839	1780
Zweifamilienhäuser	160	194	204	194	186	208	176	208	208	170	200	204
Mehrfamilienhäuser (einschl. Wohnheime)	596	955	1052	1183	1369	1574	2796	1667	2071	2156	2512	1779
Neue Nichtwohngebäude	28	102	59	113	38	65	66	106	202	152	107	42
Baumaßnahmen an bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden	577	762	1511	1000	943	1470	2661	1546	959	869	1184	887
Insgesamt	2773	3633	4528	4171	4207	5227	7630	5402	5236	5141	5842	4692

bäude (155), Fabrik- und Werkstattgebäude (124) und Handelsgebäude (35).

Die höchste Zahl von Bauvorhaben im Wohnungsneubau meldete die kreisfreie Stadt Jena (568). Mit etwas größerem Abstand folgten der Wartburgkreis (381), die kreisfreie Stadt Weimar (242) und der Unstrut-Hainich-Kreis (241). Schlusslicht ist der Landkreis Sonneberg mit 40 gemeldeten Baugenehmigungen im Wohnungsneubau.

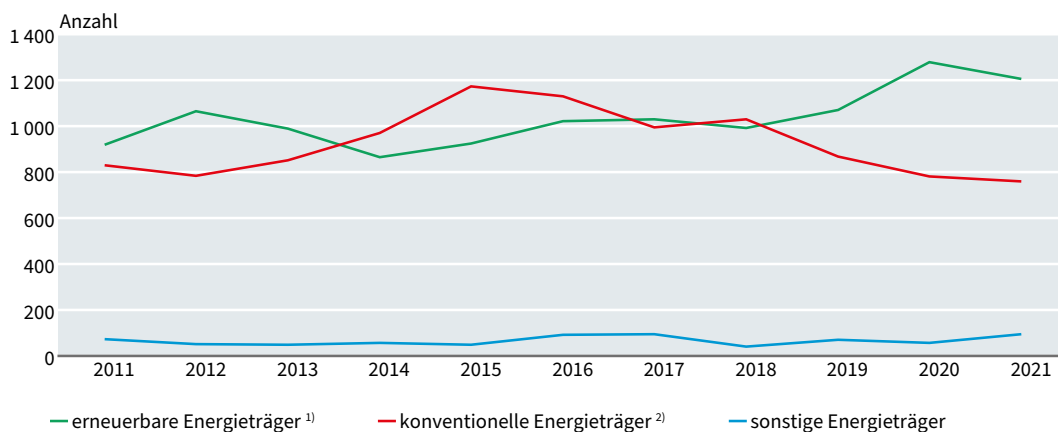
Die meisten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern im Eichsfeld geplant

Differenziert nach Wohngebäudetypen ist die Anzahl der Wohnungen, die in Ein- und Zweifamilienhäusern zum Neubau freigegeben wurden, im Eichsfeld mit 195 Wohnungen am höchsten, gefolgt vom Wartburgkreis (174 Wohnungen) und dem Unstrut-Hainich-Kreis (143 Wohnungen). In der kreisfreien Stadt Suhl wurden dagegen mit 31 Wohnungen die wenigsten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern geplant.

Rund 60 Prozent der neuen Wohngebäude werden mit erneuerbaren Energiequellen geplant

In mehr als der Hälfte der neuen Wohngebäude sind erneuerbare Energien zur primären Beheizung vorgesehen. In insgesamt 1205 geplanten neuen Wohngebäuden sollen in Thüringen erneuerbare Energiequellen zur primären Beheizung zum Tragen

Abbildung 22: Baugenehmigungen für neue Wohngebäude nach verwendeter primärer Energie zur Heizung und Jahren



1) Erneuerbare Energien: Geothermie, Umweltthermie, Solarthermie, Holz, Biogas, sonstige Biomasse

2) Konventionelle Energien: Öl, Gas, Strom

kommen. Dabei werden 1.114 neue Wohngebäude mit einer Wärmepumpe (Geothermie und Umweltthermie) beheizt. Das sind 5,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

In 91 Neubauten soll die Wärme mit Hilfe von Solarstrahlung, Holz, Biogas/Biomethan und aus Biomasse genutzt werden. Wie in den Vorjahren dominiert hierbei der Energieträger Holz (72 Neubauten). Nach einem geringfügigen Anstieg im Vorjahr ist 2021 wieder ein Rückgang dieser Wärmequelle zu verzeichnen.

Konventionelle Energiequellen wie Öl, Gas und Strom sollen in 759 geplanten neuen Wohngebäuden für die Heizung sorgen. Damit wurden im Jahr 2021 weniger neue Wohngebäude mit konventionellen Energiequellen zur primären Beheizung geplant als ein Jahr zuvor (2020: 780 neue Wohngebäude).

Einzelhandel

Die Umsätze der Thüringer Einzelhandelsunternehmen 2021 erreichten nicht das Niveau des Vorjahres. Real (inflationbereinigt) nahmen die Umsätze gegenüber 2020 um 2,6 Prozent ab und nominal (d. h. in jeweiligen Preisen) um 0,3 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten blieb annähernd auf dem Niveau des Jahres 2020.

Im bundesweiten Durchschnitt stiegen die Einzelhandelsumsätze im Jahr 2021 nach vorläufigen Ergebnissen real um 0,7 Prozent. Die nominalen Umsätze

nahmen im Vergleich zu 2020 etwas kräftiger zu und lagen bei +2,9 Prozent.

Uneinheitliche Umsatzentwicklung in den Branchen

In den Bereichen des Thüringer Einzelhandels waren 2021 unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Im Jahresvergleich erwirtschafteten nur die Bereiche „Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, nicht an Verkaufsständen oder auf Märkten“ und der Bereich „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“ ein Umsatzplus (real). Die höchsten realen Umsatzrückgänge verbuchte die Gruppe „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten usw.“ mit -18,4 Prozent. Danach folgten der „Einzelhandel mit Nahrungsmitteln usw.“ (-2,4 Prozent) und der „Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen“ (-1,6 Prozent).

Reale und nominale Umsatzzuwächse im Bereich „Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, nicht an Verkaufsständen oder auf Märkten“

Im Bereich „Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, nicht an Verkaufsständen oder auf Märkten“ erhöhten sich die Umsätze sowohl real als auch nominal.

Abbildung 23: Umsatz und Beschäftigtenzahlen im Einzelhandel^{*)} 2021 nach Wirtschaftsgruppen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Wirtschaftsgruppe (WZ 2008)	Umsatz		Beschäftigte
	real (in Preisen von 2015)	nominal (in jeweiligen Preisen)	insgesamt
Einzelhandel insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	-2,6	-0,3	0,1
darunter			
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ^{1) 2)}	-0,5	1,4	1,6
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. ¹⁾	-2,4	0,0	-1,1
Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	-1,6	15,0	1,2
Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten usw. ¹⁾	-18,4	-16,8	-0,5
Einzelhandel mit sonstigen Gütern ^{1) 3)}	0,5	2,0	-2,1
Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, nicht an Verkaufsständen oder auf Märkten ⁴⁾	3,2	9,0	5,3

*) vorläufige Ergebnisse

1) in Verkaufsräumen

2) z. B. Supermärkte, Kaufhäuser, Verbrauchermärkte

3) z. B. Einzelhandel mit Bekleidung, Schuhen, Lederwaren, Schmuck; Augenoptiker, Apotheken

4) z. B. Brennstoffhandel, Versand- und Internethandel

Hier wurden im Vergleich zum Jahr 2020 real 3,1 Prozent mehr Umsätze erwirtschaftet und nominal 8,9 Prozent mehr. Zu diesem Bereich gehören unter anderem der Versand- und Internethandel und der Brennstoffhandel.

Gastgewerbe

Die Corona-Pandemie setzte den Unternehmen des Thüringer Gastgewerbes auch im 2. Corona-Jahr deutlich zu. Im Jahr 2021 lagen die Umsätze und die Zahl der Beschäftigten unter den Ergebnissen von 2020.

Im Thüringer Gastgewerbe Verluste bei den Umsätzen und Beschäftigten

Nach vorläufigen Angaben wurden real (preisbereinigt) 0,9 Prozent weniger umgesetzt als im Vorjahr. Nominal (in jeweiligen Preisen) lagen die Umsätze mit einem Plus von 1,6 Prozent leicht über dem Niveau des Vorjahres. Bei den Beschäftigtenzahlen gab es deutlich stärkere Einschnitte. Hier sank das Personal um 5,9 Prozent.

Bundesweit setzten die Unternehmen im Gastgewerbe im Jahr 2021 nach vorläufigen Ergebnissen real 2,2 Prozent weniger und nominal 0,1 Prozent mehr um als im Jahr 2020.

Umsatzentwicklung fiel im Bereich der Beherbergung und Gastronomie unterschiedlich aus

Die Umsatzentwicklung fiel in den beiden Bereichen Beherbergung und Gastronomie unterschiedlich aus. Im Thüringer Beherbergungsgewerbe wurde im Jahr 2021 real 2,8 Prozent und nominal 1,6 Prozent weniger umgesetzt als im Jahr 2020. Die Zahl der Beschäftigten im Beherbergungsgewerbe sank um 7,3 Prozent.

Die Thüringer Gastronomie konnte 2021 dagegen sowohl einen realen (+0,2 Prozent) als auch nominalen (+3,3 Prozent) Umsatzzuwachs vermelden. Ähnlich wie im Bereich der Beherbergung, sank aber auch hier die Zahl der in der Thüringer Gastronomie Beschäftigten, wenn auch in abgeschwächtem Maße (-5,4 Prozent).

Abbildung 24: Umsatz und Beschäftigtenzahlen im Gastgewerbe 2021 nach Wirtschaftsgruppen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Wirtschaftsgruppe (WZ 2008)	Umsatz		Beschäftigte
	real (in Preisen von 2015)	nominal (in jeweiligen Preisen)	insgesamt
Gastgewerbe insgesamt	-0,9	1,6	-5,9
davon			
Beherbergung	-2,8	-1,6	-7,3
darunter			
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	-2,3	-1,2	-7,0
Gastronomie	0,2	3,3	-5,4
davon			
Restaurants, Gaststätten usw.	0,1	3,4	-4,9
Caterer und Erbringung von Verpflegungsleistungen	1,5	4,2	-4,5
Ausschank von Getränken	-20,4	-16,1	-24,3

Im Bereich „Ausschank von Getränken“ wurden starke Umsatzrückgänge gemeldet und der Personalstand ging um fast ein Viertel zurück (-24,3 Prozent).

Zahl der ausländischen Gäste stieg dagegen im Jahr 2021 mit einem Plus von 5,8 Prozent an. Die Gäste aus dem Ausland buchten insgesamt 296 Tausend Übernachtungen (+18,6 Prozent).

Beherbergungswesen

Die Corona-Pandemie prägte auch im Jahr 2021 die Thüringer Tourismusbranche und führte zu erneuten Verlusten. Allerdings fielen die Rückgänge im Vergleich zum 1. Pandemiejahr 2020 deutlich geringer aus.

In Deutschland ging die Zahl der Ankünfte um 1,3 Prozent auf 97 Millionen Gäste zurück und die der Übernachtungen stieg leicht um 2,7 Prozent auf 310 Millionen an.

Bei einer Betrachtung zum Vorkrisenjahr 2019 fielen die Einschnitte für die Thüringer Tourismusbranche deutlich höher aus. So sank die Zahl der Ankünfte in Thüringen im Jahr 2021 im Vergleich zu 2019 um 44,1 Prozent bzw. 1,8 Millionen, die Zahl der Übernachtungen ging im gleichen Zeitraum um 3,7 Millionen zurück (-36,0 Prozent).

Erneute Verluste in der Tourismusbranche

Die Thüringer Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Betten (einschließlich Campingplätze) empfingen im Jahr 2021 insgesamt 2,3 Millionen Gäste, die 6,6 Millionen Übernachtungen buchten. Das waren 3,5 Prozent weniger Gäste und 1,2 Prozent weniger Übernachtungen gegenüber dem Jahr 2020. Niedrigere Zahlen der Gästeankünfte und Übernachtungen wurden letztmalig im Jahr 1993 registriert. Die Verweildauer pro Gast lag im Jahr 2021 mit durchschnittlich 2,9 Tagen auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2020.

Die etwa 63 Tausend Gästebetten, die im Juli 2021 in den Thüringer Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Betten (ohne Campingplätze) angeboten wurden, waren im Jahresdurchschnitt zu 32,1 Prozent ausgelastet. Dabei schwankte die Auslastung der Gästebetten zwischen 24,4 Prozent im Thüringer Vogtland und 41,9 Prozent im Reisegebiet Thüringer Rhön.

Unterschiedliche Entwicklung in den Tourismusregionen

Der Großteil der Gäste stammte aus Deutschland (Anteil: 95,5 Prozent). Dabei reduzierte sich die Zahl der inländischen Gäste gegenüber 2020 um 3,9 Prozent und ihre Übernachtungen um 1,9 Prozent. Die

Die Entwicklung in den Thüringer Regionen verlief sehr unterschiedlich. Die im Jahr 2021 durchgeführte

Abbildung 25: Gästeankünfte und Übernachtungen (einschließlich Camping) nach Jahren

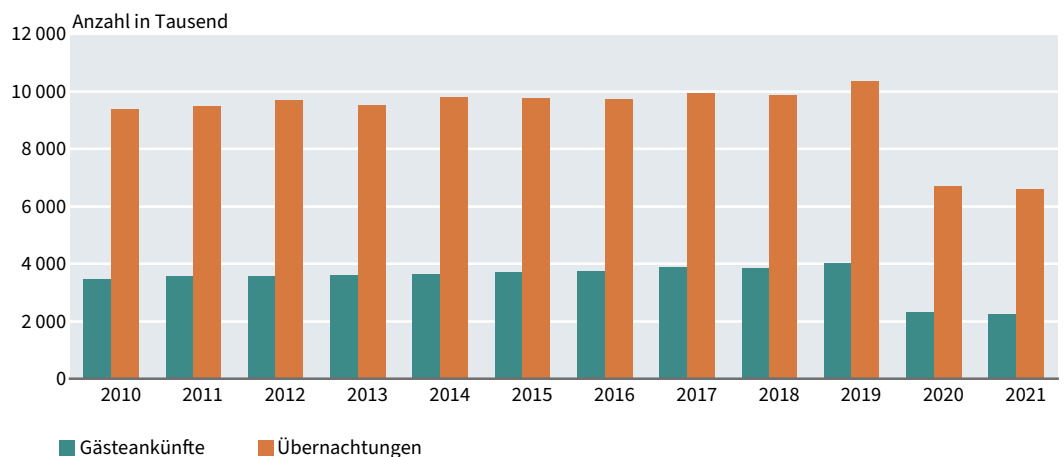


Abbildung 26: Ankünfte und Übernachtungen (einschließlich Camping) 2021 nach Reisegebieten

Reisegebiet	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Tage
Südharz Kyffhäuser	100225	-5,2	331417	4,0	3,3
Eichsfeld	66255	-8,8	241033	2,4	3,6
Hainich	86342	-4,9	322947	-1,8	3,7
Saaleland	69213	-7,2	295610	-4,4	4,3
Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar	800886	6,9	1547987	13,2	1,9
Thüringer Rhön	73041	-13,4	371139	-0,5	5,1
Thüringer Vogtland	115985	13,1	233694	10,2	2,0
Thüringer Wald	778033	-12,2	2690539	-9,6	3,5
Übriges Thüringen ¹⁾	166351	-3,6	584689	1,8	3,5
Thüringen	2256331	-3,5	6619055	-1,2	2,9
davon					
Bundesrepublik Deutschland	2154173	-3,9	6323464	-1,9	2,9
anderer Wohnsitz	102158	5,8	295591	18,6	2,9

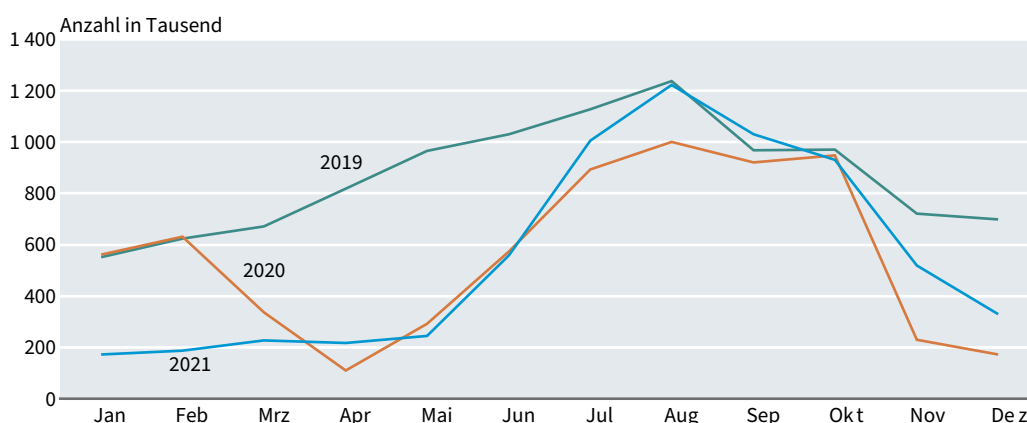
1) Zum Reisegebiet Übriges Thüringen gehören die Landkreise Sömmerda, Weimarer Land sowie der überwiegende Teil des Altenburger Landes.

Bundesgartenschau lockte vor allem im Reisegebiet der Städte wieder vermehrt Gäste an (Ankünfte: +6,9 Prozent; Übernachtungen: +13,2 Prozent). Die im Zuge der Corona-Pandemie verursachten Verluste konnten dadurch aber nicht kompensiert werden. Fast alle Thüringer Reisegebiete verzeichneten im Jahr 2021 einen Rückgang der Gästeankünfte. Besonders hohe Verluste meldeten die Regionen Thüringer Rhön (-13,4 Prozent) und Thüringer Wald (-12,2 Prozent). Bei den Übernachtungen lagen die Rückgänge im einstelligen Bereich. Einige Regionen verbuchten allerdings mehr Übernachtungen als im Vorjahr. Hier stiegen die Übernachtungszahlen

zwischen +13,2 Prozent (Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar) und +1,8 Prozent (übriges Thüringen).

Die Betrachtung der monatlichen Gästeankünfte und Übernachtungszahlen zeigt unübersehbar die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Während in den Sommermonaten der Jahre 2020 und 2021 Gästeankünfte und Übernachtungen fast ein mit den Vorjahren vergleichbares Niveau erreichten, sind die insbesondere durch Einschränkungen im touristischen Reiseverkehr hervorgerufenen Verluste von Winter 2020 bis Frühsommer 2021 und Ende des Jahres 2021 sehr deutlich erkennbar. Den höchsten Rückgang der Übernachtungszahlen gegenüber dem entsprechenden Vorkrisenmonat 2019 wurde mit

Abbildung 27: Übernachtungen in den Thüringer Beherbergungsbetrieben 2019 bis 2021



-74,6 Prozent im Monat Mai 2021 errechnet. Nur im Monat September 2021 lagen die Übernachtungen über dem Wert vom September 2019 (+6,4 Prozent).

Gewerbeanzeigen

Die Anzahl der Gewerbebeanmeldungen stieg im Jahr 2021 um 550 Anmeldungen bzw. 5,2 Prozent auf 11.031 Anzeigen. Allerdings wird beim Vergleich zum Jahr 2019 deutlich, dass das Niveau gegenüber der Zeit vor Corona noch nicht wieder erreicht wurde. So sank die Anzahl der Gewerbebeanmeldungen im Vergleich zum Jahr 2019 um 250 Anzeigen bzw. um 2,2 Prozent.

Anstieg der Gewerbebeanmeldungen

Vier Fünftel aller Gewerbebeanmeldungen entfielen auf gewerbliche Neugründungen, bei denen es sich überwiegend um Kleinunternehmen und Nebenerwerbe handelte. Rund 27 Prozent waren Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz, wie Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Betriebe mit Beschäftigten.

Die Zahl der Neugründungen stieg im Jahr 2021

gegenüber dem Vorjahr um 509 (+6,1 Prozent) auf 8.851. Bei den Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben war ein Anstieg der Meldungen um 440 Anträge bzw. 7,3 Prozent auf 6.457 Anträge zu verzeichnen.

Anzahl der Betriebsgründungen gestiegen

Auch bei den Betriebsgründungen gab es mit 2.394 Anzeigen mehr Anmeldungen (+69 Anmeldungen bzw. +3,0 Prozent) als 2020. Die anderen Gewerbebeanmeldungen betrafen Zuzüge und Übernahmen (Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).

Die Anzahl der Gewerbebeanmeldungen stieg gegenüber dem Jahr zuvor um 106 auf 10.816 Anzeigen (+1,0 Prozent). Gegenüber dem Jahr 2019 wurde ein Rückgang um 1.897 Anzeigen (-14,9 Prozent) gemeldet. Auch hier wird deutlich, dass die Corona-Pandemie erheblichen Einfluss auf das Meldageschehen hatte.

Hauptgrund für die Abmeldungen war 2021 mit 79 Prozent die vollständige Aufgabe des Gewerbes; davon betroffen waren 6.264 Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe sowie 2.298 Betriebe

Abbildung 28: Gewerbeanzeigen nach dem Grund der Meldung und Jahren

Jahr	Gewerbebeanmeldungen		Gewerbeabmeldungen		Gewerbeabmeldungen je 100 Gewerbebeanmeldungen	Saldo aus Neuerrichtungen und Aufgaben
	insgesamt	dar.: Neuerrichtungen	insgesamt	dar.: Aufgaben		
Anzahl						
2010	17158	14544	16640	13599	97	945
2011	15695	13148	15741	12873	100	275
2012	14037	11595	15861	13101	113	-1506
2013	14038	11541	15379	12499	110	-958
2014	12766	10345	15014	12329	118	-1984
2015	12547	9979	15254	12474	122	-2495
2016	12154	9651	14415	11704	119	-2053
2017	11212	9053	13587	11185	121	-2132
2018	11182	9080	13345	11048	119	-1968
2019	11281	9225	12713	10408	113	-1183
2020	10481	8470	10710	8624	102	-154
2021	11031	9042	10816	8789	98	253

mit größerer wirtschaftlicher Substanz. Die Anzahl der vollständigen Aufgaben lag um 117 Anträge (+1,4 Prozent) über dem Vorjahresniveau. Das waren 250 Stilllegungen bei Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben mehr (+4,2 Prozent), aber 133 Betriebsaufgaben (-5,5 Prozent) weniger als vor einem Jahr. Die übrigen Gewerbeabmeldungen erfolgten durch Fortzüge und Übergaben (Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform und Gesellschafteraustritt).

In Deutschland stieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Prozent auf 704 949. Mit 538 793 Abmeldungen lagen diese unter dem Vorjahresniveau (-0,5 Prozent). In Thüringen und Deutschland verlief die Entwicklung der Gewerbeanzeigen unterschiedlich. Während in Thüringen

die Gewerbean- und -abmeldungen stiegen, wurde deutschlandweit zwar ein Anstieg der Anmeldungen, aber ein Rückgang der Abmeldungen festgestellt. Der Anteil Thüringens an den Gesamtanmeldungen belief sich auf 1,6 Prozent und an den Abmeldungen auf 2,0 Prozent.

Schwerpunkt weiterhin im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

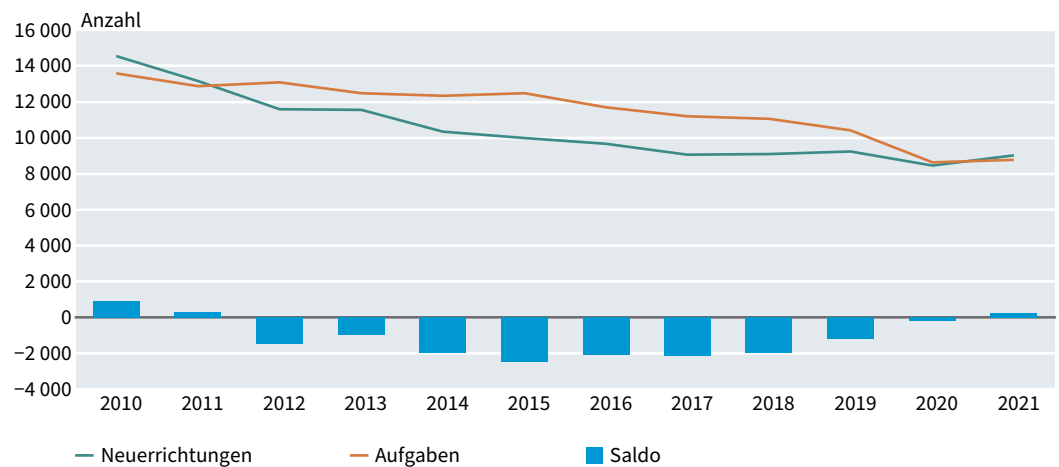
Die meiste Bewegung gab es in Thüringen – wie schon in den Vorjahren – im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Hier wurden 2792 Gewerbe an- und 2651 Gewerbe abgemeldet. Zahlreiche Gewerbeanzeigen gab

Abbildung 29: Gewerbeanzeigen 2020 und 2021 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt ^{*)}	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	2021	2020	Veränderung zu 2020	Veränderung zu 2019	2021	2020	Veränderung zu 2020	Veränderung zu 2019
	Anzahl		Prozent		Anzahl		Prozent	
Insgesamt	11031	10481	5,2	-2,2	10816	10710	1,0	-14,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	117	126	-7,1	-1,7	83	83	-	-3,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3	3	-	-	4	7	-42,9	-33,3
Verarbeitendes Gewerbe	692	645	7,3	10,0	662	594	11,4	-4,3
Energieversorgung	154	131	17,6	-8,9	75	77	-2,6	-27,9
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	20	38	-47,4	-	31	44	-29,5	10,7
Baugewerbe	864	849	1,8	-21,0	1083	1068	1,4	-20,9
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	2792	2527	10,5	6,0	2651	2749	-3,6	-18,9
Verkehr und Lagerei	462	436	6,0	60,4	413	348	18,7	9,0
Gastgewerbe	873	822	6,2	-21,4	979	984	-0,5	-21,0
Information und Kommunikation	526	483	8,9	20,4	350	402	-12,9	-16,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	501	510	-1,8	16,0	629	539	16,7	-0,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	288	269	7,1	1,4	253	208	21,6	-15,4
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	915	887	3,2	-9,0	831	781	6,4	-18,0
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1401	1363	2,8	-1,3	1308	1386	-5,6	-18,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
Erziehung und Unterricht	218	209	4,3	-6,0	177	164	7,9	5,4
Gesundheits- und Sozialwesen	189	145	30,3	54,9	137	104	31,7	14,2
Kunst, Unterhaltung und Erholung	207	228	-9,2	-32,1	231	252	-8,3	-18,7
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	809	810	-0,1	-17,2	919	920	-0,1	-8,6

*) Wirtschaftszweiguordnung nach WZ 2008

Abbildung 30: Gewerbeanzeigen nach Jahren



es auch bei der „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“, wie beispielsweise Garten- und Landschaftsbau, Gebäudebetreuung, Zeitarbeitsfirmen, Reisebüros oder Reiseveranstalter. Hier wurden 1401 Gewerbe an- und 1308 Gewerbe abgemeldet.

Bei den Gewerbeanmeldungen erhöhten sich die Zahlen in 12 der 19 Wirtschaftsabschnitte. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen ging in 9 Bereichen zurück. Im Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ wurden im Jahr 2021 keine Gewerbeanzeigen gemeldet.

Mit 8253 Anmeldungen war das Einzelunternehmen auch 2021 die beliebteste Rechtsform, gefolgt von 1747 Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschließlich Unternehmensgesellschaften (haftungsbeschränkt) sowie 450 Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Anzeigen für andere Rechtsformen spielten eine untergeordnete Rolle.

Mehr als ein Drittel der Einzelunternehmen wurden von Frauen angemeldet; das waren 7,4 Prozent mehr als im Jahr 2020.

Zahl der Gewerbeanmeldungen je 10000 Einwohner in der kreisfreien Stadt Erfurt am höchsten

In Thüringen kamen im vergangenen Jahr auf

10000 Einwohner 52 Gewerbeanmeldungen und 51 Gewerbeabmeldungen. Regional betrachtet gab es jedoch erhebliche Unterschiede. Die meisten Gewerbe je 10000 Einwohner wurden in den Städten Erfurt (71) und Weimar (60) angezeigt, die wenigsten im Kyffhäuserkreis (36) und im Wartburgkreis (39).

Die geringste Anzahl der Abmeldungen gab es in den Landkreisen Nordhausen sowie im Wartburgkreis mit je 39 Anzeigen. Die meisten Abmeldungen je 10000 Einwohner wurden mit jeweils 65 Anzeigen im Saale-Orla-Kreis und in der Stadt Suhl gemeldet, gefolgt vom Ilm-Kreis mit 64 Anzeigen.

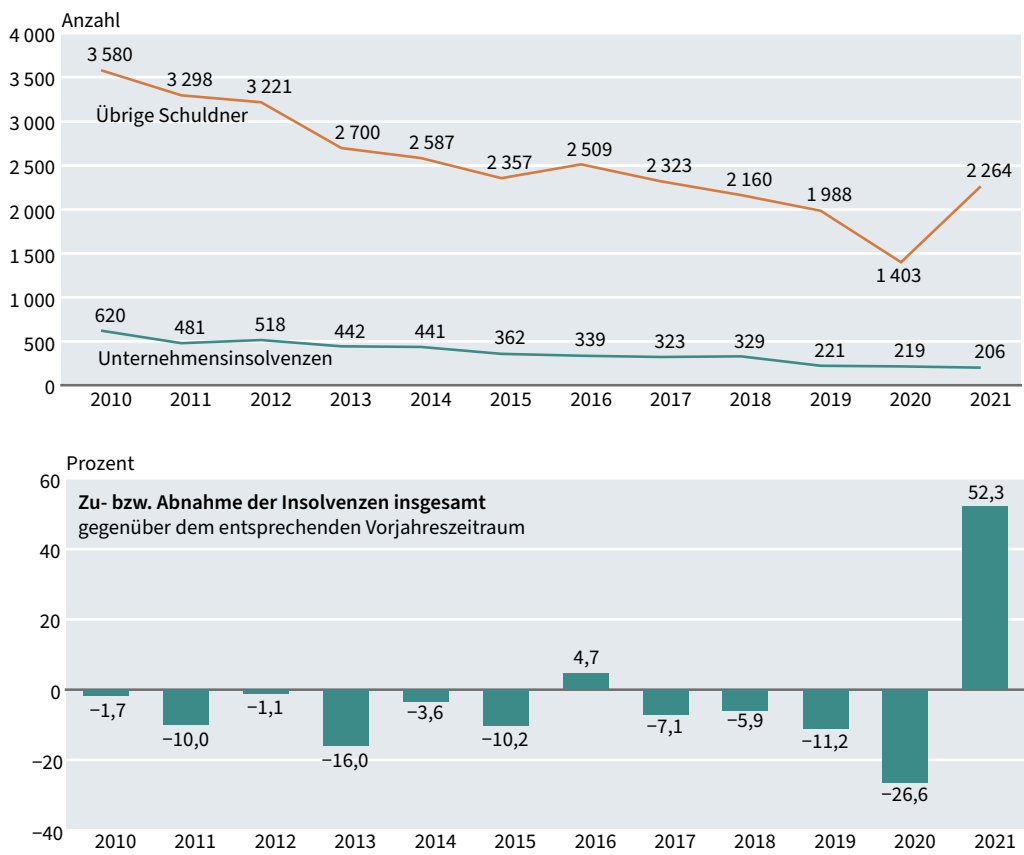
Insolvenzen

Die Thüringer Amtsgerichte entschieden im Jahr 2021 über 2470 Insolvenzverfahren. Davon entfielen 8,3 Prozent auf Unternehmen und 91,7 Prozent auf übrige Schuldner (natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbständig Tätige, private Verbraucher und Nachlässe). Die Gesamtzahl der Insolvenzverfahren stieg im Vergleich zum Vorjahr um 52,3 Prozent an.

Mehr Insolvenzanträge als im Vorjahr

Dabei entwickelte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der Insolvenzen der übrigen Schuldner gegenläufig. Während die Zahl der Unterneh-

Abbildung 31: Insolvenzverfahren nach Jahren



Unternehmensinsolvenzen leicht zurückging, stieg die Zahl der übrigen Schuldner deutlich an.

Bundesweit stieg die Zahl der Insolvenzen im Jahr 2021 um 60,2 Prozent auf 120239 Verfahren an. Der Anteil Thüringens an den Gesamtinsolvenzen in Deutschland betrug 2,1 Prozent. Im bundesweiten Vergleich stiegen bei allen Bundesländern die Insolvenzverfahren an. Der höchste prozentuale Anstieg wurde mit plus 95,1 Prozent für Hamburg ermittelt. An 2. Stelle folgt Mecklenburg-Vorpommern mit plus 90,6 Prozent.

2323 Verfahren bzw. 94,0 Prozent aller Insolvenzanträge wurden eröffnet, 123 Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen und 24 Verfahren endeten mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes.

Forderungen pro Verfahren im Jahr 2021 gesunken

Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen beziffernten die Gerichte auf insgesamt 338 Millionen Euro. Die durchschnittliche voraussichtliche Gläubigerforderung betrug 137 Tausend Euro. Im Jahr zuvor waren es 234 Tausend Euro.

Unternehmensinsolvenzen weiterhin leicht rückläufig

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen blieb im Jahr 2021 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum mit 206 Verfahren unter dem Vorjahresniveau (-5,9 Prozent). Diese insolventen Unternehmen beschäftigten zum Zeitpunkt des Antrages

Abbildung 32: Insolvenzverfahren nach Jahren

Jahr	Insolvenzverfahren				Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen
	insgesamt	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen		
	Anzahl				Personen	1000 Euro
2010	4 200	3 861	309	30	3 037	692 226
2011	3 779	3 505	261	13	1 717	512 680
2012	3 739	3 485	230	24	2 791	536 386
2013	3 142	2 904	216	22	3 082	467 073
2014	3 028	2 772	237	19	2 372	540 266
2015	2 719	2 496	214	9	2 165	425 349
2016	2 848	2 547	258	43	1 609	361 076
2017	2 646	2 350	247	49	2 284	461 839
2018	2 489	2 261	188	40	3 298	291 711
2019	2 209	2 020	157	32	2 905	506 843
2020	1 622	1 421	166	35	2 658	378 953
2021	2 470	2 323	123	24	1 494	337 563

noch 1494 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also durchschnittlich rund 7 Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer pro Unternehmen. Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen beliefen sich auf 196 Millionen Euro.

Die durch die COVID-19 Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung verursachte wirtschaftliche Krise spiegelte sich auch im Jahr 2021 nicht in einem Anstieg der eröffneten Insolvenzverfahren bei Unternehmen wider. Ein Grund dafür könnte die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht sein. Die bis zum 31.01.2021 gültige gesetzliche Regelung zur Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für die in Bedrängnis geratenen Unternehmen durch die Folgen der COVID-19-Pandemie, wurde mit inhaltlichen Einschränkungen bis zum 31.04.2021 verlängert. Die Verlängerung gilt für Unternehmen, die pandemiebedingt überschuldet waren, ohne zahlungsunfähig zu sein. Unternehmen, die nach dem Auslaufen der bisherigen Regelung Ende Januar zahlungsunfähig wurden, waren hingegen wieder verpflichtet einen Insolvenzantrag zu stellen. Seit dem 1. Mai 2021 gilt die Insolvenzantragspflicht wieder in vollem Umfang.

Die meisten Unternehmensinsolvenzen im Baugewerbe

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der beantragten Unternehmensinsolvenzen lag mit 35 Verfahren im Baugewerbe, mit 27 Verfahren im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“, mit 21 Verfahren im Verarbeitenden Gewerbe und mit 19 Verfahren im Bereich „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“.

Bei den übrigen Schuldnern wurden 2264 Verfahren beantragt. Das entsprach im Vergleich zum Vorjahr einem deutlichen Anstieg um 861 Verfahren bzw. 61,4 Prozent. Darunter wurden 1701 Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt; dies waren fast doppelt so viele wie im Jahr zuvor (+716 Verfahren bzw. +72,7 Prozent). Die deutlichen Steigerungen der beantragten Insolvenzverfahren von Verbraucherinnen und Verbrauchern sind hauptsächlich in der Reduzierung der Dauer bis zur Restschuldbefreiung begründet. Durch das „Gesetz zur weiteren Verkür-

Abbildung 33: Insolvenzverfahren 2020 und 2021 nach Art des Schuldners

Merkmal	2020	2021	Veränderungen zum Vorjahr
	Anzahl		Prozent
Insolvenzen insgesamt	1622	2470	52,3
Unternehmensinsolvenzen insgesamt	219	206	-5,9
Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2	10	400,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	30	21	-30,0
Energieversorgung	1	-	x
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1	-	x
Baugewerbe	39	35	-10,3
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	27	27	0,0
Verkehr und Lagerei	19	17	-10,5
Gastgewerbe	24	16	-33,3
Information und Kommunikation	3	5	66,7
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	5	4	-20,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	6	4	-33,3
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	22	19	-13,6
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	18	17	-5,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-
Erziehung und Unterricht	2	2	0,0
Gesundheits- und Sozialwesen	5	5	0,0
Kunst, Unterhaltung und Erholung	5	6	20,0
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	10	18	80,0
Übrige Schuldner			
Übrige Schuldner insgesamt	1403	2264	61,4
Natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.	4	6	50,0
Ehemals selbständig Tätige	374	506	35,3
Private Verbraucher	985	1701	72,7
Nachlässe	40	51	27,5

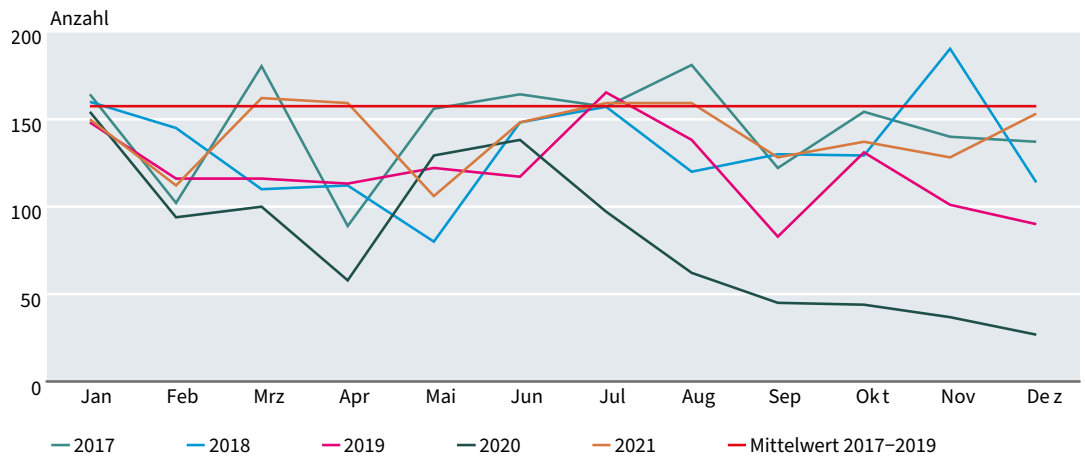
1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

zung des Restschuldbefreiungsverfahrens“ wurde diese auf 3 Jahre reduziert. Bisher betrug sie in der Regel 6 Jahre. Die starken Steigerungen in den ersten Monaten 2021 weisen darauf hin, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher diese Gesetzesänderung abgewartet haben, bevor sie ihr Insolvenzverfahren beantragten. Diese Änderung wurde am 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3328) beschlossen. Ursprünglich war diese Änderung bereits für das 3. Quartal 2020 geplant.

Die wenigsten Insolvenzen je 100000 Einwohner im Landkreis Nordhausen

Mit 120 Insolvenzfällen je 100000 Einwohner wurde in den kreisfreien Städten des Freistaates öfter der Gang zum Insolvenzgericht angetreten als in den Landkreisen (114). Die meisten Insolvenzfälle je 100000 Einwohner wurden im Altenburger Land

Abbildung 34: Zahl der Verbraucherinsolvenzen 2017 bis 2021 nach Monaten



(193), im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt (190), im Landkreis Sonneberg (176) und in der kreisfreien Stadt Suhl (165) registriert. Die wenigsten Fälle wurden im Landkreis Nordhausen (61), im Saale-Holzland-Kreis (62) und in der kreisfreien Stadt Jena (63) festgestellt.

Jahresteuerrate auf Höchstwert, Mineralölprodukte spürbar teurer

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (Basis: 2015 = 100) erreichte im Jahr 2021 einen Durchschnittswert von 109,7. Damit mussten die Thüringerinnen und Thüringer im Jahresdurchschnitt 3,2 Prozent mehr für Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs bezahlen als noch 1 Jahr zuvor. Dies ist zudem die höchste Jahresteuerrate seit 27 Jahren.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung, der Preisverfall der Mineralölprodukte im Vorjahr sowie die Einführung der CO₂-Bepreisung. Die Verknappung des Rohöls am Weltmarkt sowie pandemiebedingte Produktions- und Lieferengpässe ließen Mineralölprodukte spürbar teurer werden. Die Preise der Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) stiegen 2021 um durchschnittlich 26,5 Prozent. Die Preise für leichtes Heizöl lagen um 48,8 Prozent über dem Vorjahresniveau, die Kraftstoffpreise um 22,4 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise wären die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 2,4 Prozent gestiegen.

Abbildung 35: Durchschnittliche Jahresteuerrate nach Jahren (Basis: 2015 = 100)

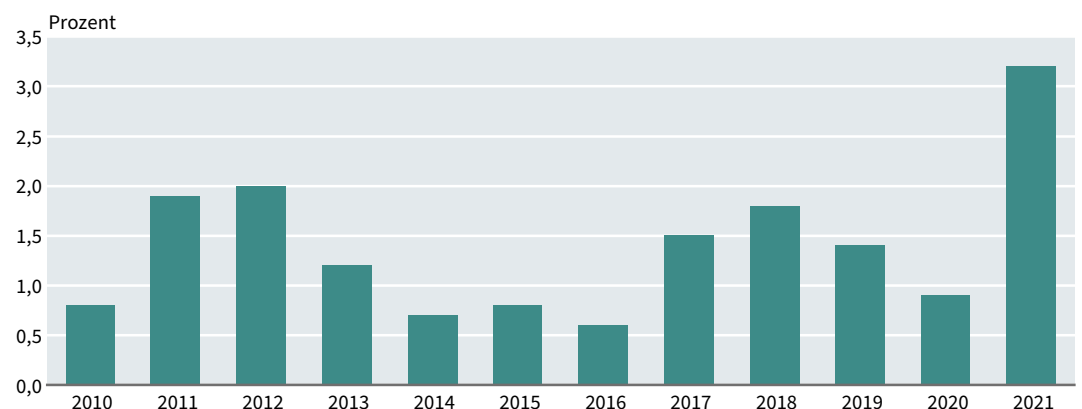
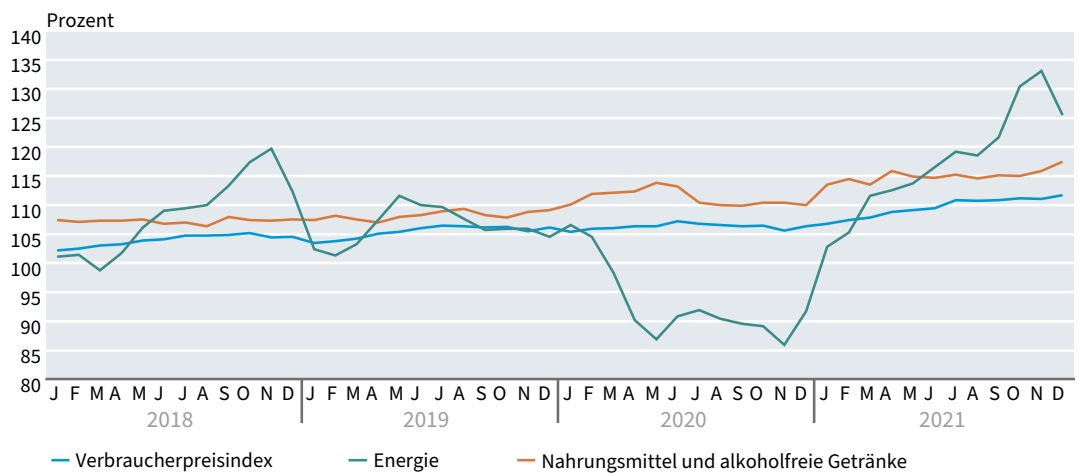


Abbildung 36: Verbraucherpreise 2018 bis 2021 nach Monaten



Ab April 2021 lag die Jahresteuerungsrate über der kritischen 2-Prozent-Marke

Für die Erhöhung der Inflationsrate waren vor allem die hohen Werte im 2. Halbjahr 2021 verantwortlich. Gab es zu Beginn des Jahres 2021 mit +1,3 Prozent im Januar moderate Preissteigerungen, lagen diese ab April über der bedeutsamen 2-Prozent-Marke. Im November 2021 erreichte die Jahresteuerungsrate mit +5,2 Prozent ihren höchsten Wert im Jahresverlauf. Im Dezember 2021 wurde eine Erhöhung um 5,1 Prozent errechnet.

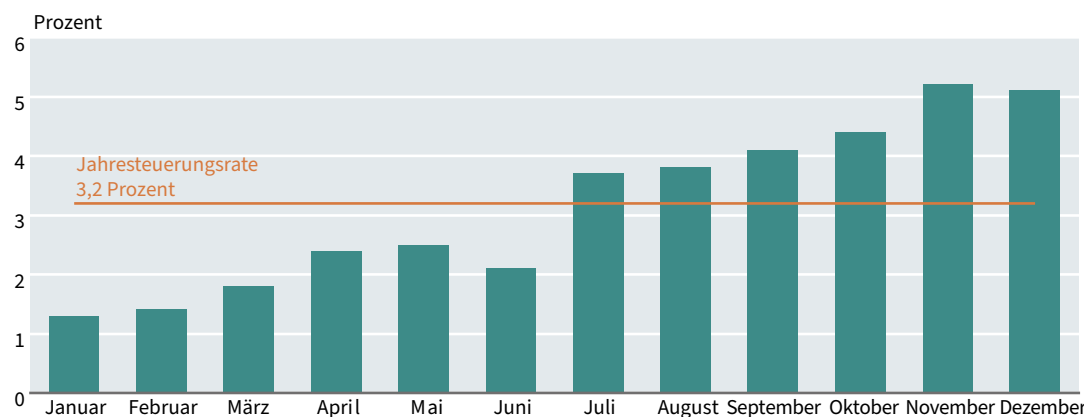
Preissteigerungen in fast allen Hauptgruppen

In fast allen Bereichen stiegen die Preise gegenüber dem Jahr 2020 an. Die stärksten Preisan-

stiege wurden im Bereich „Verkehr“ beobachtet (+8,7 Prozent). Verantwortlich dürften hier die gestiegenen Kraftstoffpreise sein. Weitere auffallende Preissteigerungen wurden in dem Bereich „andere Waren und Dienstleistungen“²⁾ (+4,2 Prozent) gemeldet. Auch in der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ erhöhten sich die Preise überdurchschnittlich mit +3,4 Prozent. Starke Preisanstiege verzeichneten in dieser Branche vor allem Bohnenkaffee (+7,9 Prozent), Gemüse (+6,5 Prozent), Molkereiprodukte und Eier (+4,2 Prozent) sowie Speisefette und Speiseöle (+4,0 Prozent).

Lediglich im Bereich „Post und Telekommunikation“ (-0,1 Prozent) blieben die Preise leicht unter dem Vorjahresniveau.

Abbildung 37: Verbraucherpreisindex nach Monaten 2021 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



2) Andere Waren und Dienstleistungen konnten keiner Hauptgruppe zugeordnet werden. Zu dem Bereich andere Waren und Dienstleistungen zählen z. B. Erzeugnisse und Dienstleistungen für die Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen, Versicherungsdienstleistungen oder Finanzdienstleistungen.

Abbildung 38: Jahresteuerrate nach Jahren und Hauptgruppen

Hauptgruppe	Durchschnittliche Jahresteuerrate (Basis 2015 = 100)											
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Gesamtindex	0,8	1,9	2,0	1,2	0,7	0,8	0,6	1,5	1,8	1,4	0,9	3,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	0,9	3,1	3,4	4,1	0,6	0,8	0,9	3,2	3,0	0,9	2,8	3,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	0,5	3,1	2,9	1,4	2,2	3,0	2,7	2,2	3,2	2,9	2,7	3,2
Bekleidung und Schuhe	2,1	1,7	2,6	0,8	-0,8	1,4	0,2	1,3	1,5	1,7	-0,5	1,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	0,5	2,1	1,9	1,3	0,3	-0,3	0,1	0,8	1,2	1,4	0,9	1,9
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	-0,6	0,6	0,9	0,6	0,0	0,7	0,6	0,9	0,5	1,4	0,5	1,9
Gesundheit	0,5	0,4	2,4	-3,8	2,0	2,1	1,0	0,9	0,9	1,0	0,5	1,2
Verkehr	3,5	4,0	2,8	-0,2	0,1	-1,7	-0,7	3,2	3,7	1,3	-1,5	8,7
Post und Telekommunikation	-2,5	-4,0	-1,8	-1,5	-1,3	-1,4	-1,2	-1,2	-1,0	-0,6	-1,7	-0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-0,1	0,3	0,4	2,4	1,6	x	0,9	1,4	1,6	0,7	0,2	2,7
Bildungswesen	0,8	2,7	2,6	2,8	2,1	2,9	3,3	3,2	-1,4	2,7	0,8	0,4
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	0,6	1,4	2,2	2,2	1,7	3,0	2,8	3,2	1,9	2,3	2,4	2,5
Andere Waren und Dienstleistungen	1,1	1,8	1,0	1,1	1,8	2,2	2,2	0,2	1,5	3,0	3,0	4,2

Hintergrundinformationen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Erstellung der Statistik:

Aufgrund der Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie war die Preiserhebung teilweise im Jahresverlauf vor Ort nur eingeschränkt möglich. In den geöffneten Geschäften und Dienstleistungseinrichtungen wurden die Preise vor Ort erhoben. Preise, die nicht vor Ort erhoben werden konnten, wurden online, schriftlich oder telefonisch erfasst. In anderen Fällen erfolgten Schätzungen und Berechnungen sowie maschinell unterstützte Fortschreibungsmechanismen und Berechnungen anhand typischer, z. B. saisonaler Verläufe. Dadurch war eine solide Berechnung von Preisveränderungen möglich. Die Qualität des Gesamtergebnisses wurde gewährleistet.

Arbeitsmarkt ³⁾

Die Arbeitsmarktsituation hat sich im Jahr 2021 etwas entspannt und die Arbeitslosenzahlen gingen besonders in der 2. Jahreshälfte spürbar zurück. Die Folgen der Corona-Pandemie wurden damit im Jahresverlauf zunehmend schwächer, allerdings lagen die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt noch immer über dem Vorkrisen-Niveau.

Arbeitslosenzahl niedriger als 2020

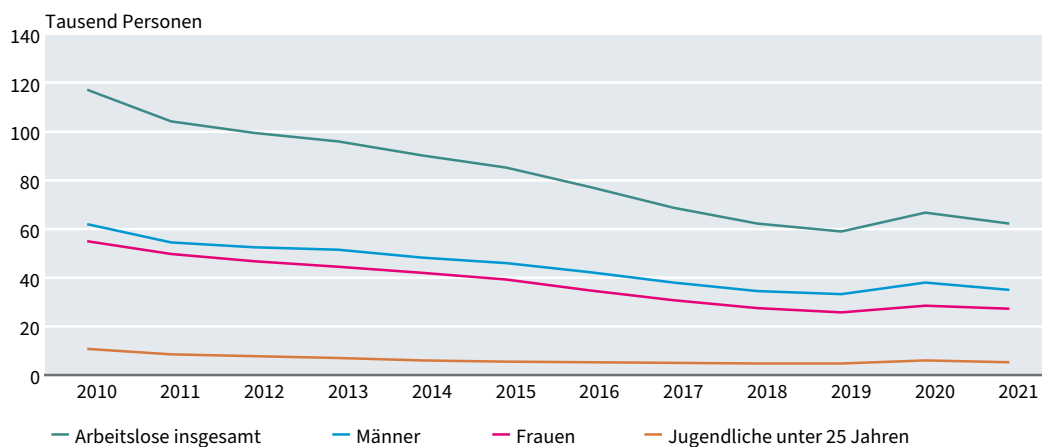
Im Jahresdurchschnitt 2021 wurden 62 249 Arbeitslose registriert. Damit ging die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr zurück (-6,6 Prozent bzw. -4429 Personen). Der Rückgang der Arbeitslosenzahl erfolgte sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Während sich die Zahl der arbeitslosen Frauen um 1462 Personen bzw. 5,1 Prozent auf 27 180 Personen verringerte, sank die Zahl der arbeitslosen Männer deutlich stärker um 2967 Personen bzw. 7,8 Prozent auf 35 069 Personen.

Beim Vergleich der Arbeitslosenzahlen 2021 zum Vor-Corona-Jahr lagen diese im Jahresdurchschnitt noch über den Zahlen von 2019 (+3184 Personen bzw. +5,4 Prozent). Bei der Unterscheidung nach Geschlecht betrug der Anstieg sowohl bei Männern als auch bei den Frauen rund 5 Prozent.

Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt war in den letzten Jahren stetig zurückgegangen, stieg jedoch 2021 gegenüber dem Vorjahr mit 43,7 Prozent leicht an (+0,7 Prozentpunkte). Somit waren Männer in der Regel häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen. Im Corona-Jahr 2020 war der Abstand zwischen Männern und Frauen besonders hoch. So lag die Geschlechterdifferenz im Jahr 2010 bei 6,0 Prozentpunkten und erhöhte sich bis zum Jahr 2020 auf den Spitzenwert von 14,1 Pro-

3) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 39: Ausgewählte Arbeitsmarktdaten im Jahresdurchschnitt nach Jahren



zentpunkten. Im Betrachtungsjahr 2021 ging dieser Wert wieder leicht auf 12,7 Prozentpunkte zurück.

und lag um 13,3 Prozent unter dem Vorjahreswert (-811 Personen).

Bei der Betrachtung der einzelnen Monate 2021 ist gut erkennbar, dass besonders in der 2. Jahreshälfte die Arbeitslosenzahlen deutlich zurückgingen. Der niedrigste Wert wurde im Jahresverlauf 2021 im November gemeldet mit 53082 Personen. Ab Oktober 2021 lagen die Arbeitslosenzahlen nicht nur unter denen des Vor-Corona-Jahres 2019, sondern auch unter dem Niveau von 2018.

Auch auf Bundesebene verringerte sich die Arbeitslosigkeit im Jahr 2021. Mit 2613 Tausend Arbeitslosen wurden 3,0 Prozent bzw. 81955 Personen weniger registriert als im Vorjahr. Im Vergleich aller Bundesländer betrug der Anteil der Thüringer Arbeitslosen an den Gesamtarbeitslosen 2,4 Prozent und lag damit nach dem Saarland und Bremen an drittniedrigster Stelle und auf gleicher Höhe mit Mecklenburg-Vorpommern.

Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ging deutlich zurück

Unter den Arbeitslosen befanden sich im Jahresdurchschnitt 2021 insgesamt 5267 Jugendliche unter 25 Jahren. In dieser Gruppe nahm die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr besonders stark ab

Im Vergleich zum Jahr 2020 war die Zahl der Arbeitslosen in fast allen Bundesländern rückläufig. Die Arbeitslosenzahl nahm in Westdeutschland mit einem Minus von 3,3 Prozent deutlich mehr ab als in Ostdeutschland (-2,1 Prozent). Differenziert nach Ländern meldete nur Berlin einen Anstieg (+3,0 Prozent). Den prozentual höchsten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnete Thüringen mit

Abbildung 40: Arbeitslose in Thüringen 2018 bis 2021 nach Monaten

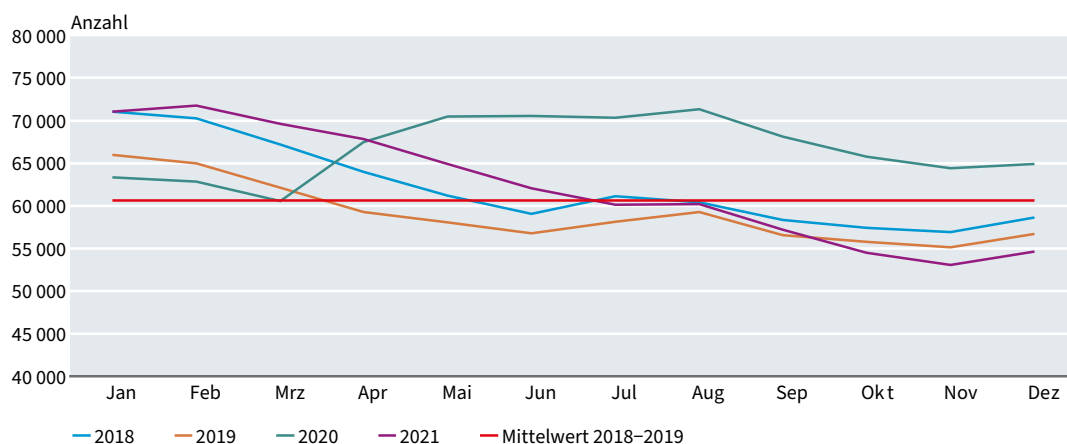


Abbildung 41: Ausgewählte Arbeitsmarktdaten im Jahresdurchschnitt nach Jahren

Jahr	Arbeitslose insgesamt	davon		Jugendliche unter 25 Jahren	Arbeitslosenquote insgesamt (in Prozent)
		Männer	Frauen		
2010	117069	62050	55019	10760	9,8
2011	104174	54401	49773	8495	8,8
2012	99316	52502	46814	7938	8,5
2013	95858	51381	44478	7184	8,2
2014	90160	48245	41915	6192	7,8
2015	85212	45916	39296	5589	7,4
2016	77215	42308	34907	5313	6,7
2017	68614	37947	30667	5200	6,1
2018	62145	34476	27669	4885	5,5
2019	59065	33250	25815	4920	5,3
2020	66678	38036	28642	6078	6,0
2021	62249	35069	27180	5267	5,6

–6,6 Prozent, gefolgt von Sachsen-Anhalt und dem Saarland mit jeweils –5,8 Prozent. Erwähnenswert ist auch, dass mit Ausnahme von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern alle neuen Bundesländer unter dem bundesweiten Durchschnitt liegen.

fast allen Ländern lag die Arbeitslosenquote unter dem Vorjahresniveau; dabei wurde in Bremen der stärkste Rückgang verzeichnet (–0,5 Prozentpunkte). Einen leichten Anstieg meldete, wie schon bei den Arbeitslosenzahlen, Berlin mit +0,1 Prozentpunkten.

Die Arbeitslosenquote lag deutschlandweit bei 5,7 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Quote um 0,2 Prozentpunkte. Beim Vergleich der Bundesländer lag Thüringen mit 5,6 Prozent deutlich unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote aller neuen Bundesländer (7,1 Prozent) und erreichte im Ranking Platz 7. Die niedrigste Arbeitslosenquote meldete Bayern mit 3,5 Prozent und die höchste wurde in Bremen mit 10,7 Prozent errechnet. In

Arbeitslosenquote gesunken, aber noch leicht über Vorkrisenjahr 2019

Die Thüringer Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) betrug im Jahr 2021 durchschnittlich 5,6 Prozent und war damit um 0,4 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Die Arbeits-

Abbildung 42: Arbeitslose 2021 nach Ländern
Veränderung gegenüber dem Vorjahr

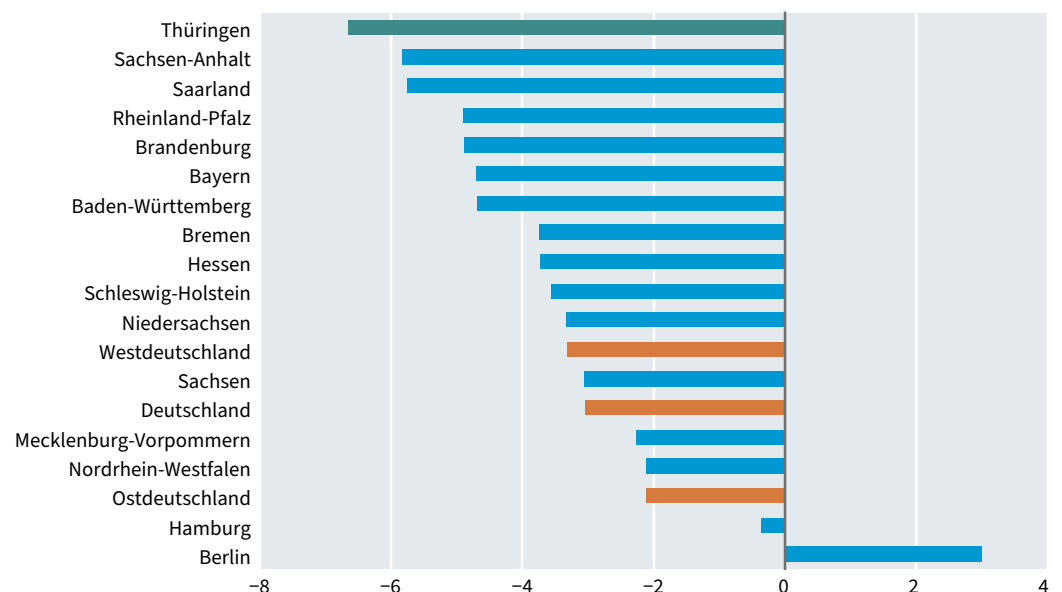
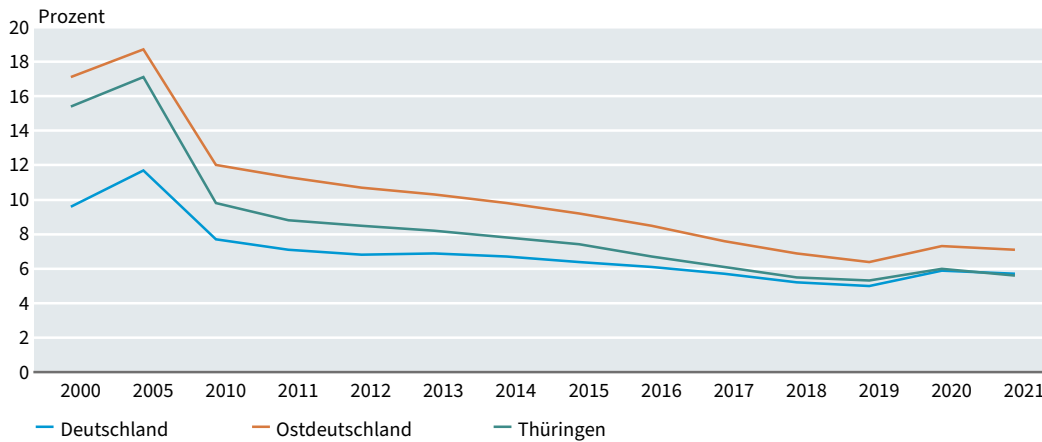


Abbildung 43: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt nach Jahren



losenquote lag bei den Männern mit 5,9 Prozent etwas höher als bei den Frauen mit 5,2 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich bei den Männern um 0,5 Prozentpunkte und bei den Frauen um 0,3 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren betrug 5,9 Prozent (-1,2 Prozentpunkte).

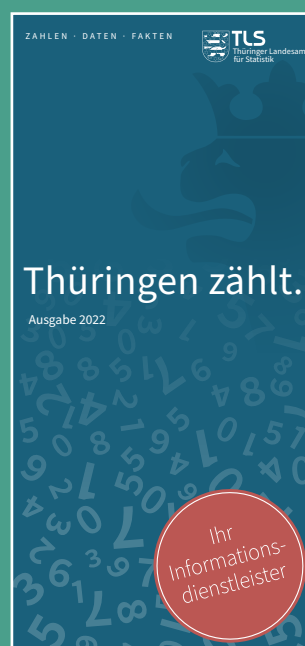
Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 wurde allerdings das Niveau der Arbeitslosenquote noch leicht übertroffen (+0,3 Prozentpunkte).

ERSTMALS FALTBLATT „THÜRINGEN ZÄHLT.“ ERSCHIENEN

Erstmals ist das Faltblatt Thüringen zählt. – Ausgabe 2022 erschienen. Hier finden Sie Verweise zu ausgewählten Veröffentlichungen, einen Überblick der Informationskanäle und Hintergrundinformationen zur Öffentlichkeitsarbeit des TLS.

Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei kostenlos im Internet unter www.statistik.thueringen.de heruntergeladen werden. Bestellen können Sie die Printausgabe (Bestellnummer: 80131) ebenfalls kostenlos beim

Thüringer Landesamt für Statistik
 Postfach 90 01 63
 99104 Erfurt
 Telefon: 0361 57331-9642
 Fax: 0361 57331-9699
 E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de





UMWELT

Die Umweltstatistik der Europäischen Union

Robert Kaufmann
Referat Bereichsübergreifende
Analysen, Statistikportal,
Regionalstatistik, Veröffentlichungen,
Bibliothek

0361 57331-9118
Robert.Kaufmann
@statistik.thueringen.de

Die Umwelt- und Klimapolitik der Europäischen Union (EU) zielt darauf ab, die Umwelt zu schützen und Risiken für das Klima und die menschliche Gesundheit zu minimieren. Dies wird sowohl durch die Einbeziehung von Nachhaltigkeitsüberlegungen als auch durch breite wirtschaftliche und soziale Initiativen erreicht. Der European Green Deal und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind zwei bemerkenswerte Fälle. Der Green Deal zielt darauf ab, Europa mittels einer umfassenden Agenda für saubere Energie, nachhaltige Industrie, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität sowie die komplette Ernährungskette, zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Darüber hinaus setzt die Agenda 2030 auf nachhaltige Entwicklung mit Blick auf die Zukunft. Hierunter zählt eine Anzahl von strategischen Initiativen, wie der Ressourceneffizienzfahrplan, die Biodiversitätsstrategie und der Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft.

Eurostat (die Statistikbehörde der Europäischen Union) erstellt Umweltstatistiken und Indikatoren zur Unterstützung der Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung der Umweltpolitik der Europäischen Union. Der Aufsatz behandelt die Themen Luftverschmutzung, Erzeugung und Behandlung von Abfällen, Wasser, wie auch Umweltsteuern und Ausgaben für den Umweltschutz.

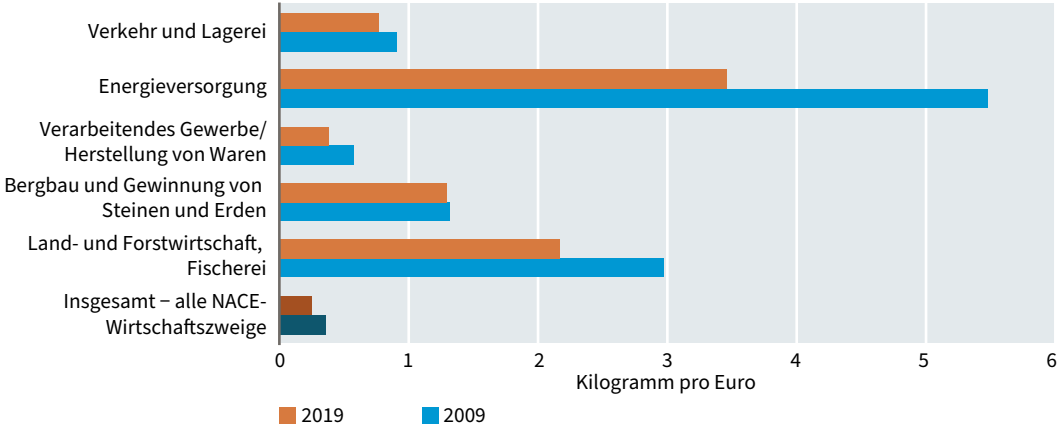
Luftverschmutzung

Im Jahr 2018 sind die Treibhausgasemissionen in der EU gegenüber 1990 um 21,1 Prozent zurückgegangen, was einer absoluten Reduzierung von 1018 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente entspricht. Die EU ist auf dem besten Weg, ihr Ziel für 2020 zu übertreffen, welches die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gegenüber 1990 beinhaltet. Das nächste Ziel ist die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990.

Höchster Ausstoß von Treibhausgasen im Energiesektor

Das Verhältnis der Treibhausgasemissionen (in Tonnen CO₂-Äquivalente) zur Bruttowertschöpfung (in Millionen Euro) misst die Treibhausgas-Intensität der wirtschaftlichen Aktivitäten (Abbildung 1). Der Treibhausgasausstoß (in Kilogramm) pro Euro (der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftszweigs) im Jahr 2019 wird mit jenem aus dem Jahr 2009 verglichen. Mit 3,5 kg CO₂-Äquivalenten pro Euro, hatte der Bereich Energieversorgung den mit

Abbildung 1: Luftemissionsintensitäten nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Treibhausgase pro Euro



Quelle: Eurostat; Luftemissionsintensitäten nach NACE Rev. 2 Tätigkeiten [env_ac_aeint_r2]

Abstand höchsten Ausstoß an Treibhausgasen in der EU-27 im Jahr 2019. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei hatten die zweithöchste Treibhausgasintensität, mit 2,2 kg CO₂-Äquivalente pro Euro. Zwischen 2009 und 2019 war der größte Rückgang (-36,8 Prozent) der relativen Treibhausgasintensität im Bereich Energieversorgung zu beobachten, dies war gleichzeitig auch der größte absolute Rückgang (-2,0 kg pro Euro). Wie in der Abbildung 1 deutlich wird, weisen alle betrachteten Wirtschaftszweige einen Rückgang der Treibhausgasemissionen auf.

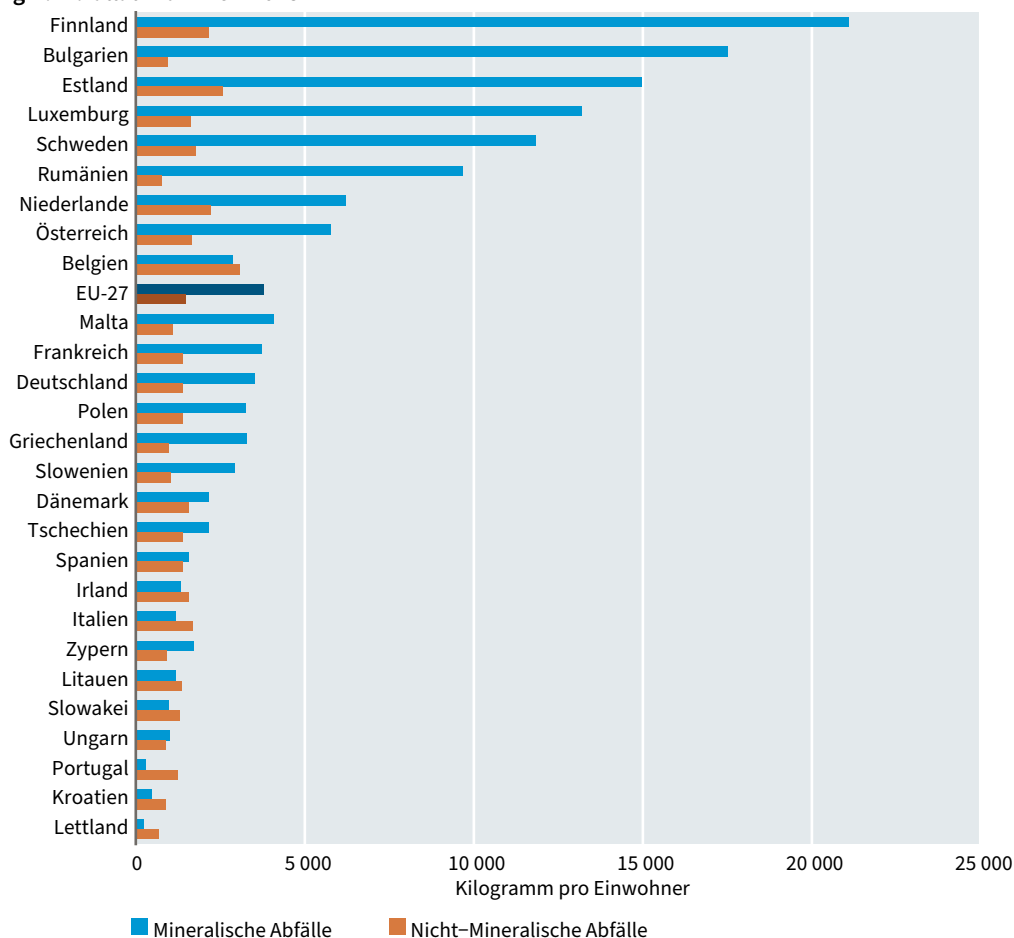
Abfallaufkommen und -behandlung

Als Abfall im Sinne der Richtlinie 2008/98/EG Artikel 3(1) gilt „jeder Stoff oder Gegenstand, dessen sich sein Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss“. Dies stellt einen enormen Verlust von

Ressourcen dar, sowohl in Form von Material als auch in Form von Energie. Darüber hinaus können die Behandlung und die Entsorgung von Abfällen schwerwiegende Folgen für die Umwelt haben. Deponien beispielsweise nehmen nicht nur Land in Anspruch, sie können auch Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung verursachen, während die Emissionen bei der Verbrennung von Abfällen zur Steigerung der Luftschadstoffe führen.

Die Abfallbewirtschaftungspolitik der EU zielt daher darauf ab, die Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen zu reduzieren, Abfall zu vermeiden und die Ressourceneffizienz der EU zu verbessern. Das langfristige Ziel dieser Politik ist die Reduzierung der Menge des erzeugten Abfalls. Wann immer die Abfallerzeugung unvermeidlich ist, gilt es als Ziel die Ressourcen zu sparen, einen höheren Recyclinggrad zu erreichen und die sichere Entsorgung von Abfällen zu gewährleisten.

Abbildung 2: Abfallaufkommen 2018



Quelle: Eurostat; Abfallaufkommen nach Abfallkategorie, Gefährlichkeit und NACE Rev. 2 Tätigkeit [env_wasgen]

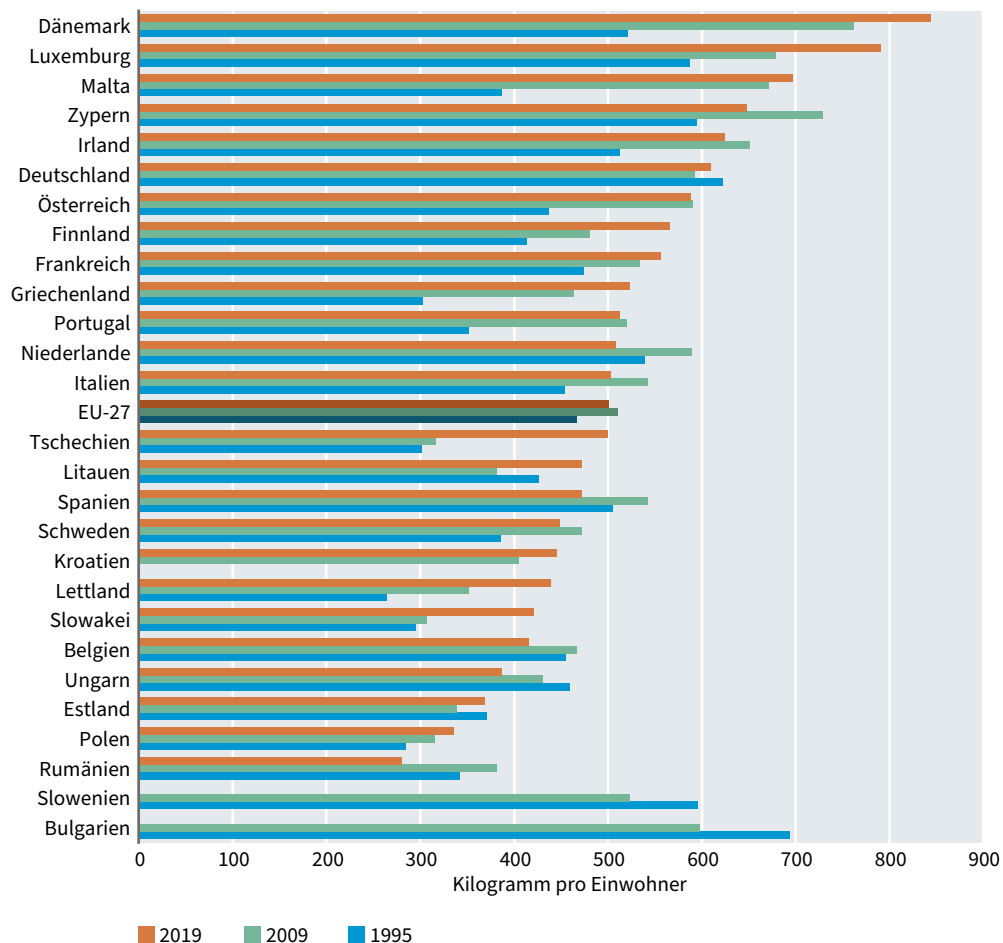
Höchstes Abfallaufkommen im Baugewerbe

Im Jahr 2018 belief sich das gesamte Abfallaufkommen in der EU über alle Wirtschaftszweige und Haushalte hinweg auf 2277 Millionen Tonnen. In der EU trug das Baugewerbe mit mehr als ein Drittel dazu bei (35,7 Prozent). Es folgte der Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (26,3 Prozent), das Verarbeitende Gewerbe (10,7 Prozent), die Abfall- und Wasserversorgung (10,2 Prozent) und die privaten Haushalte mit 8,2 Prozent. Die restlichen 9,4 Prozent des Abfalls wurden durch andere wirtschaftliche Tätigkeiten, hauptsächlich Dienstleistungen (4,4 Prozent) und Energieerzeugung (3,5 Prozent) verursacht.

Fast zwei Drittel mineralische Abfälle

Abbildung 2 zeigt die Menge an Abfällen, die in standardisierter Form anfallen, in Relation zur Bevölkerungsgröße. Die hohe Gesamtabfallmenge, die in einigen der kleineren EU-Mitgliedstaaten erzeugt wurde, ist deutlich zu erkennen. Einen besonders hohen Wert verzeichnet Finnland, hier wurden im Durchschnitt 23,3 Tonnen Abfall pro Einwohner im Jahr 2018 erzeugt. Das entspricht mehr als dem Vierfachen des Pro-Kopf-Durchschnitts in der EU (5,2 Tonnen). Bei mehreren Mitgliedstaaten mit besonders hohen Anteilen am Abfallaufkommen pro Einwohner wurde als Hauptquelle die Erzeugung von Abfällen aus Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden beobachtet, während woanders Bau und Abriss oft zu den hohen Anteilen beigetragen. Viele der Abfälle aus Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, sowie aus Bau und Abriss, sind als mineralischer Hauptabfall klassifiziert.

Abbildung 3: Siedlungsabfälle nach ausgewählten Jahren



Quelle: Eurostat; Siedlungsabfälle nach Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen [env_wasmun]

Die Abbildung 3 unterscheidet mineralische Abfälle von allen anderen Abfällen. Fast drei Viertel (72 Prozent bzw. 3,8 Tonnen pro Einwohner) des gesamten Abfallaufkommens in der EU waren 2018 mineralische Abfälle. Der Anteil mineralischer Abfälle an der Gesamtmenge des Abfallaufkommens variierte erheblich zwischen den EU-Mitgliedstaaten, dies stimmt zumindest für einige Staaten nachdenklich. Im Allgemeinen waren diejenigen EU-Mitgliedstaaten mit höheren Anteilen mineralischer Abfälle durch einen hohen Anteil am Bergbau gekennzeichnet. Zu nennen sind hier Staaten wie Finnland, Bulgarien, Schweden und Rumänien. Aber auch die Staaten Luxemburg und Malta, welche im Bereich Bauwesen und Abbruchaktivitäten große Mengen (81,2 bzw. 79,3 Prozent) mineralischen Abfalls erzeugten, sind an dieser Stelle erwähnenswert.

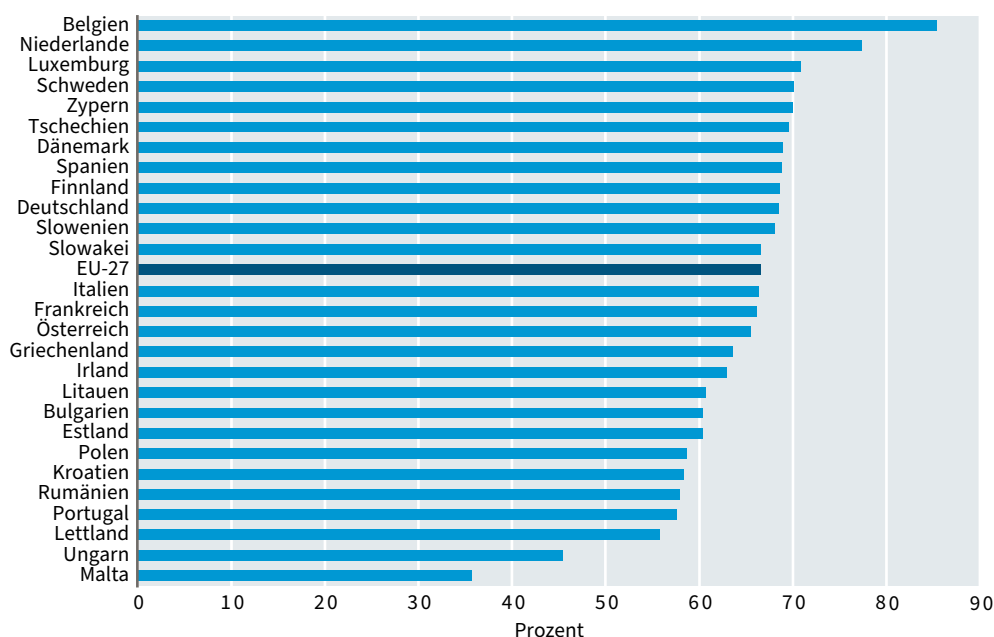
Siedlungsabfälle machen nur etwa 10 Prozent des Gesamtabfallaufkommens aus. Allerdings ist diese Abfallgruppe, aufgrund der komplexen Zusammensetzung, der Verteilung auf viele Quellen und der Verbindung zu Konsummustern, von sehr hoher politischer Bedeutung.

Dänemark mit höchstem Aufkommen an Siedlungsabfällen

Abbildung 3 zeigt das kommunale Abfallaufkommen nach Ländern, in Kilogramm pro Einwohner. Für das Jahr 2019 variieren die Gesamtmengen der Siedlungsabfälle erheblich. Die Spanne reicht von 280 Kilogramm pro Einwohner in Rumänien bis zu 844 Kilogramm pro Einwohner in Dänemark. Die Variationen spiegeln nicht nur Unterschiede im Verbrauch und des wirtschaftlichen Wohlstands wider, sondern hängen auch davon ab, wie Siedlungsabfälle gesammelt und verwaltet werden. Es gibt Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf das Ausmaß der Verschwendung aus Handel und Gewerbe, ebenso differiert die Art der Abfallsammlung bei den privaten Haushalten der jeweiligen Länder.

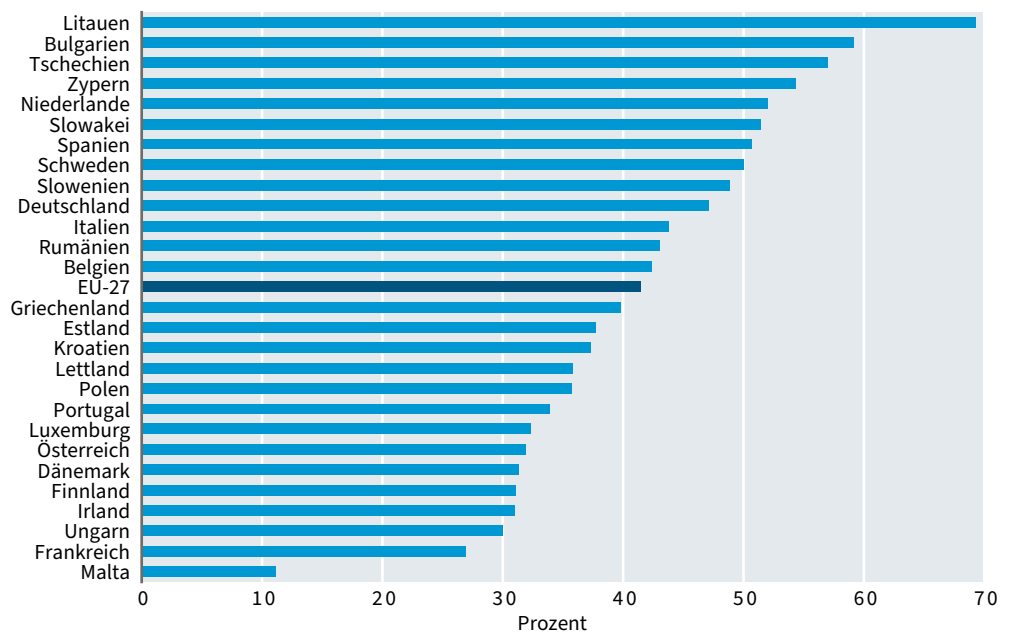
Abbildung 4 zeigt die Recyclingquote für alle Verpackungsabfälle für die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2018. Das Recycling umfasst die stoffliche Verwertung und sonstige Formen des Recyclings (z. B. Bio-Recycling). Das Ziel von 55 Prozent recyceltem Verpackungsabfall wurde von fast allen Mitgliedstaaten erreicht, außer von Ungarn (45,4 Prozent) und Malta (35,7 Prozent).

Abbildung 4: Recycling von Verpackungsabfällen 2018



Quelle: Eurostat; Verpackungsabfälle nach Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen [env_waspac]

Abbildung 5: Recycling von Kunststoffverpackungen 2018



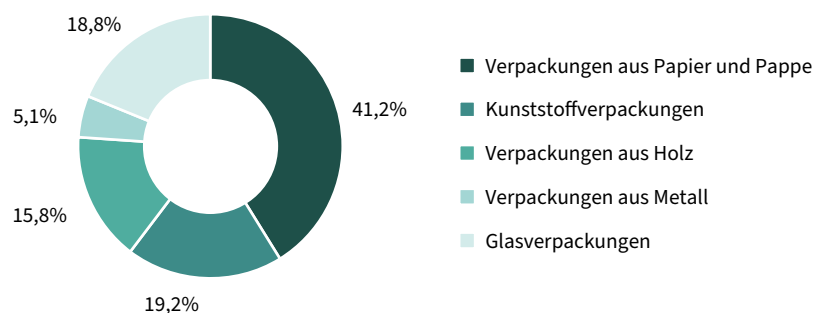
Quelle: Eurostat; Verpackungsabfälle nach Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen [env_waspac]

Recycling von Verpackungen am niedrigsten in Malta

Abbildung 5 zeigt die Recyclingquote von Kunststoff-Verpackungsabfällen für die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2018. Die Recyclingquote umfasst nur die stoffliche Verwertung und keine anderen Formen der Verwertung, d. h. ausschließlich Material, das wieder zu Kunststoffen recycelt wird. Das Ziel von 22,5 Prozent recycelten Kunststoffverpackungen wurde von allen Mitgliedstaaten außer Malta (11,1 Prozent) übertroffen.

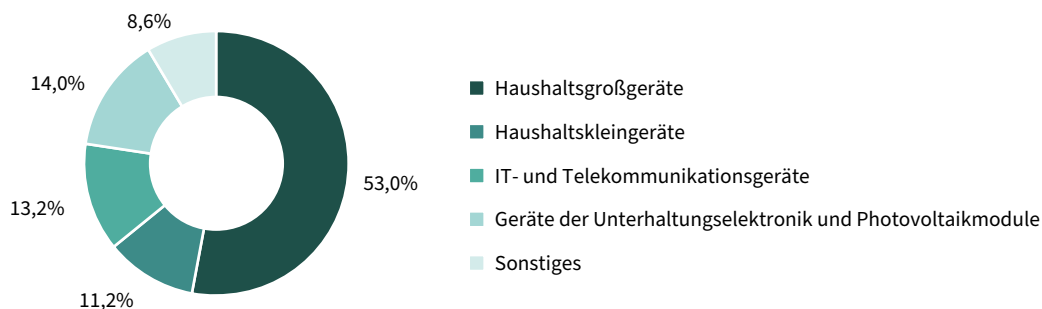
2018 fielen in der EU 173,8 Kilogramm Verpackungsmüll pro Einwohner an. Diese Menge variierte zwischen 63,9 Kilogramm pro Einwohner in Kroatien und 230,9 Kilogramm pro Einwohner in Luxemburg. Abbildung 6 zeigt, dass im Jahr 2018 Papier und Pappe (41,2 Prozent), Kunststoff (19,2 Prozent), Glas (18,8 Prozent), Holz (15,8 Prozent) und Metall (5,1 Prozent) die häufigsten Typen von Verpackungsabfällen in der EU waren. Andere Materialien machen weniger als 0,3 Prozent des Gesamtvolumens der Verpackungsabfälle im Jahr 2018 aus.

Abbildung 6: Verpackungsabfälle nach Verpackungsmaterial 2018



Quelle: Eurostat; Verpackungsabfälle nach Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen [env_waspac]

Abbildung 7: Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall (WEEE) 2018



Quelle: Eurostat; Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall (WEEE) nach Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen [env_waseelee]

Großteil des Elektromülls sind Großgeräte

Abbildung 7 zeigt die Menge des gesammelten Elektromülls nach den wichtigsten Elektro-Kategorien. Im Jahr 2018 machten große Haushaltsgeräte 2,1 Millionen Tonnen bzw. 53,0 Prozent des gesamten Elektromüllaufkommens in der EU aus. Verbrauchergeräte und Photovoltaik (14,0 Prozent) sowie IT und Telekommunikationsgeräte (13,2 Prozent) sind mit Abstand die zweit- und drittgrößte Kategorie, hier fielen circa 559 Tausend Tonnen und 527 Tausend Tonnen Abfall an. Kleine Haushaltsgeräte schlugen mit fast 449 Tausend Tonnen zu Buche, dies entspricht 11,2 Prozent am gesamten Elektromüllaufkommen in der EU im Jahr 2018. Die verbleibenden Kategorien machen zusammen („Sonstiges“) fast 345 Tausend Tonnen bzw. 8,6 Prozent der gesammelten Elektro- und Elektronikgeräte aus.

Wasser

Wasser ist lebensnotwendig, es ist eine unverzichtbare Ressource für die Wirtschaft, und spielt auch eine grundlegende Rolle im Zyklus der Klimaregulierung. Die Bewirtschaftung und der Schutz der Wasservorkommen, der Süß- und Salzwasserökosysteme und des Wassers, das wir trinken und darin baden, gehört daher zu den Grundpfeilern des Umweltschutzes.

Wasserressourcen beziehen sich auf das verfügbare Süßwasser zur Verwendung in einem bestimmten Gebiet und umfassen Oberflächengewässer (Seen, Flüsse und Bäche) und Grundwasser. Die Verfügbarkeit von Süßwasser in einem Land ist in erster Linie bestimmt durch klimatische Bedingungen und grenzüberschreitende Wasserströme, während für die Gesamtmenge die Größe des Landes zählt.

Wasserverbrauch weitgehend konstant

Abbildung 8 stellt den Wasserverbrauch der privaten Haushalte pro Einwohner in den Jahren 2008 bis 2018 dar. Hier ist festzustellen, dass der Wasserverbrauch in den meisten EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, im Laufe der Zeit mehr oder weniger stabil ist. Lediglich in Belgien, Griechenland und Zypern kann man einen deutlichen Anstieg beobachten. Dem gegenüber gibt es keinen EU-Mitgliedstaat mit einem deutlichen Rückgang des Wasserverbrauchs im betrachteten Zeitraum.

Abbildung 8: Trinkwasserverbrauch 2008 bis 2018 in m³ pro Einwohner

Mitgliedsstaaten der EU	Trinkwasserverbrauch										
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	m ³ pro Einwohner										
Belgien	13,7	13,6	13,5	13,4	31,7	32,4	33,6	31,8	31,9	31,6	:
Bulgarien	36,1	36,3	35,6	36,1	37,0	35,8	34,6	35,9	36,0	36,2	35,9
Tschechien	32,4	31,9	30,9	31,0	30,8	30,2	30,1	30,2	30,5	30,7	30,9
Dänemark	42,4	42,5	42,3	42,4	42,5	43,1	40,5	37,4	37,2	39,7	41,3
Deutschland	:	:	43,7	44,4	44,2	44,0	44,4	44,7	44,7	44,3	:
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	:	:	:	91,8	92,1	92,8	93,4	94,0	106,6	106,7	107,0
Spanien	61,8	61,7	58,9	54,7	53,7	51,8	52,2	52,8	53,5	53,1	52,7
Frankreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Kroatien	42,6	42,6	44,0	42,6	43,1	44,5	40,6	42,5	41,6	41,0	41,6
Italien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Zypern	76,8	85,0	96,8	93,1	88,7	90,3	90,5	94,3	103,8	107,4	108,0
Lettland	42,2	38,4	37,2	39,4	37,7	37,5	36,4	36,2	40,4	47,5	50,2
Litauen	19,3	19,2	19,0	19,2	19,3	21,9	23,1	23,5	24,3	24,7	26,2
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	74,9	:	:	:
Ungarn	36,0	35,9	34,1	34,0	34,4	33,4	33,0	34,0	34,1	34,8	35,0
Malta	44,6	39,8	41,3	42,0	44,1	44,0	43,6	42,7	43,3	42,7	41,1
Niederlande	48,1	47,8	47,4	46,9	46,8	46,8	46,5	47,0	47,4	45,8	48,7
Österreich	45,7	:	45,6	:	:	:	:	:	43,6	:	:
Polen	31,8	31,3	31,5	31,6	31,5	31,3	31,5	32,5	32,6	32,2	33,7
Portugal	55,7	58,6	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Rumänien	:	:	:	:	30,0	29,3	24,8	25,1	25,4	26,3	26,4
Slowenien	44,1	42,0	41,5	40,7	41,3	38,2	38,1	38,1	38,0	38,2	38,4
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Finnland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Schweden	:	:	52,5	:	:	:	:	50,1	:	:	:

Quelle: Eurostat; Einnahmen aus Umweltsteuern [env_ac_tax]

: - nicht verfügbar

Umweltsteuern und Umweltschutz

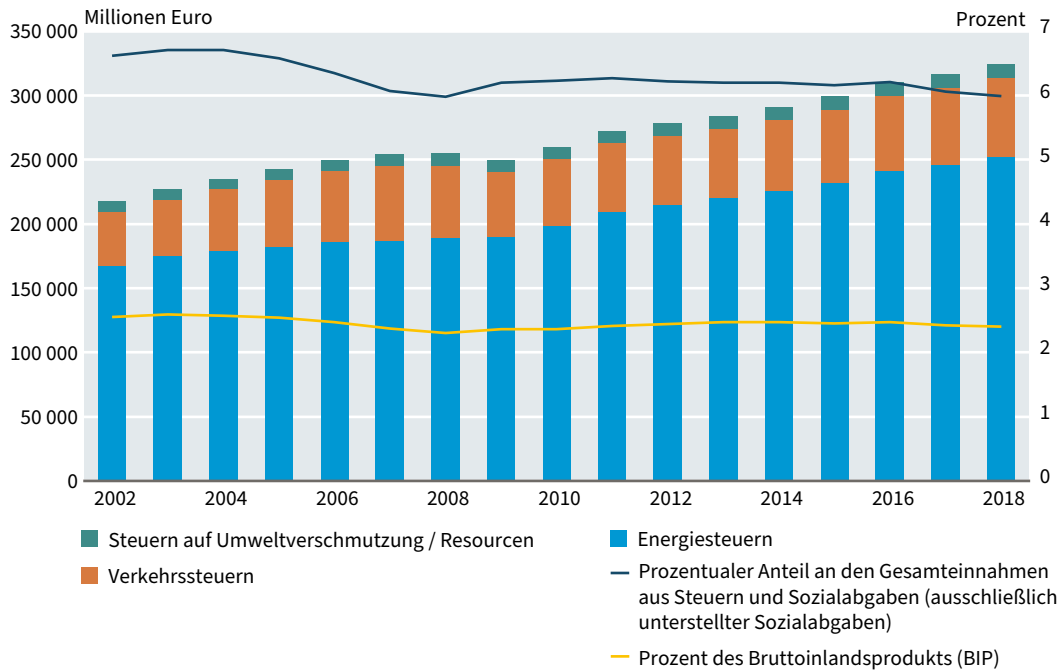
Im Jahr 2018 nahmen die Regierungen in der EU Umweltsteuereinnahmen von 324,7 Milliarden Euro ein. Der Wert entspricht 2,4 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts und 6,0 Prozent der EU-Gesamteinnahmen des Staates aus Steuern und Sozialbeiträgen (ohne unterstellte Sozialbeiträge). Ein sehr großer Teil der 2018 erhobenen EU-Umweltsteuereinnahmen – 77,7 Prozent – stammen aus Energiesteuern. Der Anteil der Transportsteuern beträgt 19,1 Prozent. Der Anteil der Steuern auf Umweltverschmutzung und Ressourcen ist in der EU noch sehr klein (3,3 Prozent).

Umweltsteuern gestiegen

Der Wert der EU-Umweltsteuern war im Jahr 2018 rund 107 Milliarden Euro höher als noch im Jahr 2002 (Abbildung 9). Relativ zum BIP hat sich sein Niveau allerdings leicht verringert (von 2,5 auf 2,4 Prozent des BIP). Ebenso ist auch der Anteil der Umweltsteuereinnahmen an den Gesamtsteuereinnahmen im betrachteten Zeitraum um 0,6 Prozentpunkte gesunken, von 6,6 Prozent im Jahr 2002 auf 6,0 Prozent im Jahr 2018.

Die Umweltschutzausgabenrechnung (EPEA) verfolgt und misst die Reaktion der Gesellschaft auf

Abbildung 9: Einnahmen der Europäischen Union aus Umweltsteuern

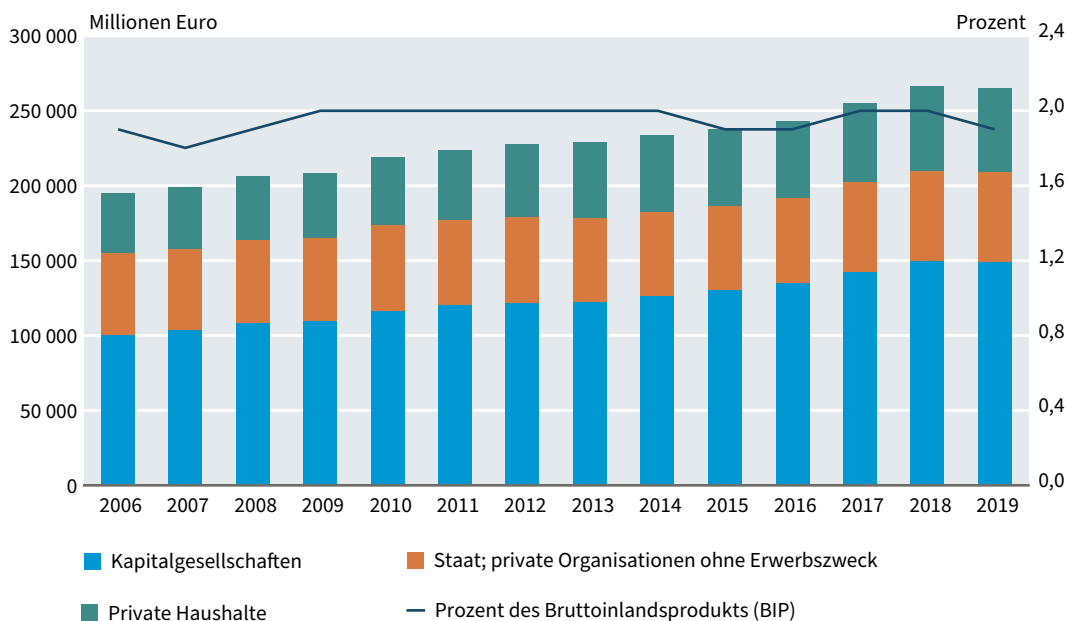


Quelle: Eurostat; Einnahmen aus Umweltsteuern [env_ac_tax]

Umweltverschmutzung und -zerstörung, und wie deren Eindämmung finanziert wird. Das wichtigste Aggregat der EPEA sind die nationalen Ausgaben zum Umweltschutz („NEEP“). NEEP misst die Ausgaben, die von unterschiedlichen Organisationen

aufgewendet werden um die natürliche Umwelt zu schützen. Alle Aktivitäten, die zum Zwecke des Ressourcenmanagements, wie z. B. die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, Energieeffizienz oder Waldbewirtschaftung, fallen nicht in den Geltungsbereich von EPEA und damit verbundene Ausgaben sind nicht in den NEEP enthalten.

Abbildung 10: Umweltschutzausgaben in der Europäischen Union



Quelle: Eurostat; Nationale Umweltschutzausgaben nach institutionellen Sektoren [env_ac_epneis]

Ausgaben für Umweltschutz gestiegen

Im Jahr 2019 stiegen die EU-Staatsausgaben für Umweltschutz auf 265,4 Milliarden Euro. Damit waren sie um mehr als ein Drittel (36,2 Prozent) höher als im Jahr 2006, dem ersten Jahr, für das Eurostat die NEEP-Schätzungen vornahm (Abbildung 10). Die Entwicklung der NEEP folgt genau dem Trend des BIP. Daher ist innerhalb der EU das NEEP-zu-BIP-Verhältnis, in den vergangenen 14 Jahren, relativ unverändert geblieben. Die Umweltschutzausgaben befanden sich im betrachteten Zeitraum stets zwischen 1,8 und 2,0 Prozent des BIP.

Schlusswort

Das 7. Umweltaktionsprogramm der Kommission „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“ zielt auf die Europäische Umweltpolitik bis 2020. Um eine langfristige Richtung vorzugeben, wurde dargelegt, wo die Union im Jahr 2050 aus umweltpolitischer Sicht stehen soll. Sie zielt darauf ab, das Naturkapital der EU zu schützen, zu erhalten und zu verbessern. Die Europäische Union soll in eine ressourceneffiziente, grüne, CO₂-arme und wettbewerbsfähige Wirtschaftsgemeinschaft geführt werden. Ganz oben steht dabei die Sicherung der EU-Bürger vor umweltbedingten Belastungen und Risiken für Gesundheit und Wohlbefinden.

Das neue 8. Umweltaktionsprogramm deckt den Zeitraum bis 2030 konkret ab. Um die EU-Ziele und -Strategien zu konzipieren, umzusetzen und zu überwachen, bedarf es einer hohen Qualität der Statistiken zu Energie, Verkehr und Umwelt. Vertrauenswürdige Statistiken und die Bereitstellung zuverlässiger Daten sind für die Öffentlichkeit und für politische Entscheidungsträger dabei unerlässlich.

HANDWERK

FLEISCHER*

345

**HANDWERKS-
UNTERNEHMEN**

4809

TÄTIGE PERSONEN

92512

**EURO UMSATZ JE
TÄTIGE PERSON**

* Bezeichnung des Gewerbezeigs

Quelle: zulassungspflichtiges Handwerk aus der Handwerkszählung 2019



SONSTIGES

Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1949–1970)

Harald Hagn

Referat: „Bereichsübergreifende Analysen, Statistikportal, Regionalstatistik, Veröffentlichungen, Bibliothek“

0361 57331-9640
Harald.Hagn@statistik.thueringen.de

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag knüpft inhaltlich an bereits veröffentlichte Aufsätze zur Geschichte der thüringischen Landesstatistik an.¹⁾ Da jedoch eine Beschränkung der historischen Betrachtungen auf das Gebiet des heutigen Freistaates nach Auflösung des Statistischen Landesamtes im Jahr 1952 als wenig sinnvoll erscheint, rückt nunmehr die zentral organisierte DDR-Statistik in den Mittelpunkt der Darstellung. Um die Aufarbeitung der Geschichte des Statistischen Dienstes der DDR in sich geschlossen zu gestalten, wird dabei in der vorliegenden Ausgabe des Monatsheftes zunächst der Zeitraum von der Gründung der DDR bis zur Entwicklung und Einführung des Systems von Rechnungsführung und Statistik umrissen. Ein weiterer Aufsatz wird die Weiterentwicklung des Systems von Rechnungsführung und Statistik in den siebziger Jahren zum Gegenstand haben. Die Beitragsreihe wird abgerundet durch eine umfassende Darstellung der Organisation und Aufgaben des Statistischen Dienstes im letzten Jahrzehnt des Bestehens der DDR. Das mit diesen Beiträgen verfolgte Anliegen ist es, zunächst die sich in mehreren Etappen vollzogene Entwicklung der Statistik zum Instrument der Planung, Abrechnung und der direkten Betriebsleitung in seiner chronologischen Abfolge sachlich zu beschreiben.

Von der Gründung der DDR bis zum Ende des ersten Fünfjahrplanzeitraumes (1949 bis 1955)

Als die Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober 1949 gegründet wurde, war bereits ein weitgefächertes Netz statistischer Einrichtungen vorhanden. Dieses erstreckte sich vom Statistischen Zentralamt in Berlin über die statistischen Landes-

ämter bis hin zu den statistischen Ämtern der Landkreise und kreisfreien Städte. Obgleich die amtliche Statistik zu diesem Zeitpunkt noch eine dezentralisierte Struktur aufwies, wurden über dieses Geflecht bereits zahlreiche Berichterstattungen realisiert. Die Verbindung von Planung und Statistik war noch lose, das gesamte Berichtswesen im ganzen ungeordnet. Kurz vor Gründung der DDR wurden jedoch 2 Maßnahmen ergriffen, welche bereits frühzeitig auf eine Zentralisierung des Statistischen Dienstes abzielten.

Am 21. September 1949 beschloss das Sekretariat der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission die Genehmigungspflicht für alle statistischen Meldungen und Berichte. Im gleichen Monat wurde das Statistische Zentralamt dem Ministerium für Planung, der späteren Staatlichen Plankommission, zugeordnet. Die 1949 eingeleiteten Maßnahmen einer stärkeren Straffung der statistischen Organisation fanden bereits im folgenden Jahr ihre Fortsetzung. Am 16. Februar 1950 beschloss die Regierung der DDR die Verordnung über die Reorganisation des Statistischen Dienstes. Diese beinhaltete die Unterstellung sämtlicher regionaler statistischer Dienststellen unter die unmittelbare Leitung des Statistischen Zentralamtes und schuf dergestalt die Voraussetzung eine Vereinheitlichung der statistischen Arbeit.

Die Zentralisierung des Statistischen Dienstes ist in engem Zusammenhang mit der Vorbereitung und Abrechnung des ersten Fünfjahrplanes der DDR zu sehen. Je stärker nämlich im Laufe der Zeit die zentrale staatliche Planung das wirtschaftliche Geschehen bestimmte, desto umfassender wurden auch die Aufgaben der Statistik. Sie wurde zu einer immer bedeutsameren Quelle für die Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne und zu einem wichtigen Instrument für die Kontrolle der Durchführung der Pläne und ihre Abrechnung. Die dadurch gewachsenen Anforderungen, denen sich nunmehr die Statistik gegenüber sah, glaubte man jedoch nach damaliger

1) vgl. hierzu Statistische Monatshefte Thüringen, Ausgaben Januar und Februar 2022

Auffassung mittels einer zentralen statistischen Organisation besser bewältigen zu können, als mit statistischen Dienststellen, die der Weisungsbefugnis regionaler Verwaltungsbehörden unterstanden.

So gesehen war es nur folgerichtig, wenn im Interesse einer größeren Vereinheitlichung aller der Plankontrolle und -abrechnung dienenden Statistiken dem Statistischen Zentralamt nun auch eine entsprechende Weisungsbefugnis gegenüber Einrichtungen, welche Spezialstatistiken bearbeiteten, eingeräumt wurde. Der vom Ministerrat gefasste „Beschluss über die statistische Kontrolle der Durchführung der Volkswirtschaftspläne“ vom 15. Februar 1951 sah u. a. vor, dass von nun an die gesamte fachliche und fachlich-operative Berichterstattung methodisch nach den Weisungen des Statistischen Zentralamtes zu erfolgen hatte, dem nunmehr auch die Überprüfung der fachlichen Ergebnisse oblag. Diese Einflussnahme war eng mit einer gesetzlichen Kontrolle über sämtliche Erhebungen verbunden und fußte zunächst noch auf dem bereits angeführten Beschluss des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission und fand später in der Verordnung über die Regelung und Kontrolle des Berichtswesens vom 28. Mai 1954 ihre rechtliche Grundlage.

Ein weiterer Schritt zur Schaffung einer zentralisierten statistischen Organisation erfolgte im Jahr 1952. Am 23. Juli beschloss die Volkskammer der DDR das „Gesetz über die weitere Durchführung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in der Deutschen Demokratischen Republik“. Erklärtes Ziel des Gesetzes war es, einen Verwaltungsaufbau zu schaffen, der die „größtmögliche Annäherung der Organe der Staatsgewalt an die Bevölkerung und eine breite Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung des Staates“²⁾ ermöglichte. Im Zuge dieser Verwaltungsreform wurden am 15. August 1952 die Statistischen Landesämter aufgelöst und in den gebildeten 14 Bezirken der DDR neue Dienststellen des Statistischen Zentralamtes eingerichtet sowie in den neuen Kreisen statistische Kreisämter geschaffen. Als Mitte September das Statistische Zentralamt seine spätere Bezeichnung Staatliche Zentralverwaltung für Statistik erhielt, wurden auch die regionalen Dienststellen in Bezirks- und Kreisstellen umbenannt.

Aufgaben und Organisation des Statistischen Dienstes in den Jahren 1956 bis 1962

Die DDR-Statistik im Jahr 1956

In den Jahren nach der Verwaltungsreform konnte der statistische Dienst der DDR seine Arbeit zunehmend verbessern. Die Qualität der statistischen Informationen und Analysen wurde erhöht, die organisatorisch-technischen Arbeiten deutlich vereinfacht sowie beträchtliche Einsparungen an Arbeitskräften und Haushaltsmitteln erreicht. Dennoch konnte der erreichte Leistungsstand den gestellten Anforderungen nicht mehr genügen. Die Statistik hatte sich bislang vornehmlich noch damit begnügt, Tatsachen aufzuzählen sowie die Erscheinungen und Entwicklungen auf den verschiedensten Gebieten in Zahlen auszudrücken. Obgleich hinsichtlich der Plankontrolle bereits Fortschritte erzielt worden waren, mangelte es nach Ansicht der politischen Entscheidungsträger noch immer an einer konsequenten und systematischen Orientierung der Statistik in ihrer Gesamtheit auf die neuen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen.

Am 20. Juli 1956 beschloss daher der Ministerrat die „Verordnung über die Aufgaben und die Organisation der Statistik in der DDR“ sowie eine neue Verordnung über das Berichtswesen. Beide Verordnungen gingen inhaltlich von den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED und den darin enthaltenen Forderungen zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Organe aus. Während die erstere die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik direkt dem Ministerrat unterstellte, erhöhte die letztere die Verantwortung der zentralen und örtlichen Organe, indem sie ihnen die volle Zuständigkeit für ihr eigenes Berichtswesen im Rahmen ihrer Verantwortungsbereiche übertrug.

Durch die „Verordnung über die Aufgaben und die Organisation der Statistik in der DDR“ wurde ferner verfügt, dass bei der Staatlichen Zentralstelle für Statistik ein Rechenbetrieb zu errichten war. Damit sollten nicht nur bessere Voraussetzungen für eine weitere Mechanisierung der Abrechnungsarbeiten mittels der herkömmlichen Lochkartentechnik, sondern auch die Grundlage für die künftige Anwendung der Elektronischen Datenverarbeitung geschaffen werden.

2) Gesetzblatt der DDR 1952/99, S. 613

Zentralisierung des Berichtswesens

Grundsätzlich neue Aufgaben für den statistischen Dienst ergaben sich im Jahr 1957 durch das 32. Plenum des Zentralkomitees der SED. Die dort gefassten Beschlüsse über die Reorganisation der Verwaltung sowie die verstärkte Verlagerung von Verantwortung auf regionale Dienststellen bildeten die Grundlage für eine umfassende Zentralisierung des statistischen Berichtswesens. Diese erschien erforderlich, um die mit der unmittelbaren Leitung und Lenkung der Volkswirtschaft beauftragten Behörden soweit als möglich von statistischen Arbeiten zu entlasten. Daneben sollten noch bestehende Doppelarbeiten abgebaut und das gesamte Berichtswesen besser an die planwirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Um hinsichtlich des Umfangs der zu übernehmenden Berichterstattungen Anhaltspunkte zu gewinnen, fanden noch 1957 Beratungen und Untersuchungen zur Vorbereitung einer probeweisen Übernahme statt. Die praktische Erprobung erfolgte dann ab Januar 1958 in 23 Kreisen der DDR. Bereits Mitte des Jahres wurden als Ergebnis der vorbereiteten Arbeiten fast 100 Berichterstattungen anderer Dienststellen bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zentralisiert. Dies waren mehr Berichterstattungen, als bislang vom Statistischen Dienst überhaupt bearbeitet wurden. Allerdings wurden nicht restlos alle Berichterstattungen von der amtlichen Statistik übernommen. Die Fachbehörden blieben auch weiterhin verantwortlich für Erhebungen spezifisch fachlichen oder ausgesprochen fachlich operativen Charakters, deren Ergebnisse nicht gesondert statistisch aufbereitet werden sollten, sondern lediglich über den Ablauf bestimmter Maßnahmen (z. B. „Erntekampagne“) zu informieren hatten.

Mit einer derartigen Konzentration des Berichtswesens auf ein statistisches Organ erhöhte sich die Bedeutung des statistischen Dienstes. Dieser trug von nun an in einer umfassenden Weise die Verantwortung dafür, dass regionale und zentrale Verwaltungsbehörden für die Zwecke ihrer Planungs-, und Leitungs- und Kontrolltätigkeit mit zuverlässigen statistischem Datenmaterial ausgestattet wurden. Dementsprechend wurde auch in der „Verordnung über die Organisation und Planung der Volkswirtschaft“ vom 13. Februar 1958 konstatiert, dass „Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik ... durch die einheitliche objektive und termingemäße Berichterstattung die Kontrolle über die Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern, Reserven in der Wirtschaft sichtbar zu machen und die notwendigen

statistischen Unterlagen für die Ausarbeitung der Perspektiv- und Jahrespläne bereitzustellen“³⁾ hat. Ausdrücklich wurde festgelegt, dass dies nicht nur zentral, sondern auch auf Kreisebene und Bezirksebene zu erfolgen habe. Des Weiteren wurde durch die gleiche Verordnung gefordert, die staatliche Berichterstattung als Instrument der Leitung der Volkswirtschaft zu verbessern und zu vereinfachen. Die bislang in den verschiedenen Bereichen durchgeführten Erhebungen sollten weitgehend eingeschränkt und einheitlich organisiert werden.

Im Zusammenhang mit dem Vollzug des „Gesetzes über die Vervollkommung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates“ wurde durch die Bildung von Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VB) die operative Leitung näher an die Basis verlegt und damit die Eigenverantwortung der einzelnen Betriebe im Hinblick auf die Planerfüllung erhöht. Dies eröffnete der amtlichen Statistik die Möglichkeit für eine weitere Vereinfachung des Berichtswesens. Um zum einen diesen Prozess besser kontrollieren zu können und zum anderen die Betriebe nicht unnötigen Berichtsansforderungen auszusetzen, wurde die zentrale Genehmigungspflicht nun erneut eingeführt. Eine entsprechende neue Verordnung erließ der Ministerrat am 2. Oktober 1958.⁴⁾

Konkretisierung der Aufgaben

Am 16. Oktober 1958 fasste der Ministerrat den „Beschluss über das Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik“. In ihm wurden Rolle und Aufgabenstellung der amtlichen Statistik festgelegt und der Weg für die Entwicklung in der nächsten Dekade abgesteckt. Der § 2 des Beschlusses beinhaltete folgende Konkretisierung der Aufgaben des Statistischen Dienstes:

„1. Statistische Kontrolle über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne in allen ihren Teilen. Ausführung von statistischen Arbeiten über die Abrechnung der staatlichen Pläne hinaus, die die Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglichen, und Durchführung der dazu notwendigen Zählungen und Erhebungen. Übergabe der statistischen Unterlagen für die Ausarbeitung der Pläne, die Leitung der Volkswirtschaft und die Plankontrolle an die Staatliche Plankommission und andere zentrale Organe.“

3) Gesetzblatt der DDR 1958 I/13, S. 129

4) vgl. Verordnung über das Berichtswesen vom 2. Oktober 1958, veröffentlicht im Gesetzblatt der DDR 1958 I/63, S. 774

2. Kurzfristige Unterrichtung des Ministerrates, der Staatlichen Plankommission und anderer zentraler Organe durch statistische Analysen und Berichte über die Durchführung von Gesetzen und Beschlüssen der Volkskammer, Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates sowie über aktuelle Fragen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens.
3. Organisation des statistischen Berichtswesens in der Weise, dass jederzeit eine Übersicht über die volkswirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung gegeben ist, Reserven aufgedeckt und vorhandene und im Entstehen begriffene Disproportionen sichtbar gemacht werden.
4. Übergabe von vollständigen statistischen Materialien über die Erfüllung der Pläne und die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung ihres Gebietes an die örtlichen Organe der Staatsmacht. Die Bezirks- und Kreisstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik haben für die örtlichen Organe der Staatsmacht statistische Auswertungen und Analysen anzufertigen. Die Durchführung zentral gestellter Aufgaben muss gesichert bleiben.
5. Ausarbeitung einer einheitlichen und für längere Zeiträume gültigen statistischen Methodik einschließlich eines einheitlichen Systems statistischer Kennziffern und einheitlicher Nomenklaturen in Übereinstimmung mit den methodischen Grundsätzen der Planung der Volkswirtschaft. Mitarbeit an der Ausarbeitung der Planmethodik.
6. Durchführung des Erfahrungsaustausches mit den statistischen Verwaltungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder und Auswertung der dabei gewonnenen Erkenntnisse für die ständige Weiterentwicklung der Statistik in der DDR.
7. Ständige Vereinfachung und Vervollkommnung des statistischen Berichtswesens und der Aufbereitungsverfahren sowie Beseitigung von Doppelarbeiten.
8. Durchsetzung eines hohen Mechanisierungsgrades für statistische Arbeiten. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik nimmt Einfluss auf die Entwicklung und Planung der Produktion von Rechenautomaten, Lochkartenmaschinen, Zusatzeinrichtungen sowie elektronischen Rechengegeräten.

9. Ständige Unterrichtung der Werktätigen durch Veröffentlichungen über den Stand der Erfüllung der staatlichen Pläne. Herausgabe eines statistischen Jahrbuches der Deutschen Demokratischen Republik und anderer statistischer Publikationen.“⁵⁾

Eine Erweiterung des Aufgabenkreises der amtlichen Statistik schließlich beinhaltete der „Ministeratsbeschluss über die weitere Qualifizierung des Staatsapparates“ vom 14. Juli 1960. Dieser hatte nicht nur allgemeine Bedeutung für den Statistischen Dienst, sondern zeigte auch wesentliche Prinzipien für die Weiterentwicklung der Statistik auf. Die im Zusammenhang mit dem „Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates“ vorgenommene Zentralisation des Berichtswesens sollte dergestalt weitergeführt werden, dass in Zukunft sämtliche statistische Erhebungen und Berichterstattungen (außer einigen wenigen Spezialstatistiken) von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik durchgeführt werden sollten. In dem Beschluss hieß es dazu: „Um die Anwendung der modernen Technik bei der Aufbereitung zu ermöglichen, die Einheitlichkeit, die richtige Vorbereitung der Ergebnisse usw. zu sichern, ist anzustreben, schrittweise alle statistischen Erhebungen usw. über die Organe der staatlichen Statistik durchzuführen.“⁶⁾

Des Weiteren wurde in dem Beschluss gefordert, dass die regionale Statistik (einschließlich der Städte- und Gemeindestatistik) zu verbessern und auszubauen, die technischen Verfahren bei der Ermittlung der Ergebnisse zu modernisieren, die Termine der Fertigstellung der Berichte zu verbessern sowie deren Aussagekraft zu erhöhen sei. Um schließlich sämtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Arbeit mit den Ergebnissen der Statistik größere Bedeutung beizumessen, wurde ferner festgelegt: „Im Staatsapparat und an den entsprechenden Hoch- und Fachschulen sind Seminare zur richtigen Arbeit mit der Statistik, zur Ableitung von Maßnahmen aus statistischen Ergebnissen usw. durchzuführen.“⁷⁾

Veröffentlichungen des Statistischen Dienstes

Die im Statut des Jahres 1958 für die amtliche Statistik verbindlich konkretisierte Aufgabe der Herausgabe eines statistischen Jahrbuches war bereits 2 Jahre zuvor in die Tat umgesetzt worden. Diese 1956 für die DDR erstmals herausgegebene umfassende Veröffentlichung statistischen Datenmaterials nannte sich Statistisches Jahrbuch 1955 und lehnte

5) Gesetzblatt der DDR 1958 I/64, S. 791

6) Statistische Praxis 1960/8, S.169

7) Ebenda

sich an die lange Tradition deutscher Jahrbücher an. Allerdings galt dies nur soweit es das Format, die äußere Aufmachung sowie den Tabellenaufbau anbetraf. Hingegen waren Gliederung, Kennzifferprogramm und Tabelleninhalt weitgehend auf die neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zugeschnitten. Von statistischen Veröffentlichungen westlicher Länder unterschied es sich beispielsweise dadurch, dass der Berücksichtigung von Eigentumsverhältnissen breiter Raum eingeräumt wurde.

Auch die Führung des Abschlussjahres des im Jahrbuch veröffentlichten Materials in seinem Titel entsprach nicht internationalen Gepflogenheiten. Obgleich diese Vorgehensweise auch Vorteile für die spätere Benutzung aufwies, wurde deshalb später wieder davon abgegangen. Das 1961 mit den Ergebnissen des Vorjahres erschienene Jahrbuch wies bereits als Umstellungslösung den Titel „Statistisches Jahrbuch 1960/61“ auf, die von nun ab folgenden Jahrbücher führten das jeweilige Erscheinungsjahr in ihrem Titel.

Die positive Resonanz auf das Erscheinen des Jahrbuches führte bereits 2 Jahre später zur Herausgabe eines Statistischen Taschenbuches. Als Auszug aus dem Jahrbuch war es vor allem dazu vorgesehen, eine breitere, insbesondere an Eckzahlen interessierte Öffentlichkeit mit statistischen Informationen zu versorgen. Neben einem Tabellenprogramm enthielt es auch Ausführungen über die Struktur und Arbeitsweise der Volksvertretungen und des Staatsapparates sowie der diplomatischen und Handelsvertretungen der DDR. Das jährlich erscheinende statistische Taschenbuch wurde von 1959 an durch regelmäßige fremdsprachige Ausgaben ergänzt.

Neben der Zentralstelle begannen Ende der fünfziger Jahre auch fast alle Bezirksstellen sowie eine Anzahl von Kreisstellen damit, für ihr Berichtsgebiet selbständige Jahr- bzw. Taschenbücher herauszugeben. Allerdings wurde hierbei hinsichtlich des Kennzifferprogramms seitens der Zentralstelle eine gewisse Koordinierungsfunktion ausgeübt.

Als weitere Publikation gab die amtliche Statistik auf dem Gebiet der DDR bereits seit Oktober 1946 regelmäßig die „Statistische Praxis“ heraus. Diese Monatszeitschrift für theoretische und angewandte Forschungs- und Verwaltungs- und Betriebsstatistik war jedoch vor allem zur Unterstützung der Fortbildung des Personals im Statistischen Dienst selbst gegründet worden. An eine breitere Öffentlichkeit hingegen wandten sich die im 1. Quartal 1957 erstmals erschienenen „Vierteljahreshefte zur Statistik

der Deutschen Demokratischen Republik“. Jedoch wurde die Herausgabe bereits im Herbst 1959 erneut eingestellt, da es aus politischen Gründen nicht länger opportun erschien, Analysen und Berichte in breitem Umfang zu veröffentlichen.

Bildung der ständigen Kommission des RGW für Statistik

Die XVI. (außerordentliche) Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) beschloss am 7. Juni 1962 die Bildung einer ständigen Kommission für Statistik. Bereits am 3. und 4. August fand in Moskau die konstituierende Sitzung dieser Kommission statt. Die mit der Einrichtung dieses ständigen Organs des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verbundene Zielsetzung bestand in der Förderung der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Organisation der multilateralen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der Mitgliedsländer. Hieraus ergaben sich als wesentliche, die Arbeit der Kommission bestimmende, Aufgaben die Ausarbeitung von Empfehlungen zur Vereinheitlichung der Statistik der Mitgliedsländer, zur Verbesserung der Organisation und Methodik der Statistik, zur Standardisierung des Systems der Kennziffern der Statistik und Planung, der Maßeinheiten, Nomenklaturen und Klassifikationen sowie zur Erarbeitung unmittelbar vergleichbarer statistischer Angaben für die gemeinsame Arbeit der Mitgliedsländer des Rates.

Die Gestaltung eines einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik

Zu Beginn der 60er Jahre waren die Betriebe in fast allen Wirtschaftsbereichen der DDR bis auf einige wenige Ausnahmen bereits verstaatlicht oder aber über sogenannte staatliche Beteiligungen in das zentrale System der Leitung und Planung eingebunden. Auch die Kollektivierung in der Landwirtschaft war nunmehr abgeschlossen und die handwerkliche Produktion überwiegend in Genossenschaften organisiert. Mitten in der Verfolgung der hochgesteckten Ziele des Siebenjahrplanes (1959–1965) wurde die Volkswirtschaft der DDR von einer ökonomischen Krise erfasst, welche nach einer grundlegenden Änderung der bisherigen Wirtschaftsstrategie verlangte. Zwar war bislang noch ein, wenn auch sich stetig verringerndes, Wirtschaftswachstum verzeichnet

worden. Dieses war jedoch nur mehr um den Preis einer Absenkung der Akkumulationsrate erreicht worden.⁸⁾ Notwendige Erweiterungsinvestitionen mussten daher unterbleiben. Auch die Versorgungslage der Bevölkerung gestaltete sich zunehmend schwierig. Zudem machte sich Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre die Abwanderung von Arbeitskräften in immer stärkerem Maße bemerkbar.

Diese schlechte wirtschaftliche Situation wurde zum Ausgangspunkt verschiedener Reformbemühungen, welche unter der Bezeichnung „Neues ökonomisches System der Planung und Leitung“ bekannt wurden. Die politischen Entscheidungsträger hatten bis zu einem bestimmten Grade erkannt, dass das der Sowjetunion nachempfundene, zentralistisch bürokratische Wirtschaftsmodell nicht mehr geeignet war, die zunehmenden Verflechtungen der Volkswirtschaft zu beherrschen, den erforderlichen Investitionsschub auszulösen und die arbeitende Bevölkerung dauerhaft für hohe Leistungen zu motivieren. Man setzte deshalb mit dem „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“ auf die Schaffung wirtschaftlicher Anreize, marktorientierte Arbeit sowie Gewinnstreben.⁹⁾ Es begann eine Periode intensiver Suche nach neuen, geeigneteren Lösungen für eine „wirksamere Verbindung von zentraler staatlicher Planung und Leitung und Eigenverantwortung der Betriebe und Unternehmen“. Die nun einsetzenden Reformbemühungen hatten auch für die amtliche Statistik einen grundlegenden Wandel ihrer Arbeitsweise zur Folge.

Die Grundkonzeption für die Entwicklung der Statistik im „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung“

In der Volkswirtschaft der DDR bestand bis zum Jahr 1963 kein geschlossenes System der Wert- bzw. Geldrechnung in Form einer „gesellschaftlichen Buchführung“. Auch bestand keine Übereinstimmung zwischen den nach verschiedenen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft sowie nach verschiedenen Eigentumsformen organisierten Methoden der Erfassung und Abrechnung und den entsprechenden Chiffrierungssystemen zur Kennzeichnung volkswirtschaftlicher Erscheinungen. Die unterschiedlichen Kennziffersysteme der buchhalterischen und statistischen Berichterstattungen waren nicht koordiniert. In den Betrieben und Institutionen gab es keine fundierten und einheitlichen Bilanzen, aus denen jederzeit Stand und Entwicklung der wirtschaftlichen Lage hätten erkannt werden können. Die verschiedenen und unterschiedlichsten Verfahren

und Techniken waren nicht mit- und aufeinander abgestimmt. Dies alles erschwerte und behinderte die Planung und Leitung der Volkswirtschaft nach dem Produktionsprinzip und nach regionalen Erfordernissen außerordentlich. Hinzu kam, dass Isoliertheit, Uneinheitlichkeit und Mehrgleisigkeit auf dem Gebiet der Erfassung und Aufbereitung auch Ursachen eines hohen unproduktiven Verwaltungsaufwandes waren.

Im Juni 1963 tagte daher in Berlin eine Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees und des Ministerrates. Dabei wurde die „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ beraten.¹⁰⁾ Durch diese Richtlinie wurde die Statistik verpflichtet, „den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess in seinen einzelnen Phasen und Komplexen, in seinen Einzelheiten, Zusammenhängen und Verflechtungen allseitig, umfassend und lückenlos zu erfassen, darzustellen, abzurechnen und zu analysieren“.¹¹⁾ Weiter hieß es: „Dazu ist es notwendig, ein einheitliches geschlossenes System der Rechnungsführung und Statistik zu schaffen, das im Zusammenhang mit der Entwicklung hochmechanisierter Rechenanlagen die schnelle Übermittlung von Einzel- und Gesamtangaben für die Planung, für die operative Leitung, für die Kontrolle und Analyse des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses sicherstellt. Das einheitliche System der Rechnungsführung und Statistik muss aufbauen auf einer einheitlichen Primärerfassung, welche inhaltlich gleichartige wirtschaftliche Prozesse, Vorgänge und Elemente auf der Grundlage der untrennbaren Einheit von Mengen-, Zeit und Wert- bzw. Geldrechnung, in ihrem untrennbaren Zusammenhang und ihrer gegenseitigen Abhängigkeit allseitig erfasst und darstellt. Die Statistik hat eine schnelle, umfassende und gründliche Information in der Analysen- und Berichtsarbeit für die verantwortlichen Leitungsorgane zu gewährleisten.“¹²⁾

Das Neue an der statistischen Arbeit nach der Wirtschaftskonferenz bestand vor allem darin, dass nunmehr bei der statistischen Untersuchung aller Bereiche der Volkswirtschaft derartige Fragen wie die statistische Analyse der Arbeitsproduktivität, der Einführung der neuen Technik, des ökonomischen Nutzeffektes, der Kosten, des Gewinns usw. in den Vordergrund rückten.

Mit den vom Ministerrat am 10. November 1963 beschlossenen „Vorläufigen Grundsätzen über die Verantwortung und Hauptaufgaben der Zentralverwaltung für Statistik im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ wurde der amtlichen Statistik die Verantwortung für die Grundsätze des Rechnungswesens der Betriebe

8) Die Akkumulationsrate wurde in der DDR als prozentualer Anteil des akkumulierten Teils des Volkseinkommens am gesamten im Inland verwendeten Volkseinkommens errechnet.

9) Unter Gewinn verstand man den Geldausdruck für jenen Teil des in der materiellen Produktion geschaffenen und durch den Verkauf der Erzeugnisse und Leistungen realisierten Mehrproduktes, der in den Besitz der Kombinate und Betriebe gelangte und den sie im Rahmen staatlicher Festlegungen und Normative verwenden konnten.

10) vgl. hierzu auch Geschichte der SED, Abriß, S. 450 f.

11) Gesetzblatt der DDR 1963 II, Nr. 64, S. 457 f.

12) Ebenda

und Institutionen aller Bereiche der Volkswirtschaft übertragen. Damit erwuchs dem Statistischen Dienst im Rahmen der Verwirklichung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ eine neue und bedeutungsvolle Aufgabe. Die schrittweise Übernahme der Verantwortung auf diesem Gebiet, die Entwicklung, Erprobung und Einführung eines „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ sollten wesentlich dazu beitragen, bestehende Unzulänglichkeiten zu beseitigen und ein System zu verwirklichen, welches dem sich im Wandel befindlichen planwirtschaftlichen System der DDR entsprach.

Die Entwicklung und Erprobung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“

Die Verantwortung für das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“ stellte den Statistischen Dienst der DDR vor schwierige Aufgaben. Das gesamte überbetriebliche Berichtssystem musste in Zusammenarbeit mit den Betrieben derart gestaltet werden, dass die Angaben aus Primärerfassungen abgeleitet werden konnten und kein Bruch zwischen inner- und überbetrieblicher Information entstand. Bisher hatte die amtliche Statistik in der DDR nur verhältnismäßig geringen Einfluss darauf, wie die Betriebe zu den von der Berichterstattung geforderten Zahlen gelangten. Mit der Verantwortung für die Einheit von Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben war eine derartige isolierte Betrachtung der überbetrieblichen Berichterstattung nicht mehr vereinbar. Deshalb auch konnte die Schaffung des „Einheitlichen Systems“ keine Angelegenheit nur der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sein. Vielmehr war sie gemeinsam mit den wirtschaftsleitenden Behörden, vor allem Staatliche Plankommission, Volkswirtschaftsrat, Landwirtschaftsrat, Ministerium der Finanzen, Ministerium für Bauwesen, Ministerium für Handel und Versorgung anzugehen.

Die Lösung der in der Grundkonzeption zur Schaffung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ gestellten Aufgaben, insbesondere der erforderlichen Voraussetzungen der einmaligen Erfassung wirtschaftlicher Vorgänge, ihrer umfassenden Aufbereitung und Darstellung für Rechnungswesen und Statistik, erforderte sowohl bei den Entwicklungsarbeiten als auch bei der Erprobung, der ihr folgenden allgemeinen Durchsetzung sowie der ständigen Weiterentwicklung der Grundsätze und Methoden die Einbeziehung breiter Kreise von Wissenschaftlern und erfahrenen Praktikern. Hauptorganisationsform dieser planmäßigen Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten sowie der Aus-

wertung der gemachten Erfahrungen waren die Arbeitskreise „Rechnungswesen und Statistik“, die mit Anordnung vom 27. Januar 1965 im Bereich der verstaatlichten Wirtschaft zu bilden waren.

Die Aufgaben dieser Arbeitskreise bestanden vornehmlich in der Entwicklung und Erprobung methodischer Grundsätze zur Schaffung des „Einheitlichen Systems von Rechnungswesen und Statistik“, insbesondere einer rationellen Organisation auf den verschiedenen Gebieten der Erfassung der wirtschaftlichen Vorgänge, wie Material, Warenproduktion, Finanzbeziehungen, abnutzbares Anlagevermögen und Investitionen, Kostenrechnung, Erfassung und Aufbereitung des Aufwandes an Zeiten und Werten, Lohn und Arbeitskräften, als Grundlage für die zu erarbeitenden einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen. Die Entwicklung, Erprobung und Fixierung der Grundsätze solcher methodischer Prinzipien auf den einzelnen Gebieten der Erfassung, Aufbereitung und Darstellung bereiteten gleichzeitig die Voraussetzungen für die Schaffung von Typenprojekten¹³⁾ zur Standardisierung der Primärdokumentation in den Betrieben vor. Erst auf dieser Grundlage war ein wirtschaftlicher Einsatz hochwertiger Rechenaggregate möglich.

Daneben war es auch Aufgabe der Arbeitskreise, in Musterbetrieben entwickelte neue Methoden und Verfahren dem Leiter der zuständigen Industrieabteilung des Volkswirtschaftsrates bzw. den für sie zuständigen zentralen staatlichen Einrichtungen zur Verallgemeinerung vorzulegen, für die Veröffentlichung dieser Vorschläge zu sorgen sowie die Entwicklung von Typenprojekten zur Standardisierung der Belege und Aufbereitungsunterlagen durch eigene Untersuchungsergebnisse und Erfahrungen zu unterstützen. Ferner hatten die Arbeitskreise die Durchsetzung der einheitlichen Grundsätze der Primärdokumentation dahingehend zu unterstützen, dass sie für alle Betriebe verpflichtende und durch den Leiter der übergeordneten Hierarchieebene für verbindlich zu erklärende Weisungen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche und -zweige sowie Vereinigungen volkseigener Betriebe auszuarbeiten hatten.

Ab 1965 wurden in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen auch Vereinbarungen zwischen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und anderen zentralen Behörden wirksam, durch welche eine stärkere Orientierung auf die wirtschaftlich notwendigen Informationen und damit eine wesentliche Einschränkung des Berichtswesens erreicht wurde. Dies wurde insbesondere durch den Wegfall zahlreicher fachlicher Berichterstattungen und Meldungen sowie der Einführung des Prinzips der Fallmeldung ermöglicht. Im Gegensatz zu den regelmäßig zu

¹³⁾Unter einem Typenprojekt verstand man eine solche Form eines Datenverarbeitungsprojektes, welches auf Grund der verallgemeinerten Bedingungen seiner Anwendung einen hohen Wiederwendungsgrad aufwies.

erfolgenden Meldungen, waren sogenannte Fallmeldungen (Ausnahmeinformationen) erst dann abzugeben, wenn wirtschaftliche Erscheinungen bzw. Prozesse einen Verlauf annahmen, der über festgelegte Toleranzgrenzen hinaus ging und eine Leitungsentscheidung erforderlich machte. Auf dem Gebiet der Industrieberichterstattung beispielsweise trat an die Stelle einer Vielzahl einzelner Berichterstattungen mit unterschiedlichen Terminen und Methoden der Zusammenfassung einer im wesentlichen einheitlichen Berichterstattung. Diese stellte einen wichtigen Schritt zum Erreichen einer Informationspyramide, d. h. zur Erfassung und Aufbereitung nur solcher Kennziffern, welche auf der jeweiligen Leitungsebene zur Erfüllung der spezifischen Aufgaben benötigt wurden, dar. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wurde in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsrat eine Verminderung des gesamten Berichtswesens um rund 70 Prozent erreicht.

Im April 1965 wurden erstmals Thesen zum „Einheitlichen System von Rechnungsführung und Statistik“ zur Diskussion gestellt. Diese waren in verschiedenen Forschungsgruppen von Wissenschaftlern und Praktikern der Betriebe sowie staatlichen Einrichtungen vorbereitet und auf einer Arbeitstagung im März 1965 erarbeitet worden. Die dargelegten Thesen sollten zusammen mit den sich aus der Diskussion ergebenden Hinweisen die Grundlage für eine gesetzliche Bestimmung bilden, welche alle diejenigen Fragen hinsichtlich Rechnungsführung und Statistik zu regeln hatte, die einheitlich in allen Bereichen der Volkswirtschaft Gültigkeit haben sollten. Als verbindliche Festlegung bestimmten sie das zu erreichende Ziel; alle zukünftigen, das Rechnungswesen und die Statistik betreffenden Weisungen zentraler Behörden mussten sich nun mehr damit in Übereinstimmung befinden.

Bereits Ende September 1965 fand in Berlin eine Arbeitskonferenz über Probleme des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ statt, zu welcher die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik und der Arbeitskreis VI des Beirates für ökonomische Forschung bei der Leitung der Staatlichen Plankommission eingeladen hatten. Gegenstand der Beratung, an der über 400 Wissenschaftler und Praktiker aus Betrieben, Vereinigungen volkseigener Betriebe, Institutionen und von Hochschulen teilnahmen, waren die Entwürfe der Verordnung über Grundsätze des „Einheitlichen Systems“ sowie der I. Anordnung und der 1. Durchführungsbestimmung hierzu. Vornehmliche Aufgabe der Konferenz war es, die mit der Einführung des „Einheitlichen Systems“ verbundenen Hauptfragen eingehend zu prüfen und zu beraten sowie Empfehlungen für die dem Ministerrat einzureichende Beschlussvorlage zu unterbreiten.

Die Einführung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“

Mit der Herausarbeitung und Durchsetzung des „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ hatten sich qualitativ neue Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik als Leitungsinstrument auf allen Ebenen der Volkswirtschaft ergeben. Entsprechend den damaligen wirtschaftlichen Erfordernissen, den theoretischen Kenntnissen und den praktischen Erfahrungen waren im Herbst 1963 die „Vorläufigen Grundsätze über die Verantwortung und Hauptaufgaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik im neuen ökonomischen System“ vom Ministerrat als spezielle Arbeitsrichtlinie der amtlichen Statistik beschlossen worden.

Diese Grundsätze hatten sich nach Auffassung der politischen Entscheidungsträger in den Folgejahren bei der praktischen Arbeit des Statistischen Dienstes weitgehend bewährt. Sie waren entsprechend dem Fortschreiten von Planung und Leitung laufend ergänzt und weiterentwickelt worden. So waren insbesondere zweckmäßigere statistische Informationen für die Leitungstätigkeit sowie die wissenschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine verbesserte und rationellere Gestaltung des Informationsflusses geschaffen worden. Entsprechend dem sich im Wandel befindlichen planwirtschaftlichen System der DDR sowie auf Grund der vorliegenden Erfahrungen aus der praktischen Umsetzung der „Vorläufigen Grundsätze“ wurden die Aufgaben von Rechnungsführung und Statistik im Jahr 1966 umfassend neu geregelt. Der Ministerrat bewerkstelligte dies vor allem durch 2 grundlegende Beschlüsse:

Die „Verordnung über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“¹⁴⁾ vom 12. Mai 1966 regelte die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Betriebe, Vereinigungen volkseigener Betriebe und Behörden bei der Erfassung und Aufbereitung der zahlenmäßigen Informationen entsprechend den Erfordernissen der Planungs- und Leitungstätigkeit. Das System war dazu gedacht, durch eine Verschmelzung der bislang getrennten Erfassungs- und Aufbereitungssysteme von Rechnungsführung und Statistik sowie durch seine datenverarbeitungsgerechte Gestaltung eine weitgehende Rationalisierung der Informationsverarbeitung sicherzustellen.

Am 28. Oktober 1966 beschloss der Ministerrat das neue Statut des Statistischen Dienstes.¹⁵⁾ Es legte die Aufgaben, Pflichten und Verantwortlichkeiten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik hin-

sichtlich des gesamten volkswirtschaftlich bedeutsamen Informationsflusses in der „Zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ fest. So bestimmte § 1 des Statuts die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik als die zentrale Behörde des Ministerrates für Rechnungsführung und Statistik. Damit wurde nachdrücklich unterstrichen, dass für die Grundsätze der Erfassung und Aufbereitung zahlenmäßiger Informationen und Analysen eine zentrale staatliche Einrichtung zuständig war. Auch die Duplizität von Statistik und Rechnungswesen war damit eindeutig in die Verantwortlichkeit einer Behörde eingebunden.

Mit diesen grundlegenden Beschlüssen hatte für Rechnungsführung und Statistik und damit insbesondere auch für den Statistischen Dienst sichtbar eine in qualitativer Hinsicht neue Etappe begonnen, welche durch die allseitigen Informationsbedürfnisse der wirtschaftsleitenden Behörden in der „Zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ charakterisiert war. Die Festlegungen des Statuts waren aus dem Parteiprogramm und den Beschlüssen des Zentralkomitees der SED sowie der Regierung abgeleitete besondere Aufgaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, die aus der Zentralstelle in Berlin, den direkt unterstellten Bezirks- und Kreisstellen sowie der Zentralstelle für Primärdokumentation bestand. Ihr unterstand ferner als rechentechnische Basis die VVB Maschinelles Rechnen mit zu jener Zeit 16 volkseigenen Betrieben. Für die Mitarbeiter dieses Gesamtbereiches war das Statut Aufgabenstellung und Rechtsgrundlage der Arbeit zugleich.

Aufgabe der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik war es demnach, das System der zahlenmäßigen Informationen über den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess für die Planungs- und Leitungstätigkeit aller Ebenen zu leiten und zu koordinieren sowie auf Grund der zahlenmäßigen Informationen für den Ministerrat, die Räte der Bezirke und Kreise und ihre Planungsbehörden, aber auch für andere staatliche Einrichtungen statistische Informationen und Analysen zu erarbeiten. Der Statistische Dienst war damit nicht nur für die Grundsätze der betrieblichen Erfassung und Aufbereitung zahlenmäßiger Informationen verantwortlich, sondern insbesondere auch für die Gestaltung des Systems der statistischen Berichterstattung unter Wahrung der zweiglichen und volkswirtschaftlichen Anforderungen bei rationaler Gestaltung dieses Berichterstattungssystems. Das heißt, er musste mit den Betrieben sowie den Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft eng zusammenarbeiten, um von Inhalt und Umfang her ein möglichst optimales System der Berichterstattung zu gestalten.

Ferner musste der Statistische Dienst dafür Sorge tragen, dass die jeweiligen Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft entsprechend den getroffenen Vereinbarungen termingerecht die benötigten zahlenmäßigen Informationen erhielten. Neu war vor allem, dass die Verantwortung der amtlichen Statistik für die Erarbeitung der zahlenmäßigen Übersichten von nun ab nicht mehr erst ab Werkstor der Betriebe begann, sondern dass sie von der grundsätzlichen inhaltlichen Gestaltung der betrieblichen Erfassung und Aufbereitung bis zur Kontrolle der Zahlenerfassung und -verarbeitung Aufgaben wahrzunehmen hatte.

Gemäß Beschluss des Ministerrates wurde das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“ ab 1. Januar 1968 in den Betrieben der verstaatlichten Industrie und Bauindustrie sowie des Binnenhandels eingeführt. Um Erfahrungen zu sammeln, war im Bereich der verstaatlichten Industrie in den Betrieben von 8 ausgewählten Vereinigungen volkseigener Betriebe das „Einheitliche System“ bereits ein Jahr zuvor vorab eingeführt worden. Die Bereiche Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen sowie das Staatliche Komitee für Landtechnik und materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft und andere Teilbereiche führten das „Einheitliche System“ ebenfalls zum 1. Januar 1968 ein. Ein Jahr später kam der Bereich der Außenwirtschaft hinzu. Allerdings führte diese Sparte schon seit geraumer Zeit im Rahmen des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ die gesamte Export- und Importabrechnung, die Erfassung der Vertragsbeziehungen, einschließlich der Verpackungs- und Transportkosten sowie Provisionen integriert über die elektronische Datenverarbeitung durch.

Ab Januar 1970 wurde das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“ auch auf Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Privatbetriebe der Industrie und der Bauwirtschaft, PGH (Produktionsgenossenschaften des Handwerks) dieser beiden Bereiche, Kreditinstitute und Versicherungseinrichtungen sowie staatliche Einrichtungen, die bis dahin nicht nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiteten, ausgedehnt. Ein Jahr später erfolgte die schrittweise Einführung in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften (GPG) und Volkseigenen Gütern (VEG) sowie in den restlichen Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Privatbetrieben und PGH der noch nicht erfassten Bereiche.

14) vgl. Gesetzblatt der DDR 1966 II/70, S. 445ff

15) vgl. Verordnung über das Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 28. Oktober 1966, veröffentlicht im Gesetzblatt der DDR 1966 II/140, S. 881 ff.

FAKTEN

AUS 30 JAHREN TLS



Am **26.03.1992** gab das Thüringer Landesamt für Statistik seine **erste Presseinformation** über dessen Neugründung bekannt.

Mit der Zeit veränderte sich auch der Aufbau des TLS. Die ursprünglich 5 Abteilungen mit 20 Referaten wurden umstrukturiert. **Aktuell** umfasst das TLS **4 Abteilungen** mit **17 Referaten**.

Seit April 1992 wird monatlich ein Thüringer Preisindex für die Lebenshaltung veröffentlicht. Er wurde aus 12 repräsentativen Gemeinden in 1 700 Geschäften in Thüringen ermittelt.

17/92

Thüringer
Landesamt
für Statistik



~ Presseinformation ~

Thüringer Preisindex für die Lebenshaltung liegt vor

Das Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlicht ab April 1992 monatlich einen Thüringer Preisindex für die Lebenshaltung. Grundlage dafür ist eine für die Bundesrepublik geltende Erhebungsnomenklatur (ca. 1.000 Positionen - Waren und Dienstleistungen) und ein Wägungsschema, das für die neuen Länder auf der Basis II. Halbjahr 1990/ I. Halbjahr 1991 ermittelt wurde. Aus den Erhebungen in 12 repräsentativen Gemeinden und ca. 1.700 Geschäften in Thüringen werden Preisindizes für vier Haushaltstypen ermittelt. Das Preisniveau, der im Preisindex für die Lebenshaltung zusammengefaßten Waren und Dienstleistungen, ist in Thüringen von Mitte März bis Mitte April 1992 um 0,2 Prozent auf einen Indexstand von 116,6 angestiegen (II. Halbjahr 1990/ I. Halbjahr 1991 = 100). Der Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) lag Mitte April 1992 bei 120,0. Dieser Unterschied dürfte aus

Weitere Informationen: Thüringer Landesamt für Statistik
Leipziger Str. 71, D - 5010 Erlurt
Telefon (Erlurt) 571494, Telefax (003761) 26231



~ Presseinformation ~

der geographischen Lage Thüringens zu den alten Bundesländern resultieren. Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise von April 1991 bis April 1992 liegt in Thüringen bei 11,8 Prozent.

Die ermittelten Ergebnisse für Thüringen sind vorläufig. Der zu dieser Thematik monatlich erscheinende Bericht ist erhältlich beim:

Thüringer Landesamt für Statistik
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Leipziger Straße 71
Erfurt
O - 5010
(Tel.: 571 486)

(43 Zeilen a 40 Druckzeichen)

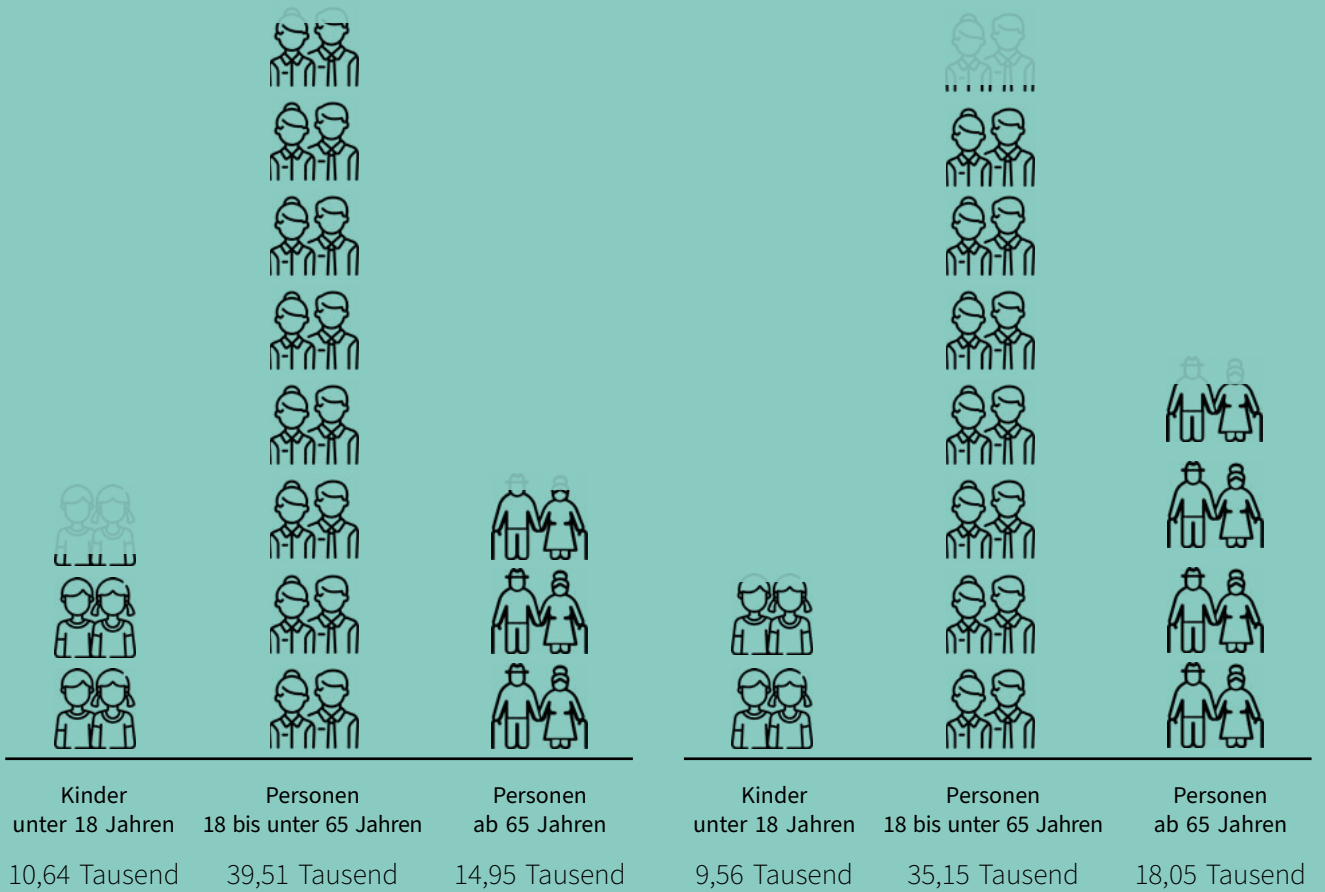
THÜRINGEN 2040


Bevölkerungsvorausberechnung in Thüringen

WEIMAR

2018

2040



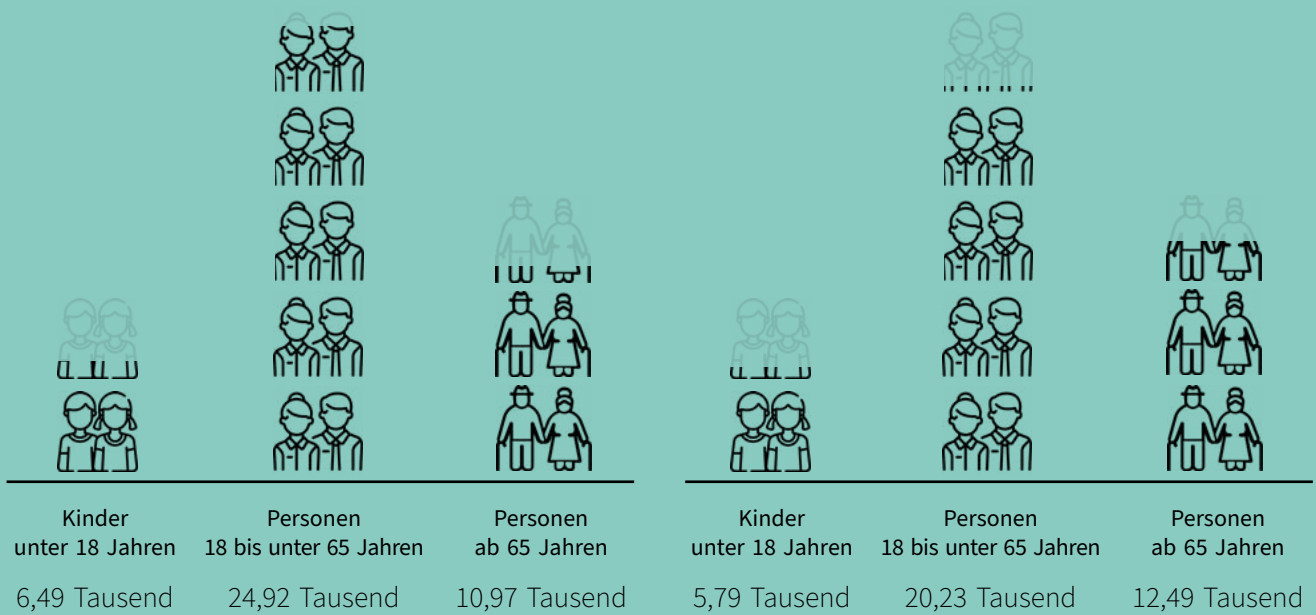
 = 5.000 Personen


Bevölkerungsvorausberechnung in Thüringen

EISENACH

2018

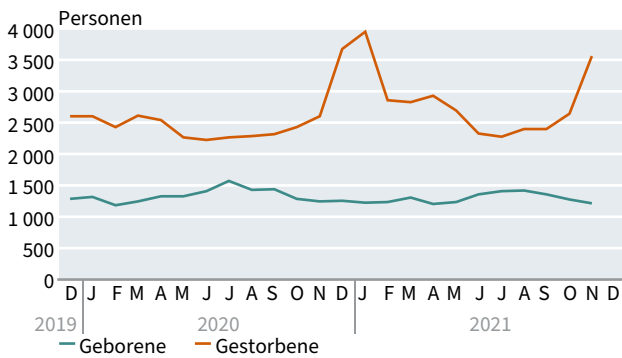
2040



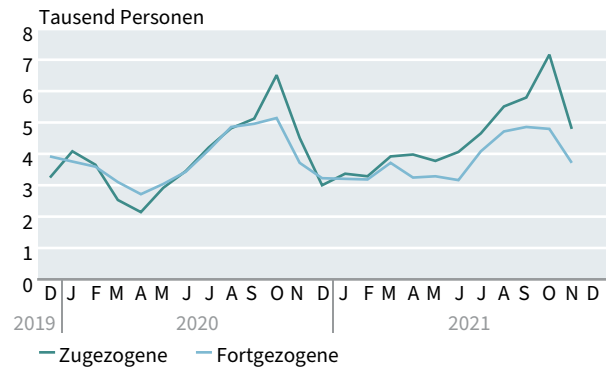
 = 5.000 Personen

GRAFIKEN

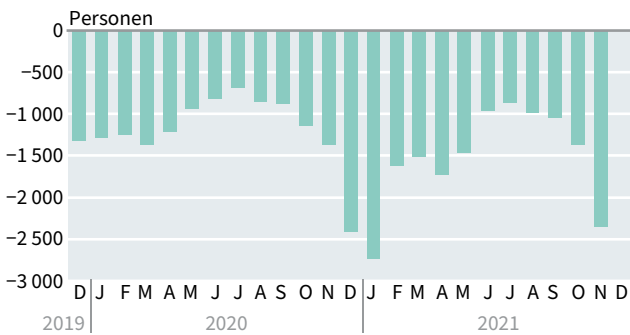
Geborene und Gestorbene



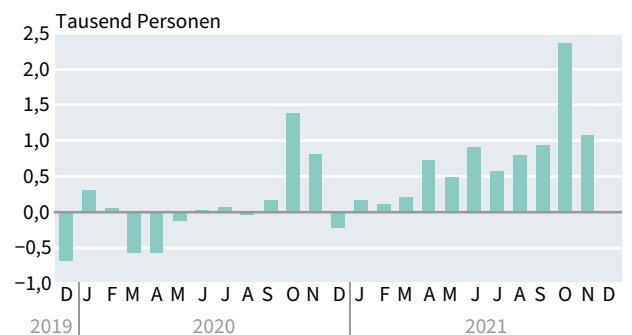
Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene



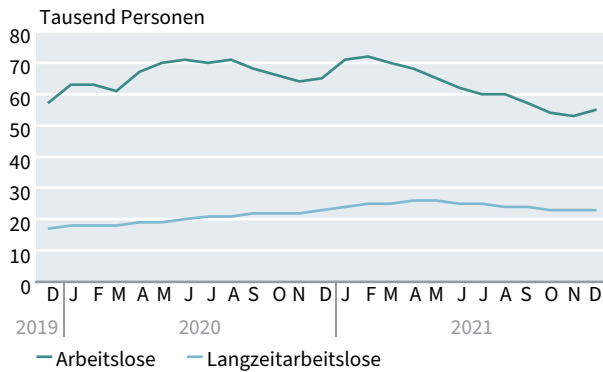
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



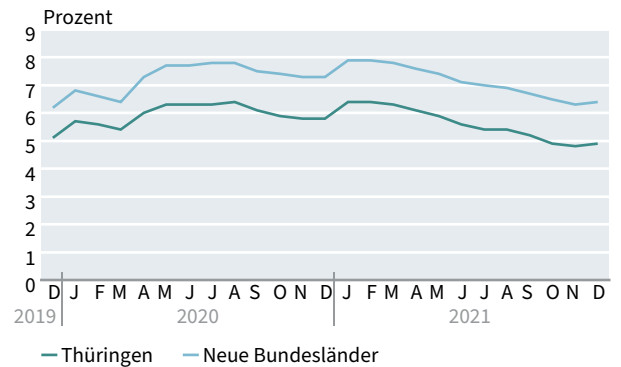
Wanderungsgewinn bzw. Verlust (-)



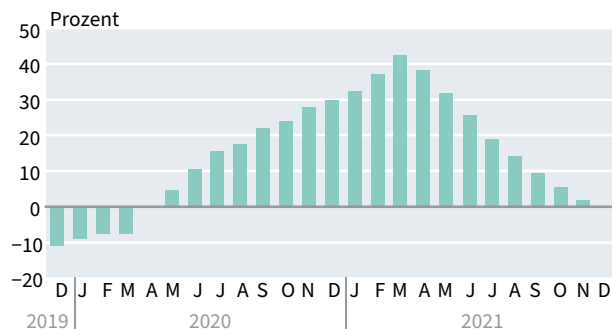
Arbeitsmarkt



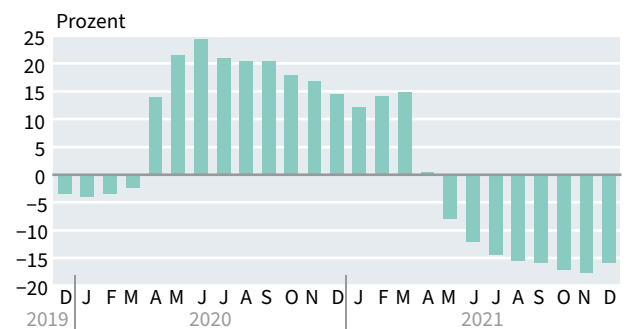
Arbeitslosenquote



Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat

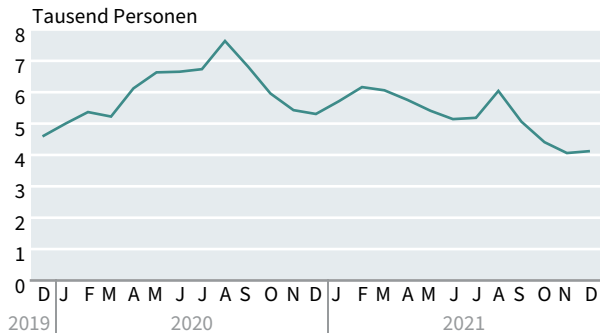


Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



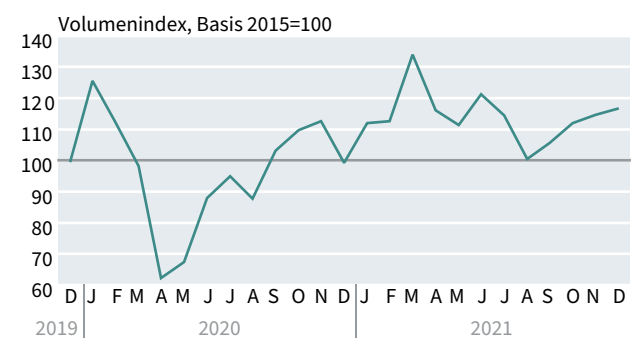
Arbeitsmarkt

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren



Auftragseingangsindex

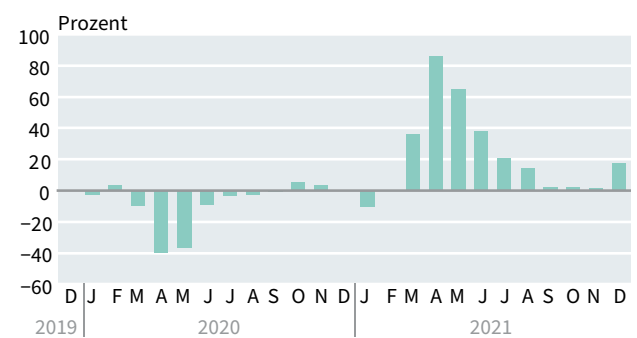
Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

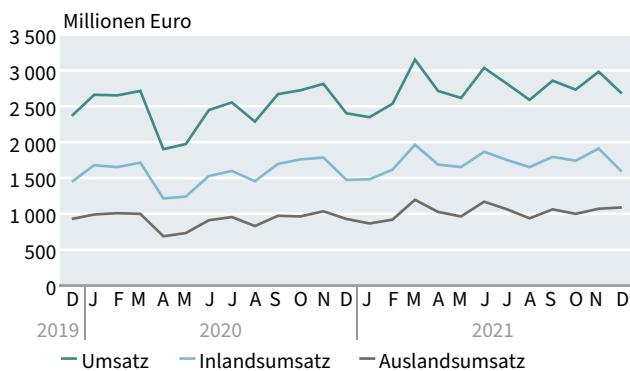


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

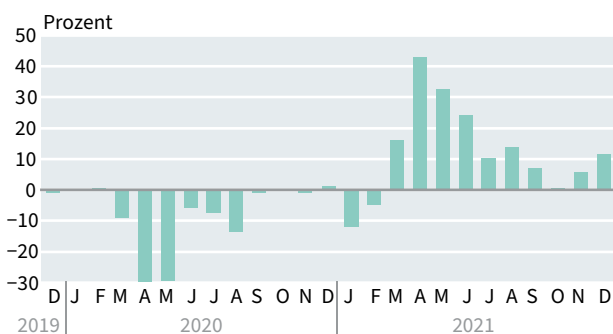


Umsatz

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

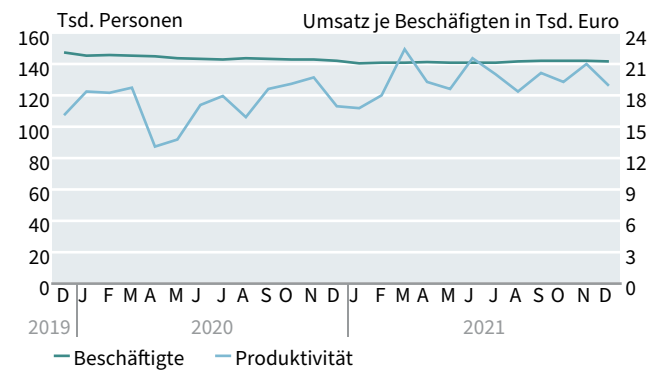


Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



Beschäftigte und Produktivität

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



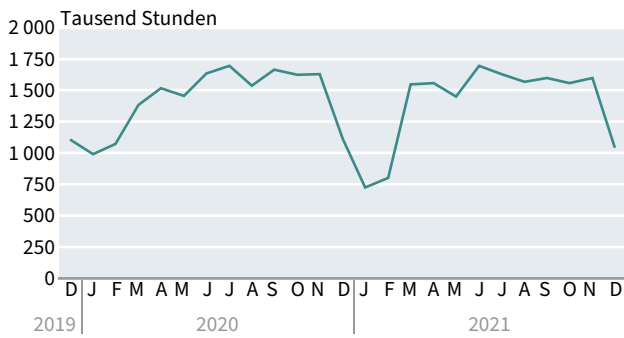
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



GRAFIKEN

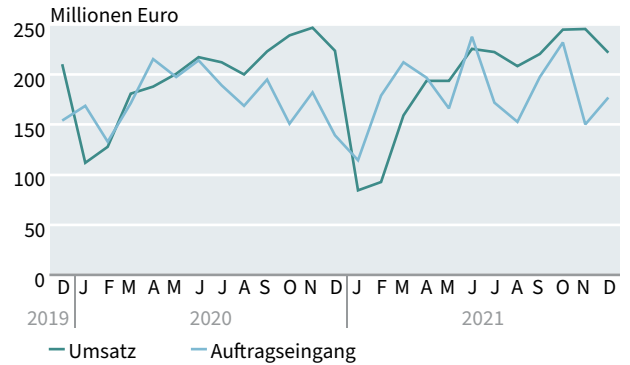
Geleistete Arbeitsstunden

Bauhauptgewerbe

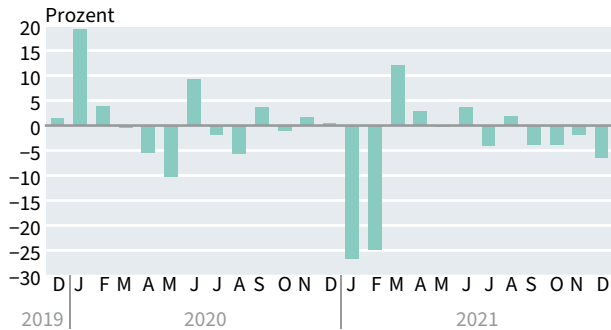


Umsatz und Auftragseingang

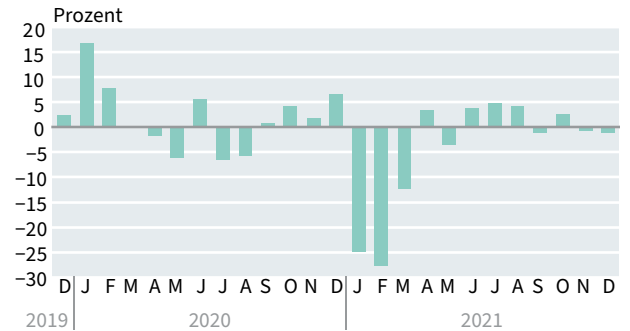
Bauhauptgewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

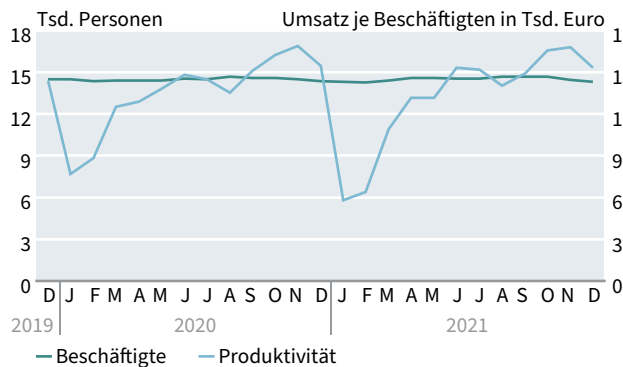


Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat

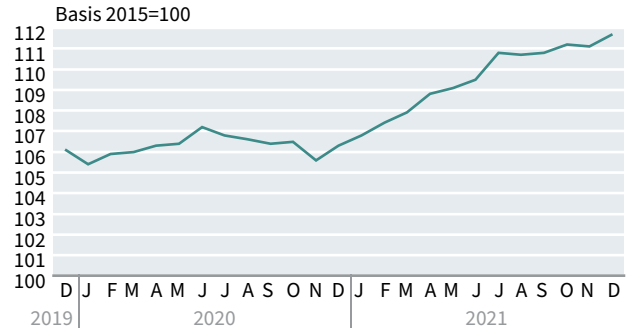


Beschäftigte und Produktivität

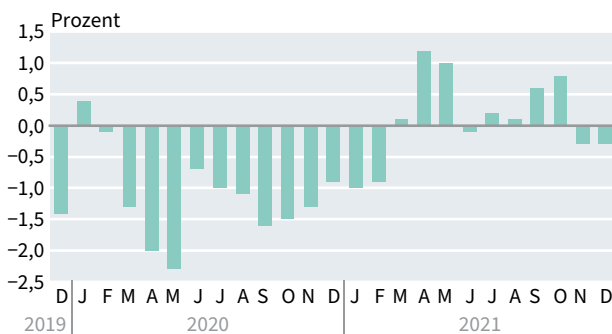
Bauhauptgewerbe



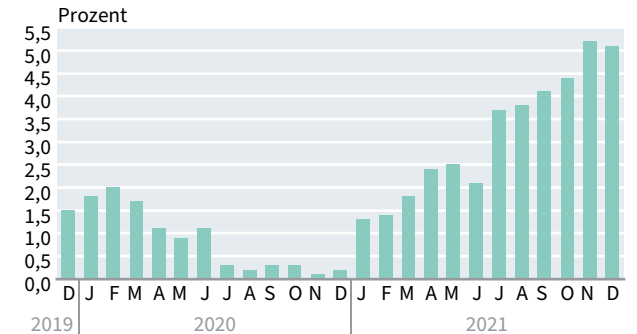
Verbraucherpreisindex



Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat

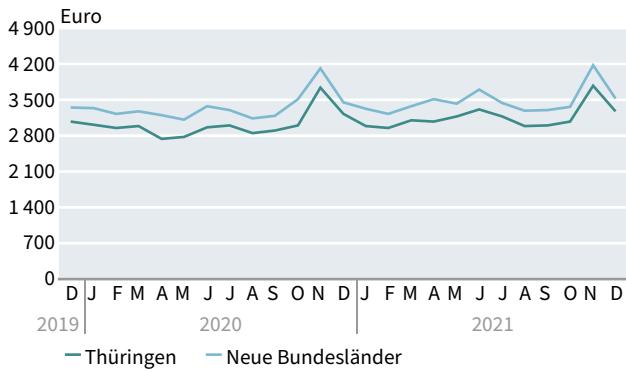


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

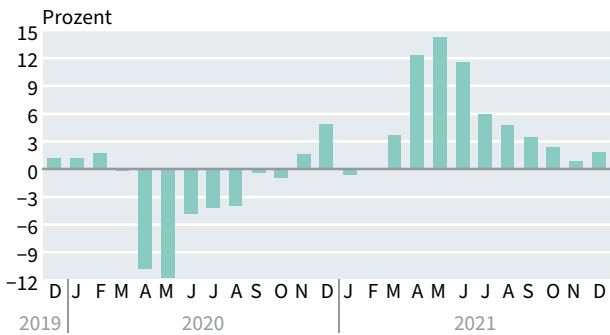


Entgelte je Beschäftigten

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

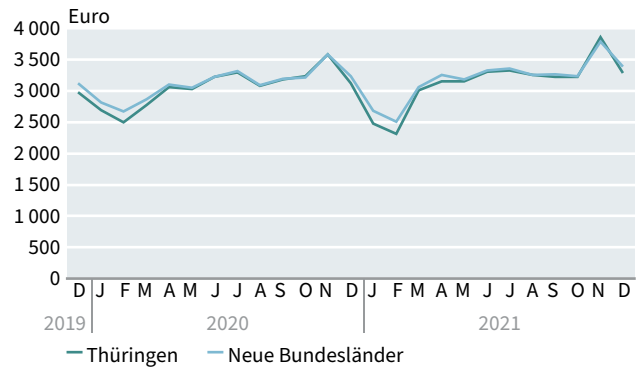


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

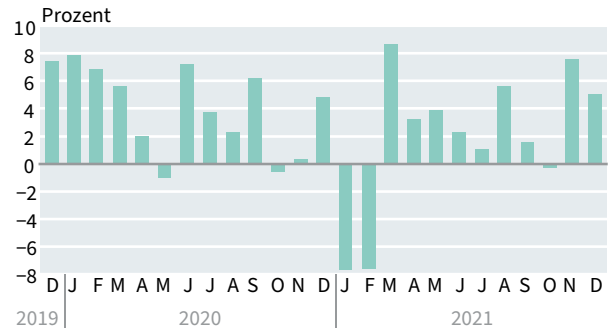


Entgelte je Beschäftigten

Bauhauptgewerbe

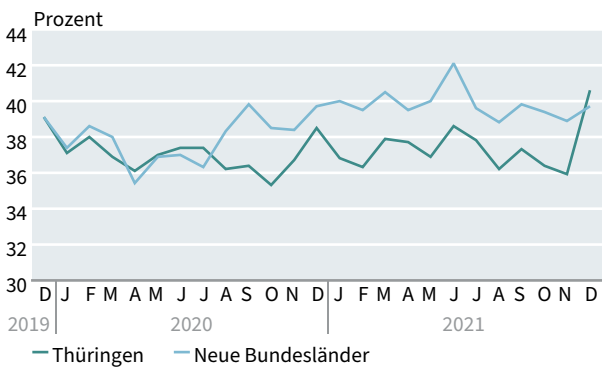


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

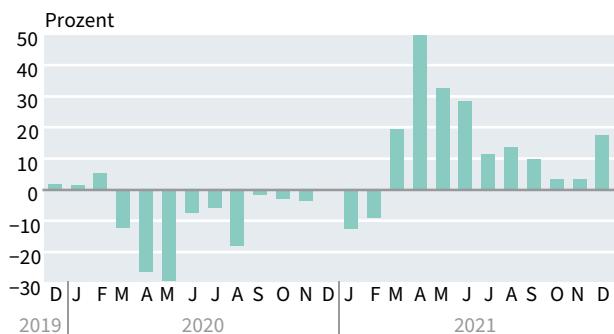


Exportquote

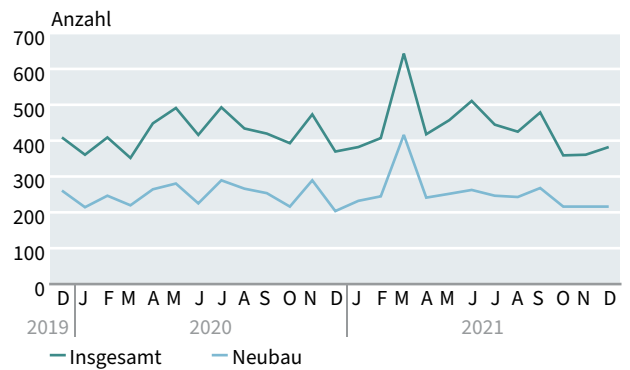
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



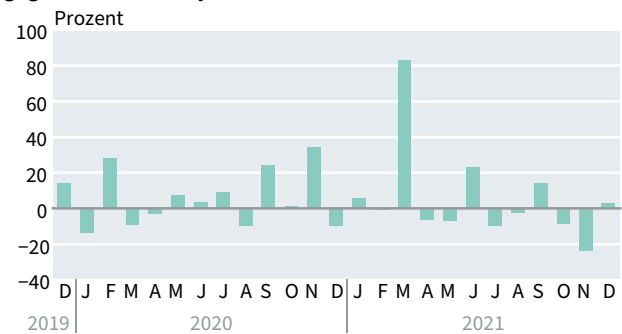
Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



Baugenehmigungen

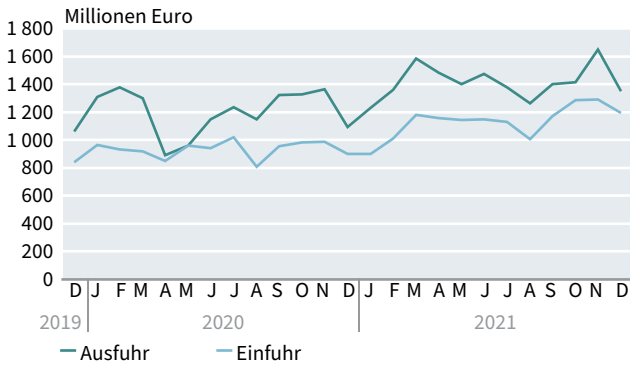


Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat

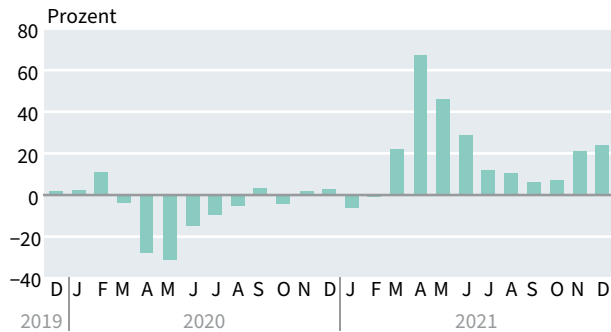


GRAFIKEN

Außenhandel

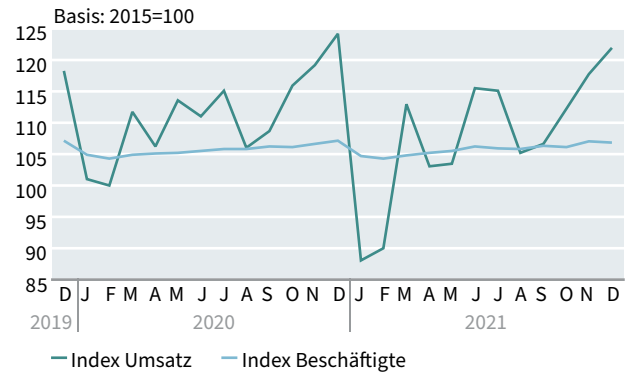


Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat

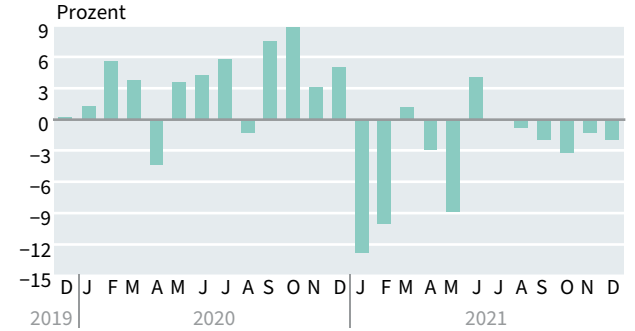


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

Einzelhandel

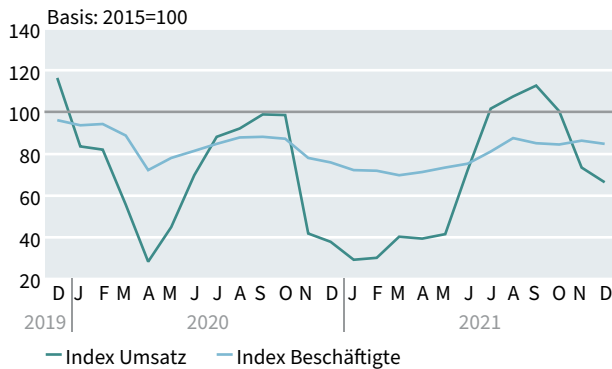


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

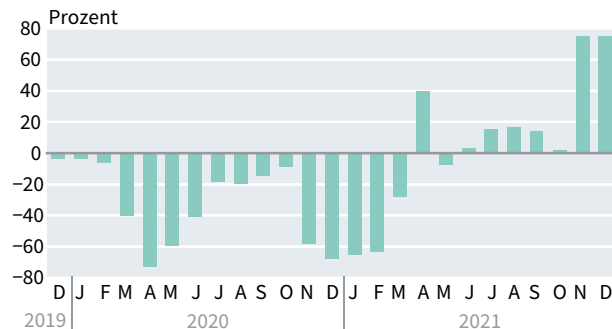


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

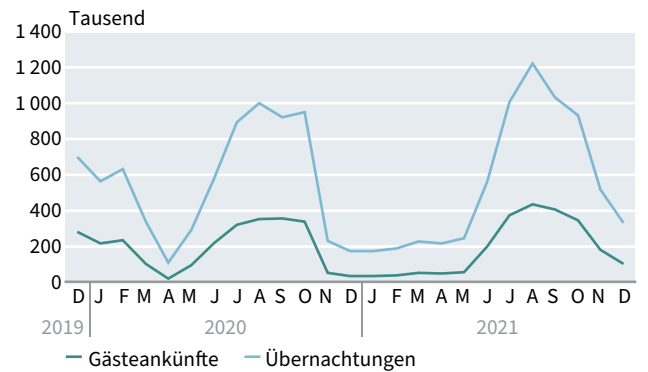
Gastgewerbe



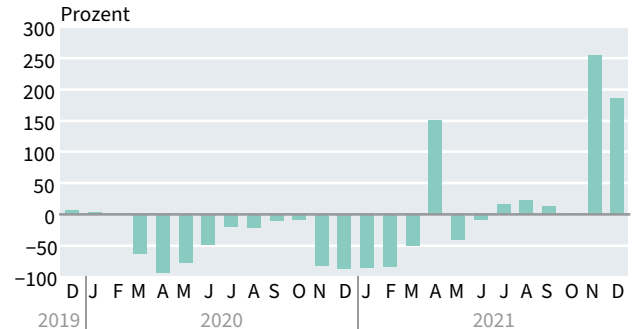
Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



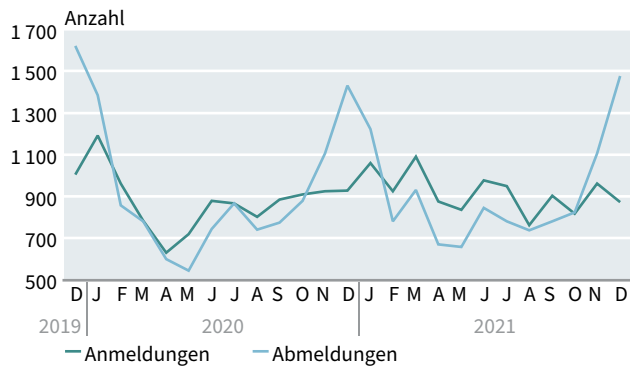
Beherbergung



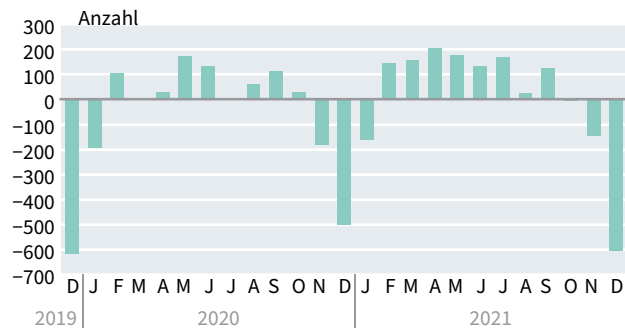
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



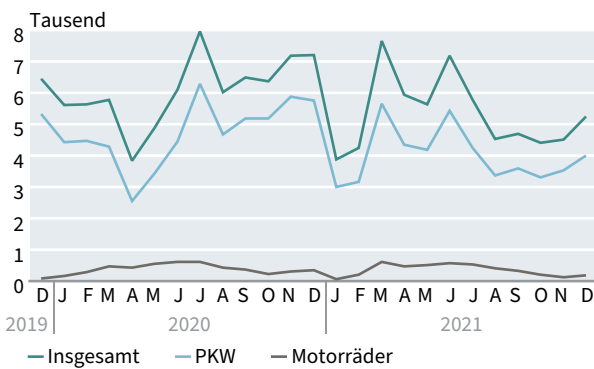
Gewerbean- und -abmeldungen



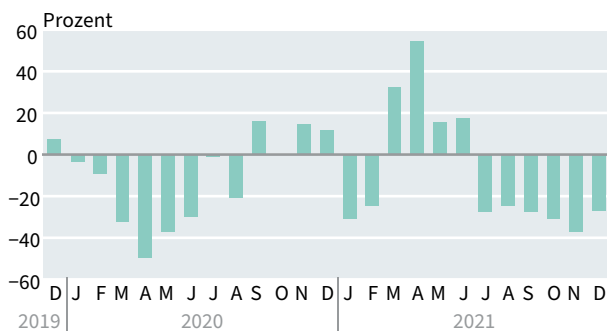
Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



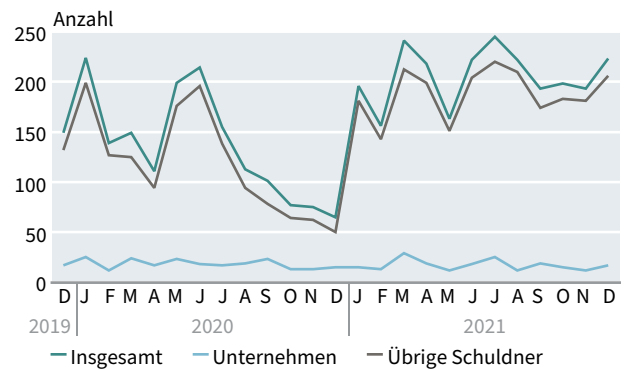
Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



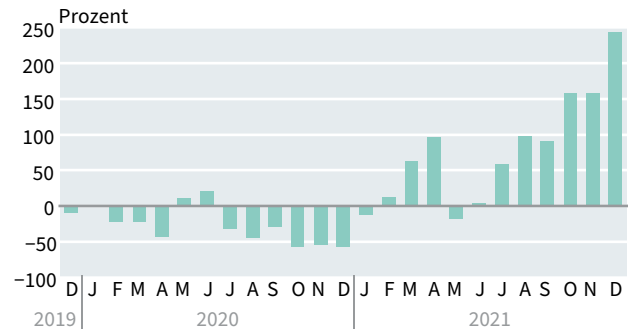
Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



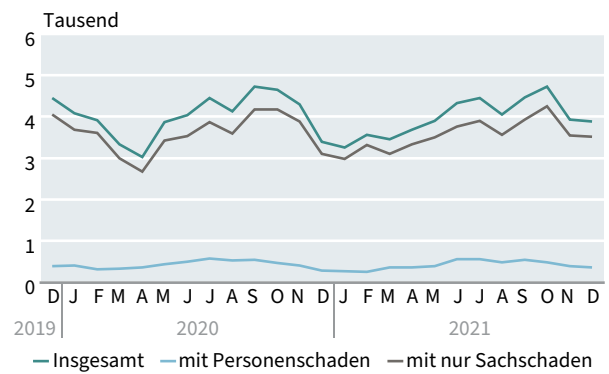
Insolvenzen



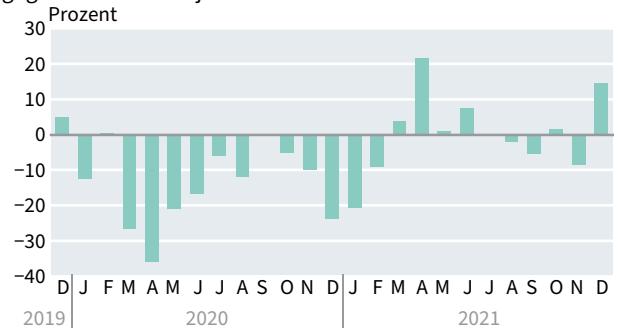
Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat





WIESO WESHALB WARUM

Faktencheck: Zensus ist nicht gleich Mikrozensus*

Dieses Jahr finden in Thüringen und in Deutschland mehrere umfangreiche, gesetzlich geregelte Erhebungen der amtlichen Statistik statt. Manche davon klingen begrifflich ähnlich, werden deshalb gerne mal verwechselt, obwohl doch grundverschieden. Beispiel: Zensus und Mikrozensus.

Die zwei Begriffe „Zensus“ und „Mikrozensus“ sorgen, da ähnlich klingend, schon mal für Verwechslung. Was sie eint: Beides sind amtliche Statistiken. Klar geregelt und wichtig für Staat und Gesellschaft gleichermaßen. Etwas näher betrachtet lassen sich die beiden statistischen Erhebungen auch durchaus gut unterscheiden.

*) Die Erstveröffentlichung dieses Beitrages erfolgte vom Bayrischen Landesamt für Statistik in Form einer Pressemitteilung. Regionale Aussagen, die sich auf Bayern beziehen, wurden vom Thüringer Landesamt für Statistik für Thüringen angepasst. Das Thüringer Landesamt für Statistik dankt für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

WAS IST ALSO DER ZENSUS?

Der Zensus ist die größte amtliche Statistik Deutschlands. Salopp gesagt ist der Zensus eine Bestandsaufnahme, eine Großinventur einer Gesellschaft. Sie findet in der Regel nur etwa alle zehn Jahre statt und dient in erster Linie der bundesweit einheitlichen Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen. Aus Ihnen leiten sich verschiedenste Planungen und Entscheidungen ab. Das betrifft kreisfreie Städte und Landkreise sowie Gemeinden gleichermaßen. Exemplarisch sind das der bundesstaatliche und kommunale Finanzausgleich. Übrigens: Der Zensus ist europaweit verankert. Alle Mitgliedsstaaten sind gesetzlich verpflichtet, Datenerhebungen im Rahmen eines Zensus in definierten Abständen durchzuführen.

Zurück zu Deutschland: Am 15. Mai 2022 ist in Deutschland der sogenannte Zensus-Stichtag, auf den sich alle Datenverarbeitungen des Zensus 2022 beziehen. Neben den Verwaltungsregistern und Behördendaten, die hierfür aufbereitet wurden und werden, sind auch die Antworten aus den Befragungen auf diesen Tag ausgerichtet. Anders als die geläufige Bezeichnung „Volkszählung“ suggerieren mag, müssen allerdings nicht jede Bürgerin und jeder Bürger Auskunft geben. In Thüringen werden rund 370 Tausend Interviews im Rahmen der Haushaltebefragung und der Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt. Die Auswahl der Adressen, die durch Interviewer – sog. Erhebungsbeauftragte – begangen werden, erfolgte anhand einer Zufallsstichprobe. Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte werden in einer Vollerhebung komplett erfasst. Die zweite Säule des Zensus, die Gebäude- und Wohnungszählung, ist ebenfalls eine Vollerhebung, unter den gut 573 Tausend Eigentümerinnen und Eigentümern von Wohnraum in Thüringen.

UND WAS IST DER MIKROZENSUS?

Der sogenannte Mikrozensus ist hingegen eine jährlich stattfindende Befragung. Manche sprechen auch von der „kleinen Volkszählung“. Beim Mikrozensus werden nur etwa 13 000 Haushalte in Thüringen befragt – das entspricht einem Auswahlatz von etwa einem Prozent der Thüringer Bevölkerung. Im Mittelpunkt hier: wichtige Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, die Lebensbedingungen und deren Entwicklung. Die Betrachtung auf Jahresbasis lässt über Zeitreihen Entwicklungen bei definierten Kenngrößen schnell erkennen.

Bereits seit 1957 wird der Mikrozensus als die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinschaftlich bundesweit durchgeführt. Der Mikrozensus erhebt also im Gegensatz zum Zensus

ununterbrochen Daten, jedoch für eine viel kleinere Stichprobe.

WARUM ERZÄHLEN WIR IHNEN DAS?

Der Mikrozensus findet jedes Jahr statt – und damit auch im Zensus-Jahr 2022. Dieses Jahr ist es somit durchaus möglich, dass Bürgerinnen und Bürger für beide Erhebungen auskunftspflichtig sind und in Folge dann auch mehrfach befragt werden. Oder aber eine Person wird für den Mikrozensus ausgewählt und wundert sich, dass die Befragung anders abläuft und länger dauert, als der in den Medien stärker vertretene Zensus, was verständlicherweise zu Verunsicherung und Nachfragen führen kann. Auch wird beim Zensus anders als beim Mikrozensus nicht nach dem Einkommen gefragt.

Für welche Erhebung(en) man befragt wird, ergibt sich bei den Haushaltsstichproben des Zensus und des Mikrozensus aus dem Einwurfanschreiben, das der jeweilige Erhebungsbeauftragte an der Haustür übergibt oder im Briefkasten hinterlässt. In jedem Fall wird der Befragungstermin angekündigt. Beim Termin gehen die Erhebungsbeauftragten des Mikrozensus die Fragen auf ihrem Tablet bzw. Laptop mit dem Auskunftspflichtigen durch. Die Erhebungsbeauftragten des Zensus befragen die Auskunftspflichtigen mündlich an der Wohnungs- bzw. Haustür. Für die Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus versendet das Landesamt für Statistik personalisierte Anschreiben per Post, die einen Zugangscode für einen Online-Fragebogen zum Selbstausfüllen enthalten. Wer nicht online melden kann oder will, bekommt einen Papierfragebogen. Allen Anschreiben gemein ist, dass die Befragung und ihre Rahmenbedingungen klar benannt werden und Kontaktmöglichkeiten für Nachfragen angegeben sind.

WER FÜHRT DEN ZENSUS DURCH?

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bereiten die Befragungen vor, koordinieren die Durchführung und sichern die Einhaltung der Qualitätsstandards. Für die Befragungen in Haushalten, Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften sind die kommunalen Erhebungsstellen sowie Interviewerinnen und Interviewer als sogenannte Erhebungsbeauftragte zuständig.

WER FÜHRT DEN MIKROZENSUS DURCH?

Die Statistischen Ämter der Länder sind für die Datenerhebung zuständig. Sie werden dabei wie im Zensus von Erhebungsbeauftragten unterstützt. Diese kündigen sich ebenfalls bei den Befragten mit einem amtlichen Schreiben vorab an und schlagen einen Termin für ein Interview vor. Alternativ ist auch die Teilnahme per Onlinebefragung oder Papierfragebogen möglich.

Link zum Faltblatt
"Zensus 2022 und
Mikrozensus"



Link zum
Mikrozensus:



Link zum
Zensus:



	Zensus 2022	Mikrozensus
Gesetzliche Grundlage	u. a. Zensusgesetz - ZensG 2022	u. a. Mikrozensusgesetz – MZG
Häufigkeit	Etwa alle 10 Jahre zu einem festgelegten Zensus-Stichtag	Jährlich, Teilbefragungen über das ganze Jahr verteilt
Auskunftspflicht	Ja	Ja
Nutzen	Amtliche Bevölkerungszahl, Bestand an Gebäuden und Wohnungen, Informationen zu Bildung und Erwerbstätigkeit der Bevölkerung	Informationen zur wirtschaftlichen Lage und zu den Lebensbedingungen der Bevölkerung
Weitere Informationen	www.zensus2022.de	www.mikrozensus.de
Stichprobengröße	Haushaltebefragung: ca. 16 Prozent der Bevölkerung; 370 Tausend in Thüringen	Ein Auswahlatz von etwa einem Prozent der Bevölkerung, das sind rund 13 000 Haushalte in Thüringen
Reichweite	GWZ: Vollerhebung 573 Tausend Eigentümer in Thüringen Ganz Deutschland; auch europäisch verankert für alle Mitgliedsstaaten	Ganz Deutschland; Teile der Erhebung sind europäisch verankert und werden in allen Mitgliedsstaaten durchgeführt.
Veröffentlichung	Ergebnisse werden kleinräumig bis auf kommunaler Ebene für Deutschland bereitgestellt. Voraussichtlich Ende 2023.	Ergebnisse werden wenn möglich bis auf Ebene der Kreise bereitgestellt. Thüringer Ergebnisse finden Sie auf der Homepage des Thüringer Landesamtes für Statistik

Bitte mitmachen und komfortabel online gestützte Möglichkeiten nutzen, wo immer möglich!

Das Thüringer Landesamt für Statistik ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, vollständig und wahrheitsgemäß bei den Befragungen mitzuarbeiten. Sie leisten damit einen Beitrag für bedarfsgerechte, faktenbasierte Planungen und Entscheidungen in den Landkreisen und Kreisfreien Städten, in den Gemeinden sowie für Thüringen und Deutschland insgesamt. Der Zensus und der Mikrozensus sind etablierte Mittel gelebter Demokratie, die letztlich allen im Sinne gerechter Mittelverteilungen und datenbasiert getroffener Entscheidungen zu Gute kommen.

Thüringen im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	September 2021	Oktober 2021	November 2021	Dezember 2021	September 2021	Oktober 2021	November 2021	Dezember 2021
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	0,1	0,0	-0,1	-0,2	-2,5	-2,5	-2,3	-2,4
Beschäftigte	0,4	0,0	0,0	-0,3	-0,9	-0,6	-0,6	-0,2
Umsatz	10,1	-4,2	9,0	-10,3	7,1	0,4	5,9	11,5
Inlandsumsatz	8,3	-2,9	10,0	-16,9	5,5	-1,4	7,3	7,8
Auslandsumsatz	13,2	-6,4	7,4	1,5	9,7	3,5	3,5	17,4
Umsatz je Beschäftigten	9,6	-4,2	9,0	-10,0	8,0	1,0	6,5	11,7
Geleistete Arbeitsstunden	4,3	0,4	3,6	-16,5	-4,5	-4,0	-1,3	-0,9
Entgelte	1,1	2,3	22,9	-13,4	2,4	1,6	0,2	1,7
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	3,7	5,7	1,8	3,1	2,2	1,5	0,5	17,8
Inland	8,1	1,7	6,6	0,3	1,5	-3,7	-0,4	22,8
Ausland	-1,9	11,3	-4,4	7,2	3,1	9,1	1,9	11,6
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	0,0	0,0	-0,7	0,0	-0,3	-0,3	-0,7	-0,7
Beschäftigte	0,0	0,0	-1,5	-1,0	0,6	0,8	-0,3	-0,3
baugewerblicher Umsatz	5,9	11,2	-0,1	-9,6	-0,9	2,8	-0,8	-1,1
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	6,0	11,2	1,4	-8,7	-1,4	2,0	-0,5	-0,8
Geleistete Arbeitsstunden	1,8	-2,5	2,5	-34,8	-4,0	-3,9	-1,8	-6,5
Entgelte	-1,0	0,0	17,7	-15,8	2,1	0,5	7,3	4,7
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe	-0,4	.	.	-0,4	17,6	.	.	17,6
Beschäftigte	-1,0	.	.	-1,4	8,5	.	.	7,6
ausbaugewerblicher Umsatz	2,4	.	.	28,3	22,1	.	.	17,0
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	3,4	.	.	30,1	12,6	.	.	8,7
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbeanmeldungen	18,3	-9,4	17,6	-9,4	2,0	-9,9	3,9	-6,1
Gewerbeabmeldungen	5,7	5,6	34,3	33,4	0,8	-6,2	0,0	3,4
Insolvenzen								
	-13,1	2,6	-2,5	15,5	91,1	157,1	157,3	243,1
Verbraucherpreisindex								
	0,1	0,4	-0,1	0,5	4,1	4,4	5,2	5,1
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	-4,9	-4,8	-2,6	2,9	-15,9	-17,2	-17,6	-15,8
Offene Arbeitsstellen	0,8	0,4	-1,1	-5,8	27,2	31,0	33,0	31,1
Langzeitarbeitslose	-2,3	-2,7	-2,1	0,3	9,6	5,4	1,8	0,4

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutschland insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutschland insgesamt
Dezember 2021							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾							
Betriebe	Anzahl	810	3 829	18 748	22 577	21,2	3,6
Beschäftigte	Tausend	142	688	4 808	5 496	20,6	2,6
Umsatz	Mill. Euro	2 676	17 977	149 894	167 871	14,9	1,6
Inlandsumsatz	Mill. Euro	1 590	10 841	72 180	83 021	14,7	1,9
Auslandsumsatz	Mill. Euro	1 086	7 136	77 714	84 850	15,2	1,3
Umsatz je Beschäftigten	Euro	18 902	26 134	31 177	30 546	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	15 922	78 051	531 123	609 175	20,4	2,6
Entgelte	Mill. Euro	464	2 427	22 159	24 585	19,1	1,9
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2015=100	116,9	115,5	x	x
Inland	2015=100	101,8	109,3	x	x
Ausland	2015=100	146,2	120,2	x	x
Bauhauptgewerbe²⁾							
Betriebe	Anzahl	292	2 111	7 167	9 278	13,8	3,1
Beschäftigte	Tausend	14	110	406	517	13,0	2,8
baugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	220	2 192	8 720	10 912	10,0	2,0
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	15 339	19 837	21 461	21 114	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1 042	8 462	32 822	41 284	12,3	2,5
Entgelte	Mill. Euro	47	374	1 493	1 867	12,5	2,5
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾							
Betriebe	Anzahl	260	10 085	...	2,6
Beschäftigte	Tausend	10	429	...	2,2
ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	414	18 730	...	2,2
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	43 498	43 658	x	x
Gewerbeanzeigen⁵⁾							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	872	9 421	45 484	54 905	9,3	1,6
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1 477	12 046	53 559	65 605	12,3	2,3
Insolvenzen							
	Anzahl	223	1 828	7 617	9 445	12,2	2,4
Verbraucherpreisindex							
	2015=100	111,7	111,1	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	54 627	549 130	1 780 399	2 329 529	9,9	2,3
Offene Arbeitsstellen	Anzahl	21 346	151 445	640 744	793 758	14,1	2,7

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderung Dezember 2021							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-2,4	-3,2	-3,0	-3,0
Beschäftigte	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4	-0,2	-0,2	-0,4	-0,3
Umsatz	-10,3	-7,3	-2,4	-3,0	11,5	9,7	11,0	10,8
Inlandsumsatz	-16,9	-8,4	-0,6	-1,7	7,8	9,7	12,8	12,3
Auslandsumsatz	1,5	-5,4	-4,0	-4,2	17,4	9,6	9,3	9,4
Umsatz je Beschäftigten	-10,0	-7,0	-2,0	-2,6	11,7	9,9	11,4	11,1
Geleistete Arbeitsstunden	-16,5	-14,8	-13,7	-13,8	-0,9	1,1	3,0	2,8
Entgelte	-13,4	-15,8	-19,0	-18,7	1,7	2,2	2,2	2,2
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	3,1	0,7	17,8	8,0
Inland	0,3	2,8	22,8	14,1
Ausland	7,2	-0,7	11,6	4,3
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,7	1,1	2,7	2,3
Beschäftigte	-1,0	-0,6	-1,3	-1,2	-0,3	2,0	2,9	2,7
baugewerblicher Umsatz	-9,6	3,0	5,0	4,6	-1,1	-7,4	0,9	-0,9
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	-8,7	3,6	6,4	5,8	-0,8	-9,3	-1,9	-3,5
Geleistete Arbeitsstunden	-34,8	-30,4	-27,7	-28,3	-6,5	-1,8	3,2	2,1
Entgelte	-15,8	-11,0	-21,2	-19,4	4,7	6,9	6,8	6,8
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe	-0,4	-0,2	17,6	22,1
Beschäftigte	-1,4	-0,8	7,6	11,9
ausbaugewerblicher Umsatz	28,3	28,6	17,0	7,3
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	30,1	29,7	8,7	-4,2
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbeanmeldungen	-9,4	-2,4	-1,4	-1,6	-6,1	40,4	8,3	12,8
Gewerbeabmeldungen	33,4	28,1	35,3	33,9	3,4	33,8	10,5	14,1
Insolvenzen								
	15,5	-2,5	-1,5	-1,7	243,1	97,8	88,4	90,2
Verbraucherpreisindex								
	0,5	0,5	5,1	5,3
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	2,9	2,0	0,1	0,5	-15,8	-12,2	-14,5	-14,0
Offene Arbeitsstellen	-5,8	-3,7	-1,4	-1,8	31,1	26,0	39,4	36,6

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit						
1	Bevölkerung am Monatsende	Tausend	2153	2146	2137	2126
2	darunter Ausländer	Tausend	93	102	108	112
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
3	Eheschließungen	Anzahl	801	867	779	711
4	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	4,5	4,9	4,4	4,0
5	Lebendgeborene	Anzahl	1511	1453	1387	1333
6	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	8,4	8,1	7,8	7,5
7	Totgeborene	Anzahl	5	6	5	6
8	je 1000 Geborene	aT	3,2	3,8	3,4	4,5
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2447	2486	2433	2519
10	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	13,6	13,9	13,7	14,2
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	4	4	4	3
12	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-936	-1032	-1046	-1186
13	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	-5,2	-5,8	-5,9	-6,7
Wanderungen						
14	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	4494	4622	4501	3916
15	darunter aus dem Ausland	Anzahl	2157	2327	2215	1708
16	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4162	4242	4220	3798
17	darunter in das Ausland	Anzahl	1490	1625	1620	1298
18	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	333	380	281	118
19	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	5271	4809	4475	4230
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt ¹⁾						
20	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	Anzahl	801728	805987	804770	791811
21	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	68614	62145	59065	66678
22	davon Männer	Anzahl	37947	34476	33250	38036
23	Frauen	Anzahl	30667	27669	25815	28642
24	Ausländer	Anzahl	6740	6976	7162	8644
25	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	5200	4885	4920	6078
26	Arbeitslosenquote insgesamt ²⁾	Prozent	6,1	5,5	5,3	6,0
27	davon Männer	Prozent	6,3	5,8	5,6	6,4
28	Frauen	Prozent	5,7	5,2	4,9	5,5
29	Jugendliche unter 25 Jahren	Prozent	6,7	6,2	6,1	7,1
30	Kurzarbeiter	Anzahl
31	Langzeitarbeitslose	Anzahl	23848	20933	18383	20225
32	Zugang an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
33	Bestand an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
34	Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld	Anzahl	23675	21287	21232	24659

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
2120	2118	2116	2115	2114	2113	2113	2112	2112	2112	2113	2112	...	1
114	114	114	115	115	116	117	117	118	119	122	122	...	2
549	171	254	326	435	859	930	1144	1267	905	577	336	...	3
3,1	1,0	1,6	1,8	2,5	4,8	5,4	6,4	7,1	5,2	3,2	1,9	...	4
1257	1221	1235	1307	1204	1227	1359	1407	1418	1351	1275	1209	...	5
7,0	6,8	7,6	7,3	6,9	6,8	7,8	7,8	7,9	7,8	7,1	7,0	...	6
.	7
.	8
3675	3951	2853	2829	2930	2695	2329	2273	2398	2400	2639	3557	...	9
20,5	22,0	17,6	15,7	16,9	15,0	13,4	12,7	13,4	13,8	14,7	20,5	...	10
.	11
-2418	-2730	-1618	-1522	-1726	-1468	-970	-866	-980	-1049	-1364	-2348	...	12
-13,5	-15,2	-10,0	-8,5	-9,9	-8,2	-5,6	-4,8	-5,5	-6,0	-7,6	-13,5	...	13
3009	3376	3281	3928	3979	3776	4076	4666	5521	5808	7180	4802	...	14
1310	1510	1495	1873	1890	1836	2058	2335	2512	2860	3600	2645	...	15
3225	3204	3179	3715	3257	3296	3176	4096	4729	4865	4812	3723	...	16
1208	1158	1221	1467	1030	1295	1199	1423	1354	1504	1278	1308	...	17
-216	172	102	213	722	480	900	570	792	943	2368	1079	...	18
3653	3844	3918	4301	3709	4195	4125	4601	4825	4747	4818	4532	...	19
797977	.	.	793690	.	.	796232	20
64883	71037	71739	69617	67800	64925	62084	60160	60202	57233	54479	53082	54627	21
36891	40902	41580	39901	38004	36259	34635	33493	33150	31732	30432	29743	30997	22
27992	30135	30158	29716	29796	28666	27449	26666	27051	25501	24047	23339	23630	23
8032	8644	8972	8998	9019	8646	8193	7711	7708	7389	6941	6492	6690	24
5301	5727	6163	6069	5768	5420	5146	5189	6055	5072	4405	4074	4116	25
5,8	6,4	6,4	6,3	6,1	5,9	5,6	5,4	5,4	5,2	4,9	4,8	4,9	26
6,2	6,9	7,0	6,7	6,4	6,1	5,9	5,7	5,6	5,4	5,2	5,0	5,3	27
5,4	5,8	5,8	5,7	5,7	5,5	5,3	5,1	5,2	4,9	4,6	4,5	4,6	28
6,1	6,6	7,1	7,0	6,6	6,1	5,7	5,8	6,8	5,7	4,9	4,5	4,6	29
													30
22570	24168	24678	25240	25903	25584	25299	24739	24281	23722	23084	22600	22670	31
3839	3343	4298	4600	4360	5211	5332	5236	5043	4592	4429	4561	4425	32
16286	16120	16812	17795	18246	19312	20534	21706	22640	22830	22911	22657	21346	33
27310	30408	30031	27339	24023	22705	21144	20356	20617	18973	18211	18026	18995	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
Gewerbeanzeigen						
1	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	934	932	940	873
	darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	54	53	52	54
3	Baugewerbe	Anzahl	96	89	91	71
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	310	302	312	279
5	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	213	211	202	188
6	Gewerbeabmeldungen insgesamt	Anzahl	1132	1112	1059	893
	darunter					
7	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	64	59	58	50
8	Baugewerbe	Anzahl	135	125	114	89
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	388	386	376	311
10	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	248	228	218	181
11	Neuerrichtungen	Anzahl	754	757	769	706
	darunter					
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	42	41	39	42
13	Baugewerbe	Anzahl	74	71	75	53
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	242	237	245	220
15	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	181	179	174	157
16	Aufgaben	Anzahl	932	921	867	719
	darunter					
17	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	50	46	45	38
18	Baugewerbe	Anzahl	110	103	96	71
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	318	323	306	250
20	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	209	193	182	147
Landwirtschaft						
21	Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	88 518	81 869	78 770	28 749
	darunter					
22	Rinder	Stück	7 541	7 892	7 389	7 768
23	Schweine	Stück	80 367	73 338	70 766	20 362
24	Schafe	Stück	559	582	557	545
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	87 490	80 897	77 861	27 837
	darunter					
26	Rinder	Stück	7 351	7 702	7 197	7 547
27	Schweine	Stück	79 675	72 713	70 194	19 820
28	Schafe	Stück	429	442	435	417
29	Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt	Tonnen	9 700	9 178	8 942	4 306
	darunter					
30	Rinder	Tonnen	2 209	2 321	2 235	2 381
31	Schweine	Tonnen	7 480	6 846	6 696	1 914
32	Schafe	Tonnen	9	10	10	10
Legehennenhaltung und Eierzeugung						
33	Erzeugte Eier	Tausend Stück	38 897	39 833	41 259	41 028
34	Legeleistung Eier je Henne	Stück	25,4	26,0	26,0	26,8

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
929	1060	926	1089	875	837	976	950	763	903	818	962	872	1
65	66	74	65	63	61	45	55	43	42	53	68	57	2
85	94	58	96	79	54	71	68	69	85	55	61	74	3
279	341	301	361	299	281	323	308	246	290	271	356	288	4
178	243	219	218	160	160	195	221	150	196	189	184	181	5
1429	1223	782	932	670	658	845	780	738	780	824	1107	1477	6
84	81	44	61	37	47	46	44	43	44	51	74	90	7
181	121	66	86	71	61	79	71	74	75	92	109	178	8
479	396	270	292	214	210	306	256	248	284	253	411	490	9
293	269	159	179	130	123	138	168	127	155	164	207	320	10
700	814	785	903	734	715	815	800	629	742	666	780	659	11
43	52	64	54	53	54	37	44	40	35	39	58	40	12
57	66	51	72	69	42	62	50	52	68	51	46	40	13
201	230	246	303	245	236	252	256	195	218	210	278	207	14
144	196	187	192	137	140	175	190	132	166	165	156	158	15
1175	990	614	737	543	545	658	631	587	623	678	936	1247	16
62	62	29	46	30	36	37	35	33	37	41	63	74	17
156	91	48	74	53	52	66	53	60	56	79	86	140	18
388	319	208	233	172	174	226	211	194	222	203	338	402	19
246	223	129	138	108	103	109	139	105	126	134	190	287	20
24646	22614	22113	28270	21594	20671	22087	21538	22049	23476	25358	27820	24325	21
8233	8471	8125	9230	7708	6555	7570	7505	7917	8495	9253	10183	7480	22
15601	13762	13692	17488	13451	13736	14208	13690	13757	14534	15333	16819	16146	24
702	342	262	1390	372	333	245	307	325	353	662	693	661	24
22888	21220	20885	27029	21051	20298	21805	21406	21917	23253	24402	25858	22812	25
7780	8137	7856	8911	7565	6446	7518	7436	7883	8444	9038	9713	7102	26
14551	12846	12861	16701	13121	13566	14018	13641	13696	14442	14777	15682	15206	27
474	212	147	1268	314	244	222	297	309	312	513	374	477	28
3846	3895	3800	4407	3668	3327	3666	3518	3718	4036	4313	4664	3707	29
2409	2588	2515	2758	2384	2024	2334	2228	2413	2651	2880	3147	2250	30
1424	1301	1281	1619	1275	1297	1327	1283	1296	1375	1418	1506	1444	31
11	5	3	27	7	5	5	6	8	8	13	9	12	32
41457	40887	39442	43628	41626	40950	38665	38838	34878	35551	41003	43584	42874	33
27,0	26,1	24,7	27,2	25,9	26,0	26,3	27,9	25,0	24,1	26,9	26,6	26,7	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
Produzierendes Gewerbe						
Energie und Wasserversorgung						
1	Betriebe	Anzahl	137	140	140	136
2	Beschäftigte	Anzahl	7 180	7 152	7 209	7 296
3	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	924	917	920	942
4	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	129	128	128	129
5	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3 798	3 834	3 917	4 026
6	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken	Millionen kWh	371	394	338	380
7	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken	Millionen kWh	361	376	321	361
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾						
8	Betriebe	Anzahl	851	848	849	834
9	Beschäftigte	Anzahl	144 686	148 107	148 886	143 796
10	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	19 514	19 787	19 738	18 242
11	Entgelte	Tausend Euro	422 964	446 325	458 465	432 706
12	Umsatz	Millionen Euro	2 603	2 682	2 702	2 485
13	davon Inlandsumsatz	Millionen Euro	1 702	1 716	1 701	1 567
14	Auslandsumsatz	Millionen Euro	901	966	1 002	917
15	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2015=100	108,5	111,8	104,8	96,8
16	davon aus dem Inland	2015=100	104,5	106,1	98,6	87,4
17	aus dem Ausland	2015=100	116,4	122,9	116,9	115,0
18	Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	107,1	110,6	103,1	94,8
19	Investitionsgüterproduzenten	2015=100	109,4	111,7	102,7	94,1
20	Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	110,8	118,9	136,7	134,0
21	Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	112,8	124,0	125,9	125,4
22	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	170	175	175	172
23	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	135	134	133	127
24	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 923	3 014	3 079	3 009
25	Umsatz je Beschäftigten	Euro	17 988	18 109	18 151	17 279
26	Exportquote	Prozent	34,6	36,0	37,1	36,9

1) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.	
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember		
135	138	138	138	138	137	137	136	136	136	136	136	136	136	1
7347	7413	7423	7408	7397	7387	7382	7389	7446	7506	7539	7540	7513	7513	2
856	963	936	1052	935	880	993	957	888	920	934	1009	879	879	3
116	130	126	142	126	119	134	129	119	123	124	134	117	117	4
4068	3741	3697	3720	3989	4135	3942	3957	3836	3823	3954	6435	3988	3988	5
268	305	283	245	228	174	128	105	111	123	183	228	6
257	295	274	237	220	165	120	100	105	117	177	220	7
830	805	809	809	814	813	812	811	812	813	813	812	810	810	8
141808	140356	140806	140767	141005	140775	140824	140619	141417	142016	142026	142019	141575	141575	9
16069	18464	18419	20449	18454	17352	19369	18691	17585	18340	18407	19066	15922	15922	10
456292	419464	414792	436252	432953	446571	465871	446787	421426	425986	435624	535448	463848	463848	11
2400	2352	2533	3156	2714	2616	3037	2817	2594	2856	2737	2984	2676	2676	12
1475	1486	1613	1961	1690	1651	1865	1752	1654	1792	1740	1914	1590	1590	13
925	866	920	1196	1024	965	1172	1065	940	1064	996	1070	1086	1086	14
99,2	112,0	112,7	133,9	116,0	111,3	121,2	114,4	100,4	105,6	112,0	114,6	116,8	116,8	15
82,9	102,2	100,8	120,3	103,2	101,4	105,9	102,1	86,1	93,7	95,2	102,6	101,6	101,6	16
131,0	131,2	135,9	160,5	141,0	130,6	151,1	138,2	128,3	128,7	144,6	137,9	146,4	146,4	17
97,5	103,0	110,4	140,0	117,0	113,8	126,5	116,8	99,6	103,3	109,3	118,8	100,4	100,4	18
97,5	119,1	110,0	122,0	112,3	100,2	109,8	109,6	97,0	100,6	99,2	102,5	125,7	125,7	19
134,0	117,6	161,9	198,1	135,5	203,1	187,9	131,1	141,1	169,9	263,2	193,3	174,6	174,6	20
98,4	123,1	116,8	152,2	146,1	120,0	139,2	145,8	110,8	134,4	137,1	143,5	116,0	116,0	21
171	174	174	174	173	173	173	173	174	175	175	175	175	175	22
113	132	131	145	131	123	138	133	124	129	130	134	112	112	23
3218	2989	2946	3099	3070	3172	3308	3177	2980	3000	3067	3770	3276	3276	24
16927	16757	17986	22421	19249	18580	21569	20033	18345	20109	19270	21010	18902	18902	25
38,5	36,8	36,3	37,9	37,7	36,9	38,6	37,8	36,2	37,3	36,4	35,9	40,6	40,6	26

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
	Baugewerbe insgesamt ^{1) 3)}					
1	Betriebe	Anzahl	551	525	509	518
2	Beschäftigte	Anzahl	23 431	23 739	23 391	23 311
3	Umsatz	Tausend Euro	814 066	843 245	858 077	880 993
	Bauhauptgewerbe ¹⁾					
4	Betriebe	Anzahl	290	298	290	296
5	Beschäftigte	Anzahl	14 209	14 822	14 649	14 484
6	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1 445	1 457	1 442	1 444
	davon für den					
7	Wohnungsbau	Tausend	196	194	177	176
8	gewerblichen Bau	Tausend	507	517	519	521
9	öffentlicher und Straßenbau	Tausend	742	745	746	746
10	Entgelte	Tausend Euro	38 418	41 625	43 378	44 385
11	Umsatz	Tausend Euro	182 951	194 930	195 742	197 652
12	Baugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	180 379	192 891	193 943	195 886
	davon					
13	Wohnungsbau	Tausend Euro	25 455	29 209	25 104	23 178
14	gewerblicher Bau	Tausend Euro	63 979	66 790	67 719	67 825
15	öffentlicher und Straßenbau	Tausend Euro	90 945	96 893	101 121	104 883
16	Auftragsingang	Tausend Euro	158 165	174 986	179 905	177 068
17	Auftragsbestand ³⁾	Tausend Euro	908 045	803 750	1 179 479	958 628
18	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	49	50	50	49
19	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 704	2 808	2 961	3 064
20	Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	12 695	13 014	13 239	13 524
	Ausbaugewerbe ^{2) 3)}					
21	Betriebe	Anzahl	262	227	219	223
22	Beschäftigte	Anzahl	9 223	8 916	8 742	8 827
23	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	3 084	2 968	2 888	2 922
24	Entgelte	Tausend Euro	68 393	68 826	70 033	72 418
25	Umsatz	Tausend Euro	265 212	258 457	270 850	288 037
26	Ausbaugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	256 014	249 498	261 614	278 597
27	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	35	39	40	40
28	Entgelte je Beschäftigten	Euro	7 416	7 719	8 011	8 204
29	Ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	27 760	27 982	29 925	31 556

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) ab 2018 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätige Personen

3) Quartalsangaben

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
515	.	.	560	.	.	557	.	.	555	.	.	553	1
23317	.	.	23847	.	.	24308	.	.	24275	.	.	23998	2
1074192	.	.	560203	.	.	936010	.	.	983049	.	.	1136496	3
294	298	298	296	296	295	295	294	294	294	294	292	292	4
14356	14324	14252	14394	14590	14566	14533	14523	14682	14678	14679	14457	14314	5
1114	728	805	1551	1560	1452	1697	1628	1571	1599	1560	1599	1042	6
141	96	94	205	186	184	204	212	202	200	199	193	128	7
410	299	327	567	560	513	606	580	541	570	557	572	394	8
563	333	384	779	815	756	888	836	828	830	804	834	519	9
44831	35514	32904	43345	45997	45882	47961	48291	47822	47336	47359	55742	46939	10
223915	84425	92603	158916	193680	193770	225483	222138	208096	220730	244907	245257	221719	11
222050	82999	91122	156720	191964	191905	222727	220476	206329	218569	243019	242827	219562	12
27752	8495	10014	20555	23733	23945	23268	23943	25586	24312	23163	25431	24166	13
78630	34257	35705	59127	65098	71575	79482	79446	66660	80378	93246	87308	77970	14
115668	40247	45403	77037	103133	96385	119977	117087	114082	113880	126610	130088	117426	15
139578	114300	178877	212052	197029	166132	237497	172003	152621	197696	231749	150059	176875	16
1125676	.	.	1341055	.	.	1380435	.	.	1325396	.	.	1303384	17
49	48	48	49	49	49	49	49	50	50	50	50	49	18
3123	2479	2309	3011	3153	3150	3300	3325	3257	3225	3226	3856	3279	19
15467	5794	6394	10888	13157	13175	15326	15181	14053	14891	16556	16796	15339	20
221	.	.	263	.	.	262	.	.	261	.	.	260	21
8844	.	.	9524	.	.	9745	.	.	9647	.	.	9515	22
2871	.	.	3072	.	.	3216	.	.	3208	.	.	3014	23
76694	.	.	76102	.	.	80594	.	.	80557	.	.	84518	24
364436	.	.	224258	.	.	323076	.	.	332086	.	.	424612	25
353727	.	.	217452	.	.	314849	.	.	322505	.	.	413888	26
40	.	.	36	.	.	37	.	.	37	.	.	37	27
8672	.	.	7991	.	.	8270	.	.	8350	.	.	8883	28
39996	.	.	22832	.	.	32309	.	.	33431	.	.	43498	29

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
Bautätigkeit						
1	Gemeldete Baugenehmigungen ¹⁾	Anzahl	424	414	405	421
2	Wohngebäude	Anzahl	311	304	291	316
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	72 059	78 754	79 244	96 092
4	Wohnfläche	1 000 m ²	47	56	47	53
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	113	110	114	105
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	56 672	58 403	59 214	75 795
7	Nutzfläche	1 000 m ²	64	50	50	58
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	450	436	428	487
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 876	1 840	1 818	1 968
10	Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	245	238	241	247
11	Wohngebäude	Anzahl	177	172	167	176
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	165	158	157	162
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	51 534	58 421	59 401	71 393
14	umbauter Raum	1 000 m ³	181	197	198	221
15	Wohnfläche	1 000 m ²	35	37	38	41
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	68	66	74	70
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	37 441	39 211	41 306	60 903
18	umbauter Raum	1 000 m ³	481	302	325	397
19	Nutzfläche	1 000 m ²	56	42	44	52
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	321	356	356	388
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 422	1 482	1 502	1 611
Handel und Gastgewerbe						
Außenhandel						
22	Ausfuhr (Spezialhandel)	Tausend Euro	1 263 142	1 289 111	1 291 163	1 216 741
Ausfuhr nach Warengruppen						
23	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	78 625	78 252	77 148	80 996
24	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	1 159 388	1 184 192	1 185 682	1 101 792
davon						
25	Rohstoffe	Tausend Euro	8 439	9 420	8 753	8 943
26	Halbwaren	Tausend Euro	49 410	56 746	52 388	49 034
27	Fertigwaren	Tausend Euro	1 101 539	1 118 026	1 124 541	1 043 815
Ausfuhr nach ausgewählten Ländern						
28	Vereinigte Staaten	Tausend Euro	87 939	89 681	91 916	102 715
29	Frankreich	Tausend Euro	77 883	78 468	87 910	72 662
30	Ungarn	Tausend Euro	83 316	84 225	85 189	79 502
31	Volksrepublik China	Tausend Euro	85 999	81 752	81 173	61 453
32	Vereinigtes Königreich	Tausend Euro	73 620	73 952	77 364	59 556
33	Polen	Tausend Euro	63 544	69 606	71 839	68 720
34	Ausfuhr in EU-Länder (EU-27)	Tausend Euro	735 774	761 848	755 269	665 147
35	Einfuhr (Generalhandel)	Tausend Euro	865 637	937 744	961 648	935 662
Einfuhr nach Warengruppen						
36	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	85 597	97 903	105 362	111 401
37	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	717 172	729 835	774 844	740 375
davon						
38	Rohstoffe	Tausend Euro	7 657	7 486	7 091	5 637
39	Halbwaren	Tausend Euro	40 299	45 045	42 264	36 864
40	Fertigwaren	Tausend Euro	669 216	677 303	725 489	697 874
Einfuhr nach ausgewählten Ländern						
41	Volksrepublik China	Tausend Euro	78 317	71 535	99 981	77 663
42	Polen	Tausend Euro	87 922	86 032	91 996	134 050
43	Italien	Tausend Euro	76 199	83 569	83 479	71 861
44	Vereinigtes Königreich	Tausend Euro	68 586	68 509	70 360	71 204
45	Niederlande	Tausend Euro	63 221	71 596	68 138	63 600
46	Tschechische Republik	Tausend Euro	53 448	58 648	62 984	55 188
47	Einfuhr aus EU-Ländern (EU-27)	Tausend Euro	539 759	570 635	583 930	550 982

1) einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
370	382	406	642	418	457	510	445	424	479	359	360	381	1
289	286	299	520	313	331	381	309	272	336	250	272	272	2
90138	78935	80299	134754	91514	92269	106852	65473	64169	99027	59137	98332	129881	3
47	39	44	74	51	45	54	39	34	54	30	45	43	4
81	96	107	122	105	126	129	136	152	143	109	88	109	5
34950	138961	49517	72070	59208	61812	65276	305899	124583	114109	45298	35780	53307	6
37	190	43	62	60	62	58	75	90	65	35	41	48	7
393	338	364	597	401	396	470	302	315	564	264	375	307	8
1679	1488	1710	2744	1819	1743	1899	1553	1423	2109	1150	1567	1815	9
203	232	244	416	241	251	262	246	242	268	216	216	215	10
151	169	173	327	169	169	169	143	132	167	138	155	147	11
141	158	163	316	151	156	151	133	122	147	124	136	126	12
57496	60539	60258	101511	72021	59330	81725	43747	44289	77081	47548	66126	72587	13
163	174	182	305	212	179	239	130	126	216	136	195	180	14
32	32	35	58	38	33	43	25	24	42	25	36	36	15
52	63	71	89	72	82	93	103	110	101	78	61	68	16
29693	131234	33417	52236	38635	45362	50179	293025	95726	99672	39162	31497	38228	17
188	1190	158	397	469	531	322	667	864	600	187	304	259	18
28	188	25	61	54	56	51	71	89	62	31	39	40	19
256	269	271	465	359	281	388	199	209	482	248	308	327	20
1232	1250	1336	2281	1453	1318	1650	983	984	1690	1027	1324	1525	21
1091083	1229057	1360892	1585763	1483833	1398348	1475530	1377981	1264862	1401400	1415084	1647042	1350593	22
85420	66856	79143	88414	87628	83082	81957	89013	87676	96375	97612	97438	90617	23
988219	1140590	1257634	1478043	1379974	1296305	1370628	1265465	1151335	1269237	1275839	1498980	1198036	24
8887	9015	10317	12674	11094	10724	13029	12443	11045	12926	10448	10880	10475	25
44329	48251	54502	68483	61456	70365	62342	77201	59161	59820	69710	66617	52439	26
935003	1083324	1192815	1396886	1307424	1215217	1295256	1175821	1081129	1196491	1195681	1421484	1135122	27
96198	86151	115908	132209	217883	138752	125198	125903	125822	133380	119302	125305	144020	28
62358	81503	85274	97293	67391	62511	73553	64619	57249	64221	70669	68258	52895	29
77775	83731	81787	108183	86831	81033	94393	92540	74407	89670	84389	94092	83335	30
44810	42255	75059	81928	59966	74889	72297	58750	38166	69774	64877	64167	46902	31
38664	72700	73953	75251	67705	66585	73412	60160	44857	48182	69139	83941	75072	32
58711	68764	81121	89599	92070	76428	90168	84030	77416	84981	89197	86843	75457	33
576681	686889	765967	875249	756482	791264	830209	758483	669824	785781	814337	832954	765349	34
901128	897944	1010545	1178161	1158646	1145149	1148118	1130218	1003660	1172449	1283928	1292501	1194888	35
110845	99274	103230	149188	127486	114957	113989	118186	69834	148403	120164	119246	119689	36
719681	731891	832415	958974	963105	959557	949941	922199	862830	939911	1068224	1058914	947587	37
3823	5423	6657	6092	7768	6361	5529	7662	6580	6906	6708	6680	5405	38
32161	41084	45229	51918	49965	53008	66067	53475	48418	60078	45806	50750	47211	39
683697	685385	780529	900964	905371	900188	878344	861062	807832	872926	1015709	1001484	894971	40
93168	63553	56593	47455	39373	61196	39933	61331	33341	47460	88385	48475	63775	41
95969	111179	159870	180963	249405	176248	188568	162750	186355	186529	264123	304725	258184	42
68742	67668	74310	86749	76023	86659	84944	84517	83886	84466	97939	97239	102632	43
73141	73972	73661	100590	82210	85823	77813	80936	66581	91947	89249	89790	84393	44
67152	62593	72874	82258	70841	76350	83190	82231	62464	87651	81552	80844	80903	45
54956	58323	64046	76189	69021	72432	72055	75181	61915	74180	71620	73570	66839	46
545254	540465	613014	727941	636000	699727	695414	670126	594780	706256	679653	703033	664520	47

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
	Einzelhandel¹⁾					
1	Beschäftigte	2015=100	104,4	105,1	105,6	105,6
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	108,5	110,2	111,5	114,8
3	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	100,1	98,6	98,7	95,5
4	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	94,9	95,5	90,3	87,4
5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	102,9	101,7	99,0	98,5
6	Umsatz²⁾	2015=100	104,1	105,6	107,2	110,8
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	107,8	109,5	110,5	115,0
8	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	97,8	97,7	96,7	100,6
9	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	100,0	101,1	98,8	99,3
10	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	100,9	100,0	98,5	103,0
	Gastgewerbe					
11	Beschäftigte	2015=100	98,1	96,3	99,6	84,8
	davon					
12	Beherbergung	2015=100	107,1	103,0	109,4	93,3
13	Gastronomie	2015=100	93,8	93,0	95,3	81,1
14	Umsatz²⁾	2015=100	100,3	105,9	105,4	68,1
	davon					
15	Beherbergung	2015=100	105,7	123,9	127,0	75,8
16	Gastronomie	2015=100	96,5	96,1	94,1	63,7
	Fremdenverkehr (einschl. Campingplätze)					
17	Gästeankünfte	Anzahl	322 760	320 164	336 508	194 865
18	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	23 473	21 795	22 081	8 047
19	Gästeübernachtungen	Anzahl	827 271	821 537	862 477	558 015
20	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	51 855	47 912	52 226	20 770
	Verkehr					
	Kraftfahrzeuge					
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge³⁾	Anzahl	7 081	6 950	7 095	6 091
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	5 776	5 576	5 670	4 715
23	Lastkraftwagen	Anzahl	778	805	843	658
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	243	272	278	393
	Straßenverkehrsunfälle					
25	Unfälle insgesamt	Anzahl	4 835	4 708	4 649	3 993
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	549	563	486	430
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	4 286	4 145	4 163	3 563
28	Getötete Personen	Anzahl	9	8	8	7
29	Verletzte Personen	Anzahl	720	722	627	542

1) ohne Handel mit Kfz

2) Preisbasis 2015

3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
107,1	104,7	104,3	104,8	105,2	105,5	106,2	105,9	105,8	106,3	106,1	107,0	106,8	1
117,6	117,0	116,5	117,2	117,1	117,1	117,0	116,3	115,4	116,2	115,7	116,4	116,8	2
94,3	93,7	92,2	92,4	94,8	95,3	96,8	94,8	95,4	95,1	94,9	95,7	94,7	3
86,8	88,1	89,4	89,0	90,1	92,2	91,1	91,3	90,5	90,8	90,6	89,9	89,6	4
98,9	96,0	95,6	97,0	97,9	97,9	98,0	97,0	97,8	98,0	97,8	98,3	98,0	5
124,2	88,1	90,0	113,0	103,1	103,5	115,5	115,1	105,2	106,6	112,2	117,7	121,9	6
136,4	103,1	104,0	127,2	113,4	113,7	114,6	115,4	104,6	105,4	111,4	119,2	132,0	7
110,7	81,6	85,0	100,4	95,5	104,1	107,6	104,6	97,8	100,3	97,2	95,0	105,3	8
92,1	77,0	80,7	96,2	93,1	98,6	117,3	108,7	103,0	109,1	106,1	99,5	91,0	9
89,9	36,2	41,4	77,1	83,0	79,4	104,7	102,7	96,1	94,3	101,7	104,1	90,3	10
75,8	72,3	71,9	69,8	71,4	73,6	75,4	81,0	87,7	85,2	84,4	86,3	84,9	11
83,2	76,8	77,3	77,3	79,3	81,2	85,2	89,3	94,2	96,0	97,0	93,3	92,1	12
72,6	70,2	69,4	66,6	68,0	70,2	71,2	77,4	84,7	80,6	79,1	83,1	81,6	13
38,0	29,4	30,2	40,3	39,5	41,6	72,1	101,7	107,4	112,8	100,5	73,4	66,4	14
24,5	15,6	18,6	31,2	30,0	29,8	70,9	125,9	142,0	146,6	131,3	79,8	53,0	15
43,9	35,6	35,3	44,1	43,5	46,6	71,7	89,2	89,9	95,7	85,0	69,6	71,9	16
35309	33724	37026	50205	46446	55385	199168	374420	434054	405787	346629	179565	100790	17
2578	2594	2463	2957	2992	3433	8504	17679	17586	16483	14651	8888	5470	18
173015	172508	187460	227913	217429	244803	558442	1004834	1222599	1030961	930691	517947	328941	19
8709	14049	10415	11244	11703	14408	23712	42064	43263	40318	35813	27333	18024	20
7203	3888	4251	7653	5932	5634	7180	5777	4526	4687	4407	4517	5248	21
5767	2993	3156	5648	4345	4182	5424	4241	3376	3588	3316	3527	4008	22
803	576	594	877	691	602	752	582	448	530	577	504	680	23
351	57	191	609	472	516	574	528	413	321	198	121	189	24
3390	3258	3563	3459	3688	3904	4332	4459	4046	4464	4727	3932	3882	25
283	272	248	353	360	397	564	560	480	539	480	391	360	26
3107	2986	3315	3106	3328	3507	3768	3899	3566	3925	4247	3541	3522	27
7	5	6	6	9	5	6	13	10	4	9	5	9	28
349	341	311	453	477	491	701	699	617	669	621	482	435	29

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung						
1	Verbraucherpreisindex	2015=100	102,1	103,9	105,4	106,3
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2015=100	104,1	107,2	108,2	111,2
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2015=100	105,0	108,4	111,5	114,5
4	Bekleidung und Schuhe	2015=100	101,5	103,0	104,7	104,2
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2015=100	100,9	102,1	103,5	104,4
6	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	2015=100	101,5	102,0	103,4	103,9
7	Gesundheit	2015=100	101,9	102,8	103,8	104,3
8	Verkehr	2015=100	102,5	106,3	107,7	106,1
9	Post und Telekommunikation	2015=100	97,6	96,6	96,0	94,4
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2015=100	102,3	103,9	104,6	104,8
11	Bildungswesen	2015=100	106,6	105,1	107,9	108,8
12	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	2015=100	106,1	108,1	110,6	113,3
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2015=100	102,4	103,9	107,0	110,2
Jahresteuersatzrate						
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat						
14	Verbraucherpreisindex	Prozent	1,5	1,8	1,4	0,9
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Prozent	3,2	3,0	0,9	2,8
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Prozent	2,2	3,2	2,9	2,7
17	Bekleidung und Schuhe	Prozent	1,3	1,5	1,7	-0,5
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	Prozent	0,8	1,2	1,4	0,9
19	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	Prozent	0,9	0,5	1,4	0,5
20	Gesundheit	Prozent	0,9	0,9	1,0	0,5
21	Verkehr	Prozent	3,2	3,7	1,3	-1,5
22	Post und Telekommunikation	Prozent	-1,2	-1,0	-0,6	-1,7
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Prozent	1,4	1,6	0,7	0,2
24	Bildungswesen	Prozent	3,2	-1,4	2,7	0,8
25	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	Prozent	3,2	1,9	2,3	2,4
26	Andere Waren und Dienstleistungen	Prozent	0,2	1,5	3,0	3,0
Baulandpreise						
27	Grundstücksarten insgesamt	Euro je m²	35,20	42,61	36,88	39,72
	davon					
28	baureifes Land	Euro je m ²	41,46	50,56	49,67	52,77
29	Rohbauland	Euro je m ²	16,27	12,47	14,83	14,32
30	sonstiges Bauland	Euro je m ²	14,02	19,65	14,20	16,04
31	Preisindex für Wohngebäude (Brutto)	2015=100	104,7	109,9	115,9	118,0

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
106,3	106,8	107,4	107,9	108,8	109,1	109,5	110,8	110,7	110,8	111,2	111,1	111,7	1
110,0	113,5	114,5	113,5	115,9	114,9	114,7	115,2	114,6	115,1	115,0	115,9	117,5	2
114,2	115,5	116,2	116,9	118,7	118,5	119,0	118,7	118,6	119,0	119,0	119,0	119,2	3
103,9	103,0	104,1	105,1	105,4	104,8	106,2	105,4	104,0	106,3	106,6	108,0	107,8	4
104,7	105,1	105,3	105,8	105,9	106,1	106,2	106,4	106,4	106,7	107,6	107,8	107,7	5
102,9	104,0	104,4	104,3	104,4	104,4	104,9	106,0	106,3	107,3	107,3	108,1	108,8	6
103,3	104,2	104,5	104,8	105,4	105,4	105,5	106,2	106,2	106,2	106,0	105,9	106,0	7
106,0	109,8	110,4	112,3	113,1	113,5	114,5	116,7	117,1	117,3	119,3	120,7	119,2	8
92,6	94,6	94,5	94,3	94,2	94,2	94,2	94,3	94,3	94,3	94,2	94,2	94,2	9
105,0	99,0	101,6	102,1	105,0	107,3	108,5	114,5	114,0	111,9	110,8	105,4	110,8	10
108,9	109,8	109,9	109,9	109,6	109,8	109,6	109,6	109,6	108,1	108,2	108,3	108,3	11
114,0	113,8	113,9	114,1	114,3	114,7	116,4	117,3	117,5	117,6	117,8	117,6	117,9	12
112,2	112,8	113,0	113,7	113,9	114,2	114,5	115,4	115,7	116,1	116,1	116,2	116,1	13
0,2	1,3	1,4	1,8	2,4	2,5	2,1	3,7	3,8	4,1	4,4	5,2	5,1	14
0,8	3,1	2,3	1,2	3,2	1,0	1,3	4,3	4,2	4,7	4,2	5,0	6,8	15
1,7	2,3	3,4	3,5	3,5	3,0	2,3	2,5	2,4	3,7	3,4	4,3	4,4	16
-3,5	1,0	1,2	-1,1	-0,2	-1,4	0,7	4,6	3,6	1,9	0,4	1,5	3,8	17
0,8	0,7	1,0	1,3	1,3	1,7	1,4	2,1	2,0	2,4	3,3	3,4	2,9	18
-1,7	-0,5	0,0	-0,6	-0,6	-0,3	0,2	2,9	2,9	3,7	4,3	5,4	5,7	19
-0,7	0,1	-0,1	0,2	0,6	0,3	0,3	1,6	1,6	1,6	2,8	2,6	2,6	20
-1,9	1,0	1,8	5,0	7,7	8,8	8,3	9,8	10,4	10,9	13,0	15,5	12,5	21
-3,4	-1,5	-1,6	-1,6	-1,6	-1,4	-1,4	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	22
0,7	1,2	1,4	1,6	0,9	3,3	0,5	2,5	3,3	4,2	3,1	4,9	5,5	23
-0,2	1,0	1,3	1,1	0,5	0,8	0,6	0,9	1,0	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	24
1,9	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	2,9	2,7	3,3	3,2	3,4	3,4	3,4	25
2,8	4,1	4,1	4,8	4,2	4,0	3,4	4,4	4,6	4,9	3,8	3,9	3,5	26
41,46	27
55,17	28
16,10	29
18,36	30
.	.	123,2	.	.	128,7	.	.	135,1	.	.	139,3	.	31

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Monatsdurchschnitt			
	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer (ohne Sonderzahlungen)					
	<i>Insgesamt vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>					
1	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro	2982	3095	3170	3195
	davon					
2	Produzierendes Gewerbe	Euro	2851	2964	2999	2949
3	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	3457	3588	3737	3898
4	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	2859	2992	2999	2911
5	Energieversorgung	Euro	3920	4077	4251	4376
6	Baugewerbe	Euro	2692	2688	2834	2902
7	Dienstleistungsbereich	Euro	3079	3194	3305	3392
8	Handel ¹⁾	Euro	2533	2625	2711	2747
9	Gastgewerbe	Euro	2003	2119	2205	1758
10	Verkehr und Lagerei	Euro	2482	2679	2817	2823
11	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Euro	4030	4334	4140	4257
12	Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	2855	3060	3150	2945
13	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	3668	3743	3880	3970
14	Erziehung und Unterricht	Euro	4169	4308	4433	4527
15	Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	3581	3670	3691	3795
16	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	2701	2727	2933	2945
	<i>Insgesamt teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>					
17	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro	1958	2018	2129	2180
	davon					
18	Produzierendes Gewerbe	Euro	1756	1859	1944	1883
19	Bergbau und Gewinnung v. Steinen u. Erden	Euro	/	/	/	/
20	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	1765	1876	1978	1895
21	Energieversorgung	Euro	2469	2685	2932	3090
22	Baugewerbe	Euro	1587	1566	1531	1603
23	Dienstleistungsbereich	Euro	1983	2037	2151	2214
24	Handel ¹⁾	Euro	1525	1485	1568	1633
25	Gastgewerbe	Euro	1218	1280	1329	1166
26	Verkehr und Lagerei	Euro	/	1714	/	2037
27	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Euro	2593	2858	2860	2911
28	Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	/	/	/	2109
29	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	2832	2884	3040	3117
30	Erziehung und Unterricht	Euro	2539	2628	2747	2782
31	Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	2152	2192	2308	2418
32	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	1795	1902	1813	1768

1) einschl. Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
3269	.	.	3247	.	.	3316	.	.	3366	1
3067	.	.	2991	.	.	3105	.	.	3159	2
3843	.	.	3845	.	.	3975	.	.	4006	3
3037	.	.	3012	.	.	3072	.	.	3117	4
4517	.	.	4428	.	.	4501	.	.	4588	5
3004	.	.	2705	.	.	3048	.	.	3143	6
3427	.	.	3447	.	.	3483	.	.	3527	7
2878	.	.	2762	.	.	2812	.	.	2901	8
1661	.	.	/	.	.	1636	.	.	2119	9
2877	.	.	2838	.	.	2871	.	.	2908	10
4348	.	.	4392	.	.	4424	.	.	4464	11
2954	.	.	2956	.	.	3027	.	.	3047	12
3973	.	.	3998	.	.	4027	.	.	4027	13
4569	.	.	4552	.	.	4581	.	.	4604	14
3854	.	.	3871	.	.	3928	.	.	3945	15
2912	.	.	3000	.	.	3056	.	.	3125	16
2213	.	.	2223	.	.	2254	.	.	2301	17
1943	.	.	1972	.	.	2047	.	.	2082	18
/	.	.	/	.	.	/	.	.	/	19
1957	.	.	1991	.	.	2065	.	.	2101	20
3339	.	.	3211	.	.	3247	.	.	3461	21
1676	.	.	1676	.	.	1742	.	.	1757	22
2245	.	.	2249	.	.	2275	.	.	2324	23
1692	.	.	1556	.	.	1614	.	.	1774	24
1145	.	.	/	.	.	/	.	.	1431	25
2128	.	.	2075	.	.	2109	.	.	2112	26
2971	.	.	2835	.	.	2958	.	.	3022	27
2141	.	.	2239	.	.	2048	.	.	2046	28
3120	.	.	3156	.	.	3186	.	.	3186	29
2806	.	.	2806	.	.	2838	.	.	2851	30
2450	.	.	2469	.	.	2506	.	.	2515	31
1695	.	.	1563	.	.	1665	.	.	1813	32

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Jahresangaben			
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾						
Ausgaben						
1	Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5358	5504	5801	6061
2	je Einwohner	Euro	2488	2566	2714	2852
	darunter					
3	Personalausgaben	Millionen Euro	1502	1548	1605	1679
4	je Einwohner	Euro	698	721	751	790
5	Laufender Sachaufwand	Millionen Euro	974	997	1054	1047
6	je Einwohner	Euro	452	465	493	493
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Millionen Euro	2870	2917	2990	3117
8	je Einwohner	Euro	1333	1360	1399	1467
9	Sachinvestitionen	Millionen Euro	600	667	779	890
10	je Einwohner	Euro	279	311	364	419
	davon					
11	Baumaßnahmen	Millionen Euro	496	551	641	728
12	je Einwohner	Euro	230	257	300	342
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Millionen Euro	104	116	138	163
14	je Einwohner	Euro	48	54	64	77
Einnahmen						
15	Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5526	5826	5979	6361
16	je Einwohner	Euro	2566	2715	2797	2993
	darunter					
17	Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen	Millionen Euro	1685	1807	1838	1738
18	je Einwohner	Euro	782	842	860	818
	darunter					
19	Grundsteuer A und B	Millionen Euro	243	246	248	250
20	je Einwohner	Euro	113	115	116	118
21	Gewerbesteuer (netto)	Millionen Euro	693	764	743	636
22	je Einwohner	Euro	322	356	348	299
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Millionen Euro	606	622	655	636
24	je Einwohner	Euro	281	290	307	299
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Millionen Euro	122	153	170	195
26	je Einwohner	Euro	56	71	79	92
27	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Millionen Euro	689	686	701	641
28	je Einwohner	Euro	320	320	328	302
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾	Millionen Euro	3412	3520	3592	4052
30	je Einwohner ²⁾	Euro	1584	1641	1681	1906
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen ³⁾	Millionen Euro	346	433	501	608
32	je Einwohner ³⁾	Euro	161	202	234	286
33	Finanzierungssaldo	Millionen Euro	168	322	178	300
34	je Einwohner	Euro	78	150	83	141
35	Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ⁴⁾	Millionen Euro	1616	1497	1423	1377
36	je Einwohner ⁴⁾	Euro	751	698	666	648

1) Angaben kumulativ

2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich

3) ab IV/2011 ohne Beiträge und ähnliche Entgelte

4) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden; ohne Kassenkredit

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
6061	.	.	1445	.	.	2890	.	.	4413	.	.	6316	1
2852	.	.	680	.	.	1360	.	.	2076	.	.	2990	2
1679	.	.	410	.	.	818	.	.	1219	.	.	1741	3
790	.	.	193	.	.	385	.	.	574	.	.	824	4
1047	.	.	248	.	.	487	.	.	745	.	.	1082	5
493	.	.	117	.	.	229	.	.	351	.	.	512	6
3117	.	.	795	.	.	1585	.	.	2401	.	.	3244	7
1467	.	.	374	.	.	746	.	.	1129	.	.	1536	8
890	.	.	145	.	.	334	.	.	557	.	.	924	9
419	.	.	68	.	.	157	.	.	262	.	.	437	10
728	.	.	109	.	.	265	.	.	450	.	.	734	11
342	.	.	51	.	.	125	.	.	212	.	.	347	12
163	.	.	37	.	.	68	.	.	106	.	.	190	13
77	.	.	17	.	.	32	.	.	50	.	.	90	14
6361	.	.	1309	.	.	2932	.	.	4475	.	.	6680	15
2993	.	.	616	.	.	1380	.	.	2106	.	.	3162	16
1738	.	.	253	.	.	737	.	.	1199	.	.	1931	17
818	.	.	119	.	.	347	.	.	564	.	.	914	18
250	.	.	59	.	.	130	.	.	198	.	.	252	19
118	.	.	28	.	.	61	.	.	93	.	.	120	20
636	.	.	204	.	.	395	.	.	600	.	.	824	21
299	.	.	96	.	.	186	.	.	282	.	.	390	22
636	.	.	-13	.	.	162	.	.	302	.	.	648	23
299	.	.	-6	.	.	76	.	.	142	.	.	307	24
195	.	.	1	.	.	43	.	.	87	.	.	189	25
92	.	.	0	.	.	20	.	.	41	.	.	90	26
641	.	.	144	.	.	287	.	.	461	.	.	658	27
302	.	.	68	.	.	135	.	.	217	.	.	311	28
4052	.	.	930	.	.	2016	.	.	3017	.	.	4134	29
1906	.	.	438	.	.	948	.	.	1419	.	.	1957	30
608	.	.	137	.	.	228	.	.	305	.	.	650	31
286	.	.	64	.	.	107	.	.	144	.	.	308	32
300	.	.	-137	.	.	42	.	.	63	.	.	363	33
141	.	.	-64	.	.	20	.	.	29	.	.	172	34
1377	.	.	1343	.	.	1315	.	.	1284	.	.	1285	35
648	.	.	632	.	.	619	.	.	604	.	.	608	36

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2017	2018	2019	2020
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit ¹⁾					
	Kredite und Einlagen ²⁾					
1	Kredite an Nichtbanken	Millionen Euro	33079	34108	34540	38082
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Millionen Euro	1405	1312	1292	1272
3	mittelfristige Kredite	Millionen Euro	1668	1661	1767	2141
4	langfristige Kredite	Millionen Euro	30006	31135	31481	34669
5	darunter an inländische Nichtbanken	Millionen Euro	32597	33528	34023	37375
	davon					
6	Unternehmen	Millionen Euro	12125	12791	13151	15745
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	4893	5031	4915	4902
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	11366	11767	12219	12888
9	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	4213	3939	3738	3840
10	Einlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	40185	41716	43306	46926
	davon					
11	Sichteinlagen	Millionen Euro	23923	25888	27771	31442
12	Termineinlagen	Millionen Euro	2227	1985	1854	1787
13	Sparbriefe	Millionen Euro	1004	824	750	793
14	Spareinlagen	Millionen Euro	13031	13019	12931	12904
15	darunter von inländischen Nichtbanken	Millionen Euro	40062	41593	43166	46757
	davon					
16	Unternehmen	Millionen Euro	7503	7543	7732	8544
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	3239	3472	3681	4090
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	27479	28531	29719	31875
19	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	1841	2047	2034	2248
	Sparverkehr ³⁾					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	664	653	624	696
21	Zinsgutschriften	Millionen Euro	27	22	21	18
22	Lastschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	655	604	693	823
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	13031	13019	12931	12904
	darunter bei					
24	Großbanken	Millionen Euro	1369	1935	2006	2053
25	Sparkassen	Millionen Euro	8490	8570	8580	8281
26	Kreditgenossenschaften	Millionen Euro	2507	2403	2229	2461
	Insolvenzen					
27	Insolvenzen	Anzahl	2646	2489	2209	1622
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	323	329	221	219
	darunter					
29	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	36	47	35	30
30	Baugewerbe	Anzahl	55	63	39	39
31	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Anzahl	55	44	24	27
32	Gastgewerbe	Anzahl	37	28	20	24
33	übrige Schuldner	Anzahl	2323	2160	1988	1403
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	Anzahl	13	15	13	4
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	405	374	381	262
36	Verbraucher	Anzahl	1746	1595	1440	985
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	2350	2261	2020	1421
38	mangels Masse abwesene Verfahren	Anzahl	247	188	157	166
39	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Anzahl	49	40	32	35
40	Voraussichtliche Forderungen	Tausend Euro	461839	291711	506843	378953
41	Beschäftigte	Anzahl	2284	3298	2905	2658

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

2) am Jahres- bzw. Monatsende

3) Umsätze im Quartal; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

ZAHLENSPIEGEL

2020	2021												Lfd. Nr.
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
38082	.	.	38046	.	.	38235	.	.	38680	1
1272	.	.	1352	.	.	1316	.	.	1433	2
2141	.	.	2083	.	.	2131	.	.	2206	3
34669	.	.	34611	.	.	34788	.	.	35041	4
37375	.	.	37457	.	.	37613	.	.	38075	5
15745	.	.	15798	.	.	15798	.	.	16052	6
4902	.	.	4892	.	.	4917	.	.	4917	7
12888	.	.	12982	.	.	13172	.	.	13385	8
3840	.	.	3785	.	.	3726	.	.	3721	9
46926	.	.	47309	.	.	47809	.	.	47789	10
31442	.	.	31749	.	.	32257	.	.	32651	11
1787	.	.	1818	.	.	1908	.	.	1633	12
793	.	.	768	.	.	736	.	.	734	13
12904	.	.	12974	.	.	12908	.	.	12771	14
46757	.	.	47138	.	.	47643	.	.	47616	15
8544	.	.	8458	.	.	8569	.	.	8731	16
4090	.	.	4139	.	.	4171	.	.	4256	17
31875	.	.	32457	.	.	32689	.	.	32429	18
2248	.	.	2084	.	.	2214	.	.	2200	19
696	.	.	721	.	.	643	.	.	567	20
18	.	.	5	.	.	4	.	.	4	21
823	.	.	655	.	.	712	.	.	710	22
12904	.	.	12974	.	.	12908	.	.	12771	23
2053	.	.	2092	.	.	2102	.	.	2089	24
8281	.	.	8297	.	.	8213	.	.	8106	25
2461	.	.	2475	.	.	2483	.	.	2466	26
65	196	156	241	218	163	222	245	222	193	198	193	223	27
15	15	13	29	19	12	18	25	12	19	15	12	17	28
1	2	1	2	1	2	-	2	2	2	2	3	2	29
3	3	2	10	-	2	2	5	2	3	3	-	3	30
1	1	1	2	4	-	1	6	1	3	2	2	4	31
-	2	1	1	3	1	4	2	1	1	-	-	-	32
50	181	143	212	199	151	204	220	210	174	183	181	206	33
1	-	1	-	1	-	-	1	1	1	-	1	-	34
15	19	16	34	22	27	33	36	24	25	21	33	29	35
27	150	112	162	159	106	148	159	159	128	137	128	153	36
54	186	150	232	208	149	207	231	212	177	182	182	207	37
10	8	6	6	9	12	13	12	8	13	12	9	15	38
1	2	-	3	1	2	2	2	2	3	4	2	1	39
6913	28594	13003	57942	15163	52252	16812	42282	14424	33835	14300	17904	31051	40
177	241	58	387	79	97	59	153	8	148	124	52	88	41

Veröffentlichungen im Februar 2022

Titel	Periodizität	Bestellnummer	Preis in Euro
Baugenehmigungen Dezember 2021	m	06 207	5,00
Gäste und Übernachtungen Oktober 2021 Vorläufige Ergebnisse	m	07 401	6,25
Gäste und Übernachtungen November 2021 Vorläufige Ergebnisse	m	07 401	6,25
Straßenverkehrsunfälle November 2021 Vorläufige Ergebnisse	m	08 102	6,25
Verbraucherpreisindex Januar 2022	m	12 101	6,25
Statistisches Monatsheft Januar 2022	m	40 301	5,00
Aktuelle Zahlen in Zeiten der Corona-Pandemie 2022, Ausgabe: Februar	m	41 027	0,00
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.2021 Vorläufige Ergebnisse	vj	01 605	6,25
Ergebnisse der tierischen Erzeugung 1.1. – 31.12.2021	vj	03 305	3,75
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2020 Erstergebnis des Mikrozensus	j	01 103	5,00
Haushalt und Familie 2020 Erstergebnis des Mikrozensus	j	01 107	5,00
Anbau und Ernte von Strauchbeeren 2021	j	03 115	2,50
Ernte- und Betriebsberichterstattung Feldfrüchte und Grünland 2021	j	03 201	5,00
Schweinebestand am 3. November 2021 Endgültige Ergebnisse	j	03 317	2,50
Schafbestand am 3. November 2021 Endgültige Ergebnisse	j	03 319	1,25
Energiebilanz und CO ₂ - Bilanz 2019	j	05 402	6,25
Veröffentlichungsverzeichnis 2022	j	40 001	0,00
Faltblatt Thüringen zählt, Ausgabe 2022	j	80 131	0,00
Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2019	3j	16 101	5,00
Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2019	3j	16 102	5,00
Atlas Landwirtschaft, Ausgabe 2021	u	40 504	13,50

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; hj - halbjährlich; j - jährlich; 4j - 4 jährlich; u - unregelmäßig

